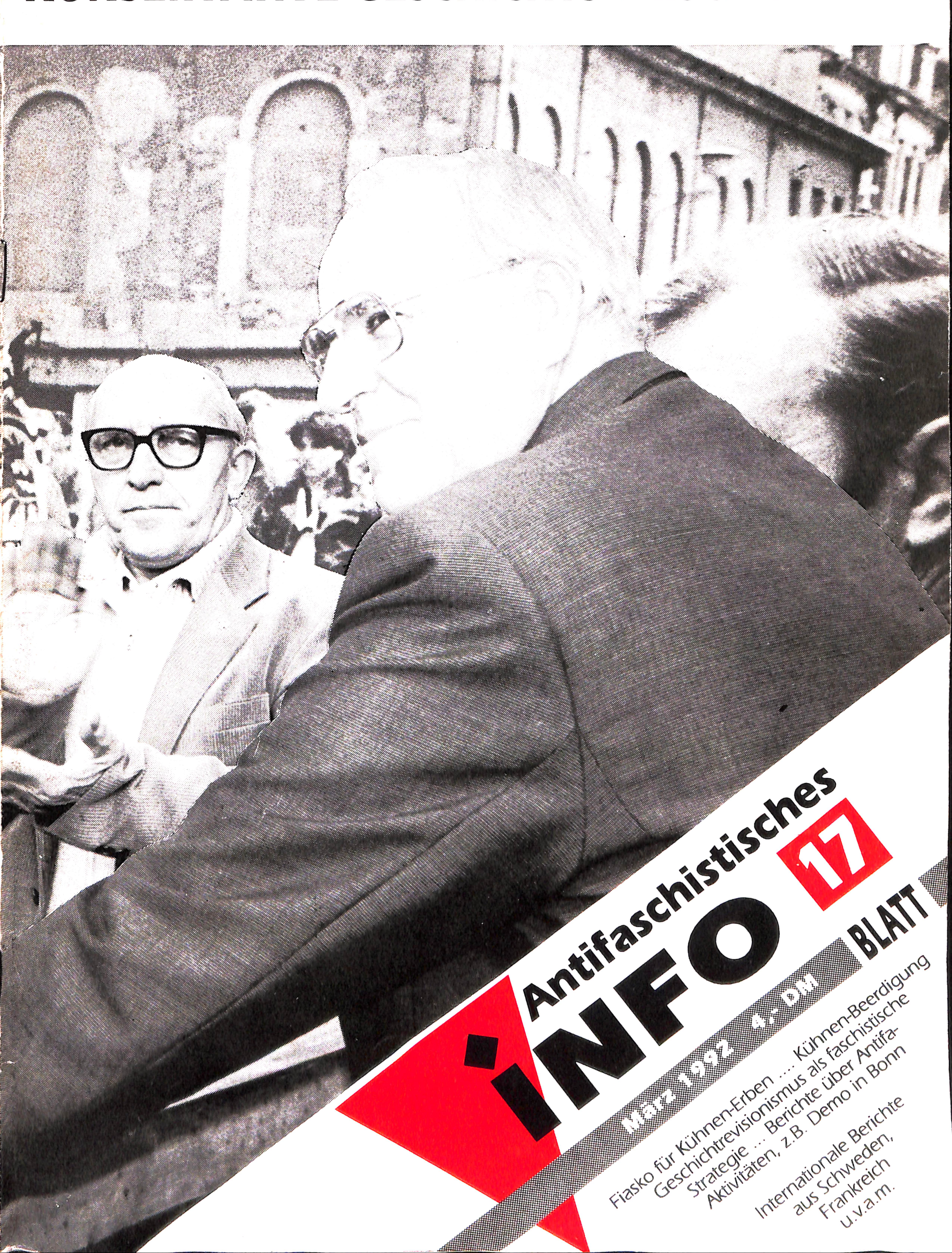
KONSERVATIVE GESCHICHTSFÄLSCHER





Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 17, März 1992

V.i.S.d.P.
und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen,

das Antifa-Info erscheint jetzt als bundesweite Zeitung unter Mitarbeit von regionalen unabhängigen Antifa-Gruppen. Wir hoffen, diese wichtige Zusammenarbeit festigen und weiter ausbauen zu können. Unterstützt uns bitte auch weiterhin durch die Zusendung von Informationen und Artikeln, damit wir euch einen Überblick über wichtige Entwicklungen in der Neonazi-Scene und Antifa-Aktivitäten und Diskussionen geben können.

Wir setzen in dieser Ausgabe unsere Informationsarbeit fort, um die Drahtzieher/innen der neofaschistischen und rassistischen Welle der Gewalt ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Dabei beschäftigen wir uns einmal mit den Nachfolgern Michael Kühnens, der seinen Erben eine mittlerweile, größtenteils, bekannte Organisationsstruktur hinterlassen hat. Dazu erscheint im März das Buch "Drahtzieher im braunen Netz", an dem ein Teil unserer Redaktion mitgearbeitet hat. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Betrachtung der organisierten Geschichtsrevisionisten, die seit zwei Jahren verstärkt öffentlich auftreten, um die Verbrechen des NS-Staates aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit zu tilgen. Frei nach dem Göbbels-Motto: "Wer dreimal lügt, dem wird doch geglaubt!"

Die hier begonnene fraktionsübergreifende Zusammenarbeit von Alt- und Neonazis ist mittlerweile erheblich intensiviert worden. Sie drückt sich unter anderem in Bündnissen und auch bei den anstehenden Wahlen in Baden-Würtemberg, Schleswig-Holstein und Berlin aus.

Erfolgreiche antifaschistische Gegenwehr ist aus Bonn zu berichten, wo AntifaschistInnen dafür gesorgt haben, daß ein FAP-Aufmarsch abgebrochen werden mußte. Das gleiche Ziel haben sich Leipziger und Hallenser Antifas gesetzt und mobilisieren bundesweit zu einem Aktionswochende gegen einen Neonazi-Aufmarsch "Gegen Drogen" für den 21.3.92 nach Leipzig.

Während der Rassismus in seiner gewaltätigsten Form von den Faschisten vertreten wird, sind die nach Deutschland geflüchteten Menschen nun mit einer Welle von Abschiebungen konfrontiert. Gleichzeitig erobert die BRD neue Märkte in Osteuropa, dessen Länder nun von der "2.Welt" auf den Standard der sog. 3.Welt abgerutscht sind.

Wie immer findet ihr auch Berichte über internationale Verstrickungen der Neonazis, diesmal geht es um die Verbindungen der (Ex-) Kühnen-Fraktion zur terroristischen VAM nach Schweden. Ein Hintergrundbericht über die Situation in Frankreich, wo der faschistischen FRONT NATIONAL erhebliche Stimmengewinne vorausgesagt werden, findet ihr zum Abschluß dieses Heftes.

info red.

Im Abo



Das **Antifa-Info** ist natürlich auch **im Abonnement** zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck verwenden. Wenn ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag zulegt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen. Ist Euch daas mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet Ihr uns das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch dies kein Problem: wir teilen Euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Wenn Ihr das Geld überweist, unbedingt die Versandadresse mitangeben! Noch eins: wir schicken nur noch Aboss raus, wenn sie bezahlt sind - also **Cash im Voraus**. Ein **Einzelabo** gehr über fünf Ausgaben und kostet **25,-DM**. Darin sind die Versandkosten bereits enthalten. Die Abos werden nicht automatisch verlängert. **Über Förder-abos für 30,- DM oder mehr freuen wir uns natürlich riesig.** Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen dieses Infos.

Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Infoläden, Buchläden, gibt es bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 3,60 DM plus Versand, ab zehn Nummern nur noch 3,20 DMplus Versandkosten.

Sonderbeilage

Interview mit einem ungarischen Antifaschisten

Von FreundInnen aus Saarbrücken haben wir ein Interview mit einem ungarischen Antifaschisten zugeschickt bekommen:

Vielen Menschen in der BRD sind die osteuropäischen Staaten unbekannt. In den hiesigen Medien wird nur vom "Freiheitstaumel" und "ethnischen Auseinandersetzungen" berichtet. Von den realen Lebensbedingungen der Menschen und deren Schwierigkeiten erfährt man nichts.

Wir hatten das Glück einen Antifaschisten in Ungarn kennenzulernen, der uns ein guter Freund geworden ist. Mit seinen 73 Lebensjahren kann er nicht nur viel zur Gegenwart, sondern auch zur Geschichte seines Landes und Europas an Wissen und Erfahrung weitergeben.

Ihr könnt das Interview (8 Seiten) als Sonderbeilage für 1,- DM plus Versandkosten bei uns bestellen.

Zur Preiserhöhung des Infos

Wie Ihr schon festgestellt habt, haben wir den Preis des Info's auf 4,- DM erhöht. Dazu waren wir leider gezwungen, da wir z.B. mit dem Info Nr. 16 knapp 1000,- DM Verlust gemacht haben, obwohl wir die gesamte Auflage in kürzester Zeit verkauft hatten.

Seit 3 Jahren ist dies die erste Preiserhöhung. In dieser Zeit haben sich die Kosten für Druck, Miete, Post usw. entschieden erhöht.

Abobestellung

An das Antifa-Info

Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Ich möchte das Antifa-Infoblatt im Abonnement für fünf Ausgaben zu DM 25,- (incl. Versand) beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ________ die weiteren folgenden fünf Ausgaben an die Adresse:

Den Betrag von DM________ ,- habe ich in bar/als Scheck beigelegt.

Für ein Förderabo bekommt ihr DM ____________ ,-.

Bitte schockt mir folgende alte Nummern für 4,- DM pro Heft. ____________________

Den Betrag habe von DM____________ ,- ich bar/als Scheck beigelegt.

Aus dem Inhalt



Mitgliederliste der DEUTSCHEN ALTERNATIVE
(Stand c.a. April 91 - Abschrift)

Nr.1-6 wird nicht ausgegeben
Nr.7 Adolf Hitler (Traditionsnummer)
Nr.8 Rudolf Hess (Traditionsnummer)
Nr.9 Ernst Röhm (Traditionsnummer)
Nr.10 Dr. Joseph Goebbels (Traditionsnummer)
Nr.11 Otto Riehs (Ehrenmitglied)
Nr.12 Walter Matthaei (Ehrenmitglied)
Nr.13 wird nicht ausgegeben
Nr.14 Et Wolsink, ANS-Niederlande (Ehrenmitglied)
Nr.15 Edgar Geiß, Einzelmitglied (Ehrenmitglied)
Nr.16 Christa Goerth, (Ehrenmitglied)
Kreisverband Ostwestfalen-Lippe
Nr.17 A.W. Priem, Einzelmitglied (Ehrenmitglied)
Nr.18 - Nr.30 nicht besetzt
Nr.31 Heinz Seeger, LV Bremen
Nr.32 Rolf Humpe, LV Bremen
Nr.34 Herbert Köster, LV Bremen
Nr.35 Uwe Haun, LV Bremen
Nr.36 Stefan Grenheid, OV Kiel
Nr.37 K.H. Schmidt, Einzelmitglied (EM)
Nr.38
Nr.39 Olaf Dietrich, OV Kiel
Nr.40 Frank Schlesier, OV Kiel
Nr.41 Klaus Mertineit, OV Kiel
Nr.42
Nr.43 Detlef Glock, KV Ostwestf
Nr.44 Guido Lücke, KV OWL
Nr.45 Michael Kratz, KV OWL
Nr.46 Christian Fortkord, KV OWL
Nr.47 Mark Forst, KV OWL
Nr.48 Michael Voges, KV OWL
Nr.49 Bernd Stehmann, KV OWL
Nr.50 Ulf Kietzmann, KV OWL
Nr.51 Andrea Stolte, KV OWL
Nr.52 Thomas Hainke, KV OWL
Nr.53 Lothar Schürfeld, KV OWL

Kühnens Erben vor einem Scherbenhaufen

Der "bekannteste deutsche Systemkritiker", wie sich der verstorbene Neonazi-"Chef" Kühnen zu Lebzeiten gerne bezeichnete, hat auch die nunmehr bekannteste Organisationsstruktur hinterlassen. Nachdem die Enthüllungen des Fernsehfilms "Wahrheit macht frei" zu der Verhaftung GOTTFRIED KÜSSELs in Wien geführt hatte, ist im Januar das Adressbuch Michael Kühnens veröffentlicht worden. Eine dritte Publikation, die das Disaster für die Kühnen Erben vollständig machen dürfte, erscheint im März 1992 auf dem Büchermarkt: "Drahtzieher im braunen Netz - Der Wiederaufbau der NSDAP".

Unter Verwendung von ungefähr 200 Fotos und Abbildungen dokumentiert das "Antifaschistische Autorenkollektiv - Berlin", die Aktivitäten des Kühnen-Flügels in den Jahren 1989 - 1991. Dieses 176 Seiten umfassende Buch ist unter Mitwirkung des Antifa Info Blattes und der Ost-Berliner Zeitung "Telegraph" erstellt worden und enthüllt einen großen Teil der aktiven Kader der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF). So nennt sich die verdeckt arbeitende Kaderstruktur, die eine Vielzahl von Organisationen leitet: Dazu gehören die auf Legalität bedachten Wahl- bzw. Parteiorganisationen wie die DEUTSCHE ALTERNATIVE, NATIONALE ALTERNATIVE; die NATIONALE LISTE oder das DEUTSCHE HESSEN, sowie eine Reihe von sogenannten Vorfeldorganisationen vom VOLKSBUND RUDOLF HESS über die ANTIZIONISTISCHE AKTION bis zur DEUTSCHEN FRAUEN FRONT.

Die illegale Organisationsform dieser weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichenden Organisationsstruktur ist die NSDAP/AO. AO steht sowohl für Auslands- wie auch Aufbauorganisation und das letztere beschreibt exakt das Ziel der GdNF - den Wiederaufbau der NSDAP, als gemeinsame Organisation aller Fraktionen des deutschen Neofaschismus. "Drahtzieher im braunen Netz" dokumentiert sowohl den Aufbau der SA (Sturm Abteilung), wie auch

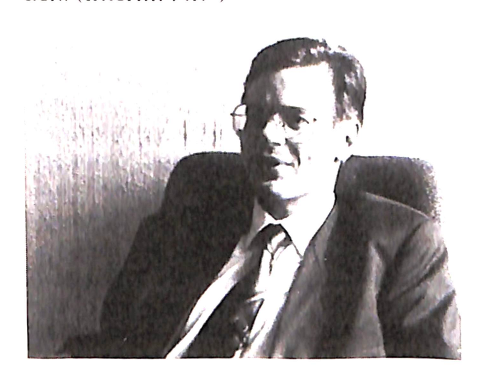


Wolfgang Nahrath (rechts) beim Aufmarsch uniformierter Nazis in Halbe am 9. 11. 91

Wehrsportübungen des österreichischen Flügels der GdNF, Küssels VOLKSTREUE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION (VAPO). Angefangen von der sogenannten (Geschichts-) "Revisionisten Offensive", seit 1990 (siehe Artikel Seite), behandelt diese Dokumentation vor allem den Aufbau von Neonazi-Strukturen in den neuen Bundesländern, die heute schon fester Bestandteil des internationalen faschistischen Netzwerkes sind.

Das "Liederheftchen"

Unter diesem Titel sind das Adreßbuch Michael Kühnens, die Mitgliederliste der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA), die Abonennten-Liste der internen Publikation der GdNF "Die Neue Front", sowie eine Anzahl von Postadressen faschistischer Organisationen, Zeitungen und Einzelpersonen veröffentlicht worden. (Interim Nr.)



HARALD NEUBAUER; Abgeordneter des Europa-Parlaments, will nichts mehr von seiner NSDAP/AO-Mitgliedschaft wissen.

Nach eingehender Prüfung gehen wir von der Echtheit dieses Dokumentes aus, das auf März bzw. April 1991 datiert ist. Ein Kritikpunkt ist jedoch eine unkommentierte Veröffentlichung dieses Dokumentes. Es handelt sich zwar fast ausschließlich um aktive Nazis, doch es befinden sich auch unbedarfte Personen darunter. AntifaschistInnen sollten also jede einzelne dieser Informationen eingehend prüfen, damit nicht unbeteiligte Personen durch weitere Veröffentlichung etc. Schaden nehmen - zumal, wenn die Datierung dieses Dokumentes der Wahrheit entspricht, diese Adressen immerhin schon ein Jahr alt sind. Doch zurück zu dem Inhalt.

Neben einem großen Teil der Kader der GdNF finden sich die Anschriften von vielen hochkarätigen Nazis aus vielen Fraktionen des neofaschistischen Lagers der BRD und einige Auslandskontakte der GdNF dort wieder: Der ehemalige WIKING JUGEND-"Führer" WOLFGANG NAHRATH aus Stolberg, der Vorsitzende der NATIONALISTISCHEN FRONT MEINOLF SCHÖNBORN aus Bielefeld, der nun ausgewiesene FAP Funktionär KARL POLACEK aus Makkenrode, die Vorsitzende der HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE GEFANGENE URSEL MÜLLER aus Mainz, EWALD BELA ALTHANS vom DEUTSCHEN JUGEND BILDUNGSWERK und der Vorsitzende der NATIONALEN OFFENSIVE MICHAEL SWIERCZEK aus München, um nur einige der Bekanntesten zu nennen.



Teilnehmer eines NSDAP/AO-Treffens bei Thies Christophersen im dänischen Kollund: Gary Rex Lauch (USA), Berthold Dinter (Volksbund Rudolf HESS) und Günter Reinthaler (VAPO)

Doch nicht nur offen auftretende Nationalsozialisten finden sich im Adressverzeichnis wieder, sondern neben zahlreichen Anschriften der REPUBLIKANER auch der Europaparlamentsabgeordnete der REPs PROF. EMIL SCHLEE aus Raisdorf-Reuterkopp., der Träger des Konrad Adenauer Preises und "Mut" Schreiber GERD-KLAUS KALTENBRUNNER aus Kandern oder der Geschichtsrevisionist WILHELM STÄGLICH aus Badenweiler.

Die Nummerierung der Mitgliederliste der DA hörte dem "Liederheftchen" zufolge im April 1991 bei 381 auf, wobei Cottbus, der Sitz des neuen DA-Bundesvorstandes, mit 43 Mitgliedern schon damals der mitgliederstärkste Ortsverband war.

Durch diese weit über 300 Adressen umfassene Liste ist erneut unterstrichen, daß es sich bei den deutschen Neonazis um eine organisierte Struktur handelt. Also um organisierte und nicht vereinzelte Spinner, wie uns Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und die bürgerlichen Medien weismachen wollen. Zumal es sich bei dieser Adressensammlung nur um einen Ausschnitt der Neonazi-Struktur handelt, die jedoch Querverbindungen zu anderen Fraktionen aufweist.

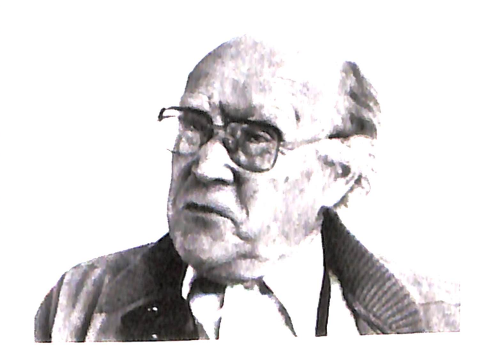
Der Film "Wahrheit macht frei"

Die Kühnen-Nachfolger haben sich nicht nur mit der Offenlegung eines Großteils ihrer personellen Struktur rumzuschlagen - ihnen wird heute auch Kühnens Drang zur Selbstdarstellung zum Verhängnis. Der Journalist Michael Schmidt wurde von Kühnen dazu eingeladen einen Dokumentarfilm über ihn und seine Organisation zu drehen. Was Kühnen nicht wußte: Michael Schmidt ist ein Antifaschist und erstellte den Film in Zusammenarbeit mit der englischsprachigen antifaschistischen Zeitung Searchlight. Der aus eineinhalb Jahren Recherche in Begleitung Michael Kühnens entstandene Film "Wahrheit macht frei" ist nach dem Motto der Veranstaltung der Geschichtsrevisionisten des DEUTSCHEN JUGEND BILDUNGSWERKES am 21.4.1990 in München benannt und zeigt Wehrsportübungen, offenen Antisemitismus, Aufmärsche, eine SA-Vereidigung und die Verbindung der GdNF in das internationale Netzwerk der NSDAP/AO.

In fast allen Nachbarländern ist dieser, vom schwedischen Fernsehen produzierte, Film bereits ausgestrahlt worden, nur die deutschen Sendeanstalten haben sich bis heute beharrlich geweigert die Dokumentation zu senden.

Die Verhaftung Gottfried Küssels

In Österreich wurde dieser Film der neuen Gallionsfigur der GdNF und Großmaul Gottfried Küssel zum Verhängnis. Auf Befehl Kühnens ließ er das Kamerateam Schmidts zu einer Wehrsportübung in Langenlois bei Wien im Sommer 1990 zu. Desweiteren bekannte er sich in einem Interview zum Wiederaufbau der NSDAP und das steht auch in Österreich unter Strafe - nicht unter 5 Jahren Gefängnis. Während er sich trotz Einreiseverbot in Deutschland ungehindert bewegen durfte, reagierten die österreichischen Behörden auf Küssels Provokationen. In Küssels Wohnung traf die Polizei auch KLAUS-PETER KO-



THIES CHRISTOPHERSEN wird wegen seiner verleumderischen Hetzschrift "Die Ausschwitz Lüge" mit Haftbefehl in Deutschland gesucht.



Die VAPO trainiert

GOTTFRIED KÜSSEL muß sich in den nächsten Jahren wohl noch einiges abschminken (siehe links)

HANS-JÖRG SCHIMANEK, Ausbilder bei der VAPO-Wehrsportübung (siehe rechts)

"Formalexerzieren" gehört zum ebenfalls Programm (siehe unten)



PANSKI-FISCHER an und fand "handelsüblichem Sprengstoff". In Kühnens Adressbuch findet sich für Kopanski-Fischer eine Adresse in Santiago de Chile. Zusätzlich fiel der Polizei noch eine Datenbank in die Hände, die weitere Querverbindungen von Küssels VAPO zu organisierten Neonazis offenlegte. Kurze Zeit später haben die östereichischen Sicherheitsbehörden die WEHRSPORT-GRUPPE TRENCK ausgehoben. Zwei ihrer Mitglieder landeten in Untersuchungshaft und 18 weitere Mitglieder wurden angeklagt. In dem Waffenarsenal der Gruppe wurden neben NS-Propagandamaterial aus den USA, vermutlich von der NSDAP/AO, zwei Dutzend Pistolen, massenhaft Munition, zwei selbstgebaute Bomben und ein Laserzielgerät gefunden.

Auch ein Dorfpolizist aus Langenlois wurde unter Anklage gestellt, weil er den Wehrsportübungen von Küssels VAPO auf dem angrenzenden Truppenübungsplatz seit Jahren genüsslich zugesehen hatte. Weiterhin ist der Ausbilder der oben erwähnten Wehrsportübungen bekannt geworden, HANS-JÖRG SCHIMANEK, den Küssel als aktiven Soldaten des österreichischen Bundesheers bezeichnete.

Am 7.Februar wurde nun auch die Nummer 2 der VAPO in Salzburg verhaftet. Die Polizei wirft dem "Gauleiter Salzburg" Günter Reinthaler, alias Hrouda, vor Hakenkreuzschmiereien und Brandstiftungen geleitet zu haben. Auch dieser hochkarätige Neonazi durfte sich die Jahre zuvor ungestört in Deutschland bewegen, obwohl die Berliner Polizei in seinem von AntifaschistInnen angezündeten Auto im Jahre 1990 eine Maschinenpistole mit 390 Schuß Munition, eine



9mm Pistole und eine Schrotlinte gefunden hatte.

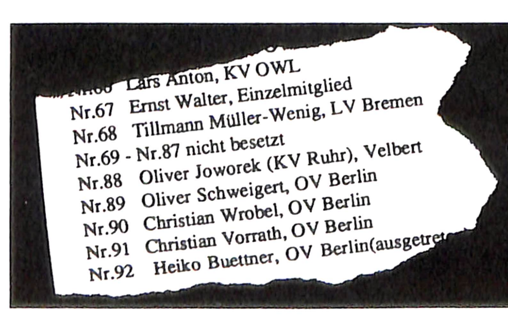
Geheimdienste deckten Revisionisten-Treffpunkt in Haguenau

Das Nachspiel zu einer weiteren Sequenz des Filmes, die den Redakteuren von "Wahrheit macht frei" von den Nazis zur Verfügung gestellt worden sind, enthüllte nun folgenden Vorgang: Der französische Geheimdienst beobachtete seit 1982 das alljährlich stattfindende Treffen deutscher und französischer Nazis im elsässischen Haguenau und informierte auch den deutschen Verfassungsschutz über die Vorgänge. Diese Treffen von Geschichtsrevisionisten wurden von hochkarätigen Nazis besucht: DAVID IRVING, ERNST ZÜNDEL, ROBERT FAURISSON, Wilhelm Stäglich und dem in Deutschland mit Haftbefehl gesuchten Alt-Nazi THIES CHRISTOPHERSEN, dem Verfasser der "Ausschwitzlüge" (siehe S. 9). Der Verfassungsschutz sah kein Grund zum Eingreifen. Innenstaatssekretär Eduard Lintner spielte in einer Antwort auf eine Anfrage der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag (Jan.1991) die Bedeutung der, durch die EUROPÄISCHE NEUE ORDNUNG (ENO) mit Sitz in Lausanne, organisierten Treffen herunter - obwohl bereits der Verfassungsschutzbericht von 1984 der ENO "eine wesentliche Rolle im internationalen Neonazismus" zusprach.

NSDAP/AO-Mitglied im Europaparlament?

Last but not Least hat auch der Abgeordnete des Europaparlaments HARALD NEUBAUER allen Grund, sich über den Dokumentarfilm zu ärgern. Er wird darin von Kühnen bezichtigt, Mitglied der NSDAP/AO und deren "Gau-Kassenwart" Schleswig-Holstein gewesen zu sein. Kühnen behauptete, daß Neubauer ihn und seine damalige ANS 1977 zum Schutz für eine DVU-Veranstaltung angeheuert zu haben. Nach der Veröffentlichung dieser Aussagen in der taz setzte Neubauer eine Gegendarstellung durch. Neubauers Verstrickungen im braunen Netz sind nicht nur "Jugendsünden". Seine DEUTSCHE LIGA für VOLK UND HEIMAT heuerte bei ihrem Gründungsparteitag am 3. Oktober 1991 in Villingen-Schwenningen Neonazis der GdNF zum Veranstaltungsschutz an, darunter der Bielefelder MEINHARD OTTO ELBING, der ansonsten beim Ordnerdienst der GdNF zu finden ist.

In dem Buch "Drahtzieher im braunen Netz" können nun Interessierte viele Fakten aus "Wahrheit macht frei" nachlesen. Ein Teil der Informationen und Fotos stammen aus dem Material für diesen Film und sind dort weiterverarbeitet worden. ■



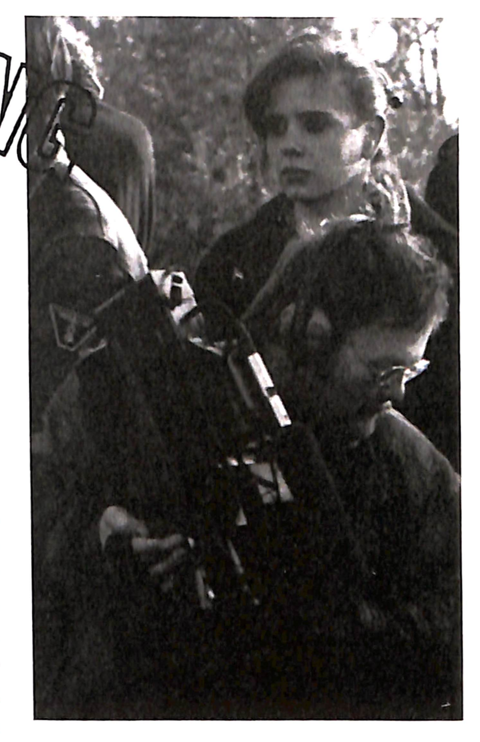
Lars Anton, KV OWL
Nr.67 Ernst Walter, Einzelmitglied
Nr.68 Tillmann Müller-Wenig, LV Bremen
Nr.69 - Nr.87 nicht besetzt
Nr.88 Oliver Joworek (KV Ruhr), Velbert
Nr.89 Oliver Schweigert, OV Berlin
Nr.90 Christian Wrobel, OV Berlin
Nr.91 Christian Vorrath, OV Berlin
Nr.92 Heiko Buettner, OV Berlin(ausgetret

Nr.244 Lars Fug, OV Kronach
Nr.245 Jochen Müller, OV Kronach
Nr.246 Jürgen Wallerus, OV Kronach
Nr.247 Olaf Boening, OV Dresden .
Nr.248 Matthias Hausmann, OV Dresden
Nr.249 Michael Witt, OV Dresden .
Nr.250 Arndt Gerisch, OV Dresden
Nr.251 Mario Neumann, OV-Berlin Ost

Nr.253 Frank Lutz, OV-Berlin Ost
Nr.254 Andre Riechert, OV-Berlin Ost
Nr.255 Bendix Wendt, OV-Berlin Ost
Nr.256 Heiko Baumert, OV-Berlin Ost
Nr.257 Karsten Hausmann, OV-Berlin Ost
Nr.258 Franko Meyer, OV-Berlin Ost
Nr.259 Enrico Haselau, OV Rostock
Nr.260 Gunar Reuter, OV Rostock
Nr.261 Roland Blohm, OV Rostock

KÜHNEN-BEERDIGUNG Fiasko für Neonazis

CHRISTIAN WORCH von der Nationalen Liste Hamburg hatte für den 3. Januar 92 zur Beisetzung der Urne Michael Kühnens eingeladen. Dieser war am 25.4.91 in einem Kasseler Krankenhaus an Aids gestorben und am 3.5.91 eingeäschert worden. Seit dieser Zeit war es zu einem mehrmonatigem Hickhack um die letzte Ruhestätte des Nazi-Führers gekommen. Keine der in Frage kommenden Städte wollte sich der Gefahr aussetzen, zu einem Nazi-Wallfahrtsort zu werden. Kühnen selber hatte als letzten Willen geäußert, in Langen begraben zu werden.



Theodor Kotzenbauer hielt diesen erlösenden geschichtlichen Moment fest, dahinter eine Teilnehmerin aus Berlin

Die Stadt Kassel gab schließlich nach und erlaubte die Beisetzung auf dem Westfriedhof. Worchs Einladung folgten etwa 130 Trauergäste aus ganz Deutschland, die mit Kränzen dem ehemaligen 'Führer' die letzte Ehre erweisen wollten. Anwesend waren waren Vertreter der 'Nationalen Liste' aus Hamburg, von 'Deutsches Hessen' aus Langen, der 'Deutschen Alternative' (z.B. Roman Danneberg aus Hoyerswerda), der VAPO aus Österreich, der Nazi-Rockergang 'Wotans Volk' aus Berlin, der Nationalen Alternative aus Berlin, aber auch die Republikaner Familie Boche ebenfalls aus Berlin ,und überraschend Kurt Müller aus Mainz, der Kühnen zu dessen Lebzeiten nicht eben wohlgesonnen war, waren gekommen. Gefilmt wurde das Spektakel von Vater und Tochter Kotzenbauer aus Nürnberg. Mit einigen Ausnahmen geriet die Beerdigung zum Treffen der Führungskader der 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' (GdNF), der die meisten der o.g. Organisationen angehören.

Als Leiter der Veranstaltung tat sich in selbstherrlicher Weise Worch hervor, der seine 'Kameraden' und auch die Bullen im Wehrmachtston herumkommandierte. Leiter des Ordnerdienstes, der hauptsächlich von Berlinern und Österreichern gestellt wurde, war Kai Dalek, GdNF-Gauführer Franken.

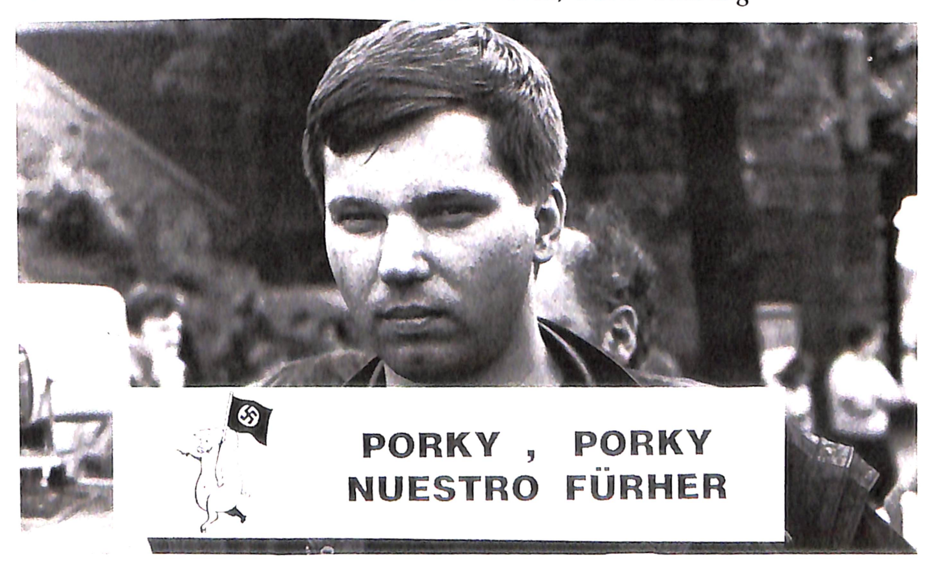
Gegen diesen Aufmarsch demonstrierten etwa 300 Antifaschist(inn)en, in der mehrzahl Autonome. Als die Nazis sich gegen 11 Uhr vor dem Haupteingang des Friedhofs sammelten, wurden sie mehrmals massiv mit Steinen und Leuchtspur angegriffen. Die Bereitschaftsbullen, die mit etwa 100 Personen vertreten waren, bildeten daraufhin zum Schutz der Nazis eine Absperrung ohne gegen die Antifa-Leute vorzugehen.

Nach einiger Zeit marschierten die Nazis auf Worchs Befehl und mit Begleitung eines zivilen Sondereinsatzkommandos zur Grabstätte. Dort gaben sie Kühnen die letzte Ehre, während ein Trompeter das Lied vom 'guten Kameraden' spielte. Etwa 300 Meter weiter hatten sich die Antifaschist(inn)en an der Friedhofsmauer versammelt, um die Trauerfeier zu stören, was bei den Nazis sofort einige Panik auslöste. Während auf der anderen Seite der Mauer die Bullen mit Schlagstöcken und Hunden gegen einzelne Linke vorgingen, wobei mindestens zwei Leute von Hundebissen verletzt wurden, hatte Worch Mühe seinen Haufen zu beruhigen und zum Grab zurückzubringen.

Nach Ende der Trauerfeier marschierte die Trauergesellschaft zurück zum Haupteingang, da dort einige ihrer Fahrzeuge standen und da aufgrund des weit verstreuten Parkens ein geschlossener Rückzug angestrebt wurde.

Dort hatten sich auch wieder die Antifa-Leute versammelt, die die Nazis mit einem Hagel von Steinen und Leuchtkugeln empfingen. Die Bullen fuhren einen Wasserwerfer auf, mit dem sie eine Straße blockieren wollten, durch welche die Nazis weggeleitet werden sollten. Doch diese Straße entpuppte sich als Sackgasse! Die Nazis hatten keine andere Möglichkeit, als auf ihrem Rückzug an den Autonomen vorbeizugehen. Die Faschisten versuchten über eine abschüssige Wiese einen Ausfall, wurden aber von den Autonomen zurückgetrieben. Es entwickelte sich eine etwa 15minütige Straßenschlacht zwischen 80 Nazis und 100 Autonomen, in deren Verlauf die Faschisten mehrmals panisch flüchteten. Es

"Der Kleine Feldmarschall" Christian Worch, GdNF-Führung



wurden drei Nazis krankenhausreif geschlagen, darunter der VAPO und GdNF-Kader GÜNTHER REINTHALER aus Salzburg. Auf linker Seite gab es keine Verluste. Die Bullen zeigten völliges Desinteresse an der Auseinandersetzung und griffen erst auf wiederholtes Ersuchen der Veranstaltungsleiter WORCH und Küssel ein.

Fazit: Kühnens Beerdigung muß als Fiasko für Worch & Co. gewertet werden. Dafür sprechen die relative geringe Beteiligung, das panische Flüchten vor den Autonomen trotz großkotzig auftretender Ordnertruppe und die Verletzten. Hätten die Autonomen den flüchtenden Faschisten noch konsequenter nachgesetzt, wären wohl fast alle Trauergäste mit Blessuren nach Hause gefahren. ■



Arnulf-Winfried Priem von "Wotans Volk" aus Berlin hatte zum Glück noch sein Ersatz Toupet Halter zur Hand

KU-KLUX-KLAN IN DEUTSCHLAND

Im September 1991 tourte der Chef des amerikanischen Ku-Klux-Klan, Dennis Mahon, durch Deutschland. Gegenüber US-Reportern gab Mahon damit an, daß der KKK seine deutschen Anhänger ermutigt habe, AusländerInnen anzugreifen.



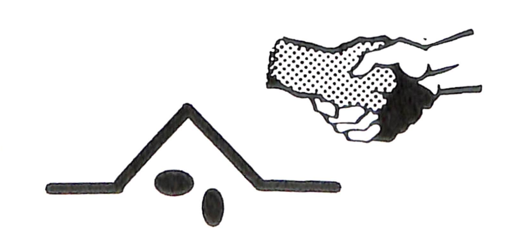
Wie auch in den USA, versucht der KKK in Deutschland in der Skinhead-Szene seine rassistischen Parolen zu verbreiten und neue Mitglieder zu werben. Klan-Aktivitäten sind aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg bekannt. So fanden seit dem Besuch von Mahon KKK-Treffen u.a. in Mainz und im Kreis Reutlingen (Baden-Württemberg) statt. In Saarbrücken wurden Antragsformulare auf Mitgliedschaft an Passanten verteilt! Als Kontaktaddresse diente auf den Anträgen eine Postlagernummer in Essen. Bei Hausdurchsuchungen war der Polizei Ende letzten Jahres auch umfangreiches Propaganda-Material des KKK in die Hände gefallen. Die erste große Klan-Aktivität in Deutschland fand bereits im letzten April statt: 200 Nazi-Skins versammelten sich in Herford zu einer KKK-Feier anläßlich des Hitler Geburtstages.

Viele Mitglieder des Klans arbeiten außerdem in anderen Nazi-Organisationen. Bei so viel trauter Eintracht kann es auch nicht verwundern, daß Michael Kühnen sich im vergangenen Jahr für eine Zusammenarbeit seiner "Bewegung" mit dem KKK aussprach. Ralf Luchow, der in dem veröffentlichten Addressbuch Kühnens (siehe dazu S. 5) als "Kameradschaftsführer" aufgeführt ist, bezeichnete sich vor kurzem als Klan-Führer von Königswusterhausen. In der Umgebung dieser - bei Berlin gelegenen - Stadt kommt es seit ca. 2 Jahren zu Wehrsportübungen und im letzten Jahr zu KKK-Treffen.

Nach eigenen Angaben hat Mahon während seiner Deutschland-Tournee an Treffen in über 20 Städten teilgenommen haben. In einem Wald nahe Berlin (!) habe er für 60 KKK-Anhänger eine politische Schulung abgehalten, in der es u.a. um konspirative Organisierung gegangen sei.

Erste Kontakte zwischen deutschen Neonazis und dem amerikanischen KKK sind über "Blood and Honour", einem internationalen Netzwerk der Nazi-Skinheads, vermittelt worden. Chef von "Blood and Honour" ist Skrewdriver-Sänger Ian Stuart Donaldson. Über den Besuch dieser Band im Oktober in Cottbus und ihre Kontakte nach Schweden zur VAM, berichteten wir bereits in der Nr.16 des Infos.

Diese Ereignisse belegen deutlich die zunehmenden Klan-Aktivitäten in Deutschland und seine Bemühungen, hier Fuß zu fassen. ■



Geschichtsrevisionismus als faschistische Strategie

«Purer Unsinn»

~~Straße der Oktoberrevolution~~

Schlesische Straße

Während konserative, reaktionäre und faschistische Ideologen und "Historiker" versuchen, das Geschichtsbild über den Faschismus zu revidieren, sind die Herrschenden in der BRD bei der Revision der Geschichte nach 1945 schon ein erhebliches Stück weitergekommen. Dabei gibt es keine "ideologischen" Schranken mehr, wie die Umbennung von Straßennamen in den neuen Bundesländern beweist: "Im sächsischen Flecken Pottnitz hat ein Bürokrat den Namen »Scholl« durch Löschung des Namens an der Schule heimlich entfernen lassen. Der Ortspfarrer kommentiert: »Ich kann mir nicht vorstellen, daß das gegen die Geschwister Scholl gerichtet ist.« Der Bürgermeister: »Das interessiert hier sowieso keinen.«"

(Frankfurter Rundschau vom 22.2.92)

"Über die Revisionismuskampagne praktizieren alte und neue Faschisten eine breite Bündnispolitik und versuchen zugleich, sich nach außen eine seriöse Plattform zu geben. Über diese pseudowissenschaftliche Diskussion soll die eindeutige Verurteilung der Nazi-Verbrechen und ihrer Verantwortlichen rückgängig gemacht werden. Von dieser Rehabilitationskampagne für den Nationalsozialismus profitiert ganz stark der nationalsozialistische Flügel der Faschisten, für den das Infragestellen des Massenmordes an den Juden und die Rehabilitierung der Nazi-Führer ein Baustein auf dem Weg zur Wiederzulassung der NSDAP ist." (aus: Drahtzieher im Braunen Netz)

"Revisionismus" - das ist das beschönigende Wort der Faschisten für ihre Form der Geschichtsverfälschung. Das heißt vor allem der Freispruch Nazi-Deutschlands von Kriegsverbrechen und Völkermord durch angeblich entlastendes Material. Wir erleben seit ungefähr zehn Jahren eine Umdeutung der deutschen Geschichte. Dazu zählen zunächst die von der Neuen Rechten aufbereiteten, von Ernst Nolte und anderen Wissenschaftlern im Historikerstreit verbreiteten. Seit Maueröffnung zählt dazu aber auch verstärkt der Versuch, die Sozialistischen Staaten als noch schlimmer als den NS-Faschismus darzustellen. Und sicher hat das "Ende der Nachkriegszeit" auch dem faschistischen "Revisionismus" neue Chancen eröffnet. Doch muß man sehen, daß die gesamte Zeit seit 1945 Über diese Strategie durch die verschiedensten faschistischen Gruppen betrieben wurde.

Besonders Frey's Deutsche Nationalzeitung tat sich dabei hervor, diese Themen unter den Alt-Nazis aus dem Umfeld von NPD und DVU zu verbreiten. Gerade in den 70er Jahren wurde der Revisionismus mehr und mehr von offen auftretenden Nationalsozialisten wie Thies Christophersen, Manfred Roeder, Edgar Geiss und Erwin Schönborn aufgegriffen. Diese vier standen in engem Zusammenhang mit der NS-Bewegung, namentlich der ANS/NA aber auch der Wiking-Jugend.

Irving läßt die Maske fallen

In den 80ern gab die NS-Bewegung den Revisionismus nicht auf, doch war das erste Ziel die Verbreitung der sogenannten "Überfremdungstheorie". Dieser Begriff dient natürlich der Verschleierung dessen, was wirklich gemeint ist: Rassismus. Für 1990 kündigte dann der in Kanada lebende Nazi ERNST ZÜNDEL eine revisionistische Kampagne in Europa an. Neben der Erwartung, nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung einen guten Boden für ihre Lügen zu finden, gaben zwei Entwicklungen den Anlaß dazu:

Der britische Historiker DAVID IRVING, der seit langem rechtslastige Bücher Über Hitler, Churchill und das Dritte Reich veröffentlicht, in denen er die Nazis verherrlicht und freispricht, hat seine Maske fallengelassen. Mittlerweile leugnet er nicht nur den Massenmord in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern, er scheut sich auch nicht mehr, öffentlich mit Faschisten aufzutreten, die sich zum Nationalsozialismus bekennen. Noch vor der Wiedervereinigung begann er mit einer Vortragsreise durch die DDR. Sein Kommentar zu seinen jugendlichen ZuhörerInnen: *"Ich hätte ihnen alles erzählen können, puren Unsinn, und sie hätten es geglaubt."* Wir zweifeln keine Sekunde daran, daß er genau das getan hat: puren Unsinn erzählt. (Dieses Zitat stammt aus einem in "konkret" - 1/92 übersetzten Artikel des englischen "Guardian")

Nach der Wiedervereinigung setzte er seine Reisetätigkeit in Deutschland fort, er sprach unter anderem in Hamburg und Dresden, außerdem am 9. November 1991 in Halle vor offen auftretenden Jungnazis (s. Info 16).

Als er von dort nach London zurückkehrte, brachte er einen weiteren Redner mit, der als Anlaß für den zweiten Auslöser der aktuellen Kampagne bezeichnet werden kann: Fred Leuchter.

Der "Gaskammer-Experte" im Zündel-Prozeß

Eigentlich sollte LEUCHTER in England sprechen. Thema seines Vortrages war: *"Der Gaskammer-Mythos und meine Verfolgung durch die Juden"*. Daraufhin wurde der US-Amerikaner vom britischen Innenministerium ausgewiesen. Nicht ausgewiesen wurde er aus der BRD, wo er mehrere Veranstaltungen hinter sich brachte.

In den USA hatte Leuchter die sympathische Aufgabe, Hinrichtungsanlagen zu konstruieren. Darum verkauften ihn die Nazis als Exekutionsexperten, obgleich er mit einem gefälschten Ingenieurstitel durch die Lande läuft.

Ernst Zündel sah sich wegen des Vertriebes der Schrift "Starben wirklich 6 Millionen" des britischen Faschisten Richard Verall mit einer Anklage konfrontiert. Dieses Verfahren nutzte er werbewirksam für die Verbreitung seiner revisionistischen Lügen. Irving und der führende französische Revisionist Faurisson traten als Zeugen auf.

Faurisson und Zündel hatten inzwischen für 35.000 Dollar ein Gutachten bei Leuchter in Auftrag gegeben, in dem er "bewies", es habe nie Gaskammern gegeben. Dieser "Leuchter-Report" wird nun von den Faschisten als definitiver Beweis gehandelt, wobei es von Vorteil ist, daß Leuchter vorher nie öffentlich mit Faschisten in Verbindung stand.

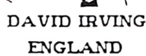
Samstag 23. März 1991 München 10 - 22 Uhr
AVÖ PRÄSENTIERT :

WAHRHEIT FREIHEIT RECHT

1. Internationale Jahrestagung kritischer Zeitgenossen

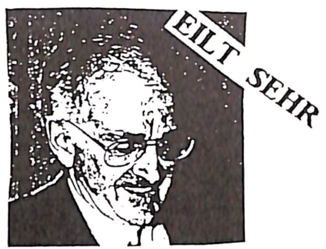


DAVID IRVING
ENGLAND





ING. FRED LEUCHTER
USA



PROF. ROBERT FAURISSON
FRANKREICH

Am Samstag, den 23. März 1991 treffen sich Menschen aus Kanada, den USA, Frankreich, Dänemark, Schweden, Belgien, den Niederlanden, Grossbritannien, Spanien, Italien, Österreich, der Schweiz, Südafrika, Australien, Brasilien und natürlich aus Deutschland in München, um dort auf einem Kongress erstmals gemeinsam die Vielfalt kritischen Denkens am Rande offiziellen Denkens zu studieren und auszutauschen.
In einer grossen Feierstunde wollen wir Menschen ehren, die als Denker auf die Evolution des Wissens Einfluss nahmen: Schriftsteller, Journalisten, Verleger, Experten, Künstler, Wissenschaftler u.v.m.

EINTRITT 50,- DM

Bankverbindungen:
Hypo-Bank München - KtoNR. 1990149131 - BLZ 700 200 01
oder
Postgiroamt Stuttgart - KtoNR. 2537 45-700 - Blz 600 100 70

LEUCHTER KOMMT

AVÖ - Postfach 2 - 8125 Huglfing / Obb. Tel. 089/ 5328160

Einladung zum Revisionisten-Treff am 23.3.1991

"Nationalsozialismus mit menschlichem Antlitz"?

Über Zündel hat die offen nationalsozialistische Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, besser bekannt als Kühnen-FAP, den exklusiven Draht zu Leuchter. Dieser stärkste Flügel der NS-Bewegung machte sich sofort an die Verbreitung des Machwerks. Die GdNF zeichnet verantwortlich für die Organisation der Reisen von Irving und Leuchter sowie für eine Anzahl von Veranstaltungen, auf denen außer diesen Koryphäen noch eine Menge anderer Vertreter der Prominenz des Revisionismus sprachen. Dabei spielten die beiden Organisationstalente der GdNF eine Rolle, CHRISTIAN WORCH und EWALD BELA ALTHANS. Insbesondere letzterer verdient besondere Beachtung.

Althans, heute mitte 20, kam über den Gründer der Nationalistischen Front (NF), MEINOLF SCHÖNBORN, als Jugendlicher zu WILLI KRÄMER, ehemaliger NSDAP-Reichsredner und Goebbels Sonderreferent, der ihn schulte. Er war in der FAP-Hannover, gehört zum Kühnen-Flügel und übernimmt heute Organisationsfunktionen für OTTO ERNST REMER, der, als einer der letzten Lebenden aus der Nazi-Prominenz, eine wichtige Rolle bei den Revisionisten spielt. Auch Althans selber widmet sich ganz dem Revisionismus. Den vom Makel der Vernichtungspolitik befreiten Nationalsozialis- smus verleiht er ein "menschliches Antlitz", dabei verkehrt er geschickt die Forderung der DDR-Opposition nach einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz in ihr Gegenteil.

Er hat mit Zündel eine gemeinsame Visitenkarte; Zündel in Toronto arbeitet eng zusammen mit seinem Münchener Büro zusammen, das den Namen "Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit" trägt und vor allem Nazi-Propaganda vertreibt. So wurde Bayern zum Schwerpunkt und Zentrum der Kampagne. Dabei fungierte Althans als Vertreter des DEUTSCHEN JUGEND BILDUNGSWERKES.

Die Revisionismuskampagne als einigendes Moment der Nazi-Bewegung

Am 11.5., am 30.9. und noch einmal im November 1990 fanden in München revisionistische Veranstaltungen statt, bei denen u.a. FAURISSON und Zündels Verteidiger DOUGLAS CHRISTIE sprachen, und die am 23.3.1991 in einer Großveranstaltung im Deutschen Museum münden sollten, die durch die engagierte Verweigerung des Veranstaltungsortes seitens des Museums verhindert wurde und als Mahnwache endete.

Die Auftaktkundgebung hatte am 21.April (sic!) 1990 im Löwenbräukeller stattgefunden. Die 800 Faschisten, vor denen u.a. Irving sprach, kamen aus sämtlichen faschistischen Lagern, unabhängig ob diese miteinander verfeindet sind, in Konkurrenz stehen oder sich

voneinander abgrenzen - bis ins neurechte Lager, das stets bemüht ist, sich von den NS- und Alt-Faschisten abzugrenzen (u.a. Gerd-Klaus Kaltenbrunner/ Mut, der eigentlich stets auf Seriösität bedacht ist).

Nun beobachten wir seit längerem ein Zusammenrücken der faschistischen Gruppen, das seinen Ausdruck findet in den gemeinsamen Großaufmärschen. Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und DVU (Deutsche Volksunion)versuchen kaum noch, sich von den militanten Gruppen abzusetzen, die JN fährt immer mehr einen Kurs, der sich nur noch in der Intellektualität von der NF unterscheidet, und die Gruppen-Fehden verhindern nicht mehr ein koordiniertes Vorgehen der Gruppen. Der FAP-Trommelzug begleitete zum Beispiel den "Trauer"zug für den eindeutigen Kühnen-Anhänger Rainer Sonntag. In Halbe traten all diese Gruppen gemeinsam auf, und sogar zur Deutschen Liga für Volk und Heimat und gar den REPs gibt es immer offenere Kontakte.

Dabei scheint die Revisionismuskampagne eher zur Einigung beizutragen, als daß sie selber ein Produkt dieser neuen Gemeinsamkeit ist. Alle diese Großaufmärsche drehen sich im engeren oder weiteren Sinne um die Umdeutung der deutschen Geschichte:

- Die "Rudolf-Hess-GedenkmÄrsche", die eine Nazi-Größe rehabilitieren sollen

- Der Gedenkaufmarsch in Halbe für die SS

- Die Revisionistenkongresse mit Aufmärschen im Anschluß

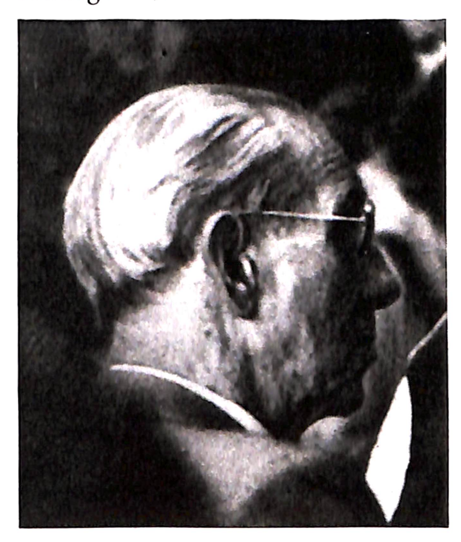
- Die Demo in Halle, auf der Irving spricht und die ausgerechnet am 9.11. durchgeführt wird.

Lediglich die Demo für Rainer Sonntag fällt aus diesem Rahmen. Es scheint, daß die Umdeutung der Geschichte einen stark einigenden Charakter hat; gleichzeitig hat die GdNF ihren Vorsprung durch den Leuchter-Report geschickt genutzt.

Die Kampagne der NF

Nach der Demo in Halle gab es eine Pressekonferenz, bei der Althans besonders auffiel. Interessant an dieser Pressekonferenz ist, daß sie in dem Haus stattfand, das von Thomas Hankes Hallescher Deutscher Jugend besetzt ist, wurde diese doch bislang als Ableger der NF vermutet. Aber die Beziehungen zwischen München und Halle scheinen gut zu sein; die Berliner Zeitung stellt Hanke gar als Statthalter und Befehlsempfänger von Althans dar. Zitat Althans: *"Aus dem mache ich einen Menschen, zeig ihm, wie man redet, schicke ihm tonnenweise Bücher zum Lesen oder auch mal einen Heizlüfter für das kalte Loch, in dem er haust. Der HANKE macht jetzt alles, was ich sage."*

Dieser scheinbare Widerspruch sollte uns nicht zu lange beschäftigen, wissen wir doch, daß die scheinbar so zersplitterten Gruppen immer wieder zusammenarbeiten. Außerdem hat sich Althans ja als alter Zögling Meinolf Schönborns entpuppt. Dessen Organisation beschloß ihrerseits eine großangelegte Kampagne unter dem Stichwort *"Schluß mit dem Holocaust oder Deutscher willst du ewig zahlen?"*, bei der zusammen mit der "gesamten Rechten Deutschlands und Österreichs" insgesamt 1 Millionen Flugblätter verteilt werden sollten, unter anderem, indem sie gezielt an "Multiplikatoren", d.h. Antifa-Gruppen, Kirchengemeinden, Parteien u.a. geschickt werden sollten, die sie dann sofort in die Presse brächten und so populär machten (Der Artikel "Erlebnis in Ravensbrück" in Info 16 hat eine dieser Aktionen zum Hintergrund).



Der Altnazi Otto Ernst Remer ist einer der führenden Personen der "Revisionismus-offensive"

Ende Juni wurde eine Veranstaltung dazu verboten. Zu dieser Veranstaltung waren nicht nur Personen aus dem oben beschriebenen Revisionistenklüngel (z.B. Faurisson) angekündigt, es sollte auch eine "Lageanalyse" zum "Durchbruch von München" gezogen werden. Die Beteiligung Remers als Mitorganisator unterstreicht nur noch, daß hier eine enge Zusammenarbeit mit dem Spektrum stattgefunden hat, für das Althans die "Revisionisten-Kongresse" organisierte. Die NF-Kampagne darf also kaum als eigener Schritt betrachtet werden. Auch diese Veranstaltung sollte in Bayern, im oberpfälzischen Roding, stattfinden. Man darf auch nicht vergessen, daß Jürgen Rieger, Anwalt für alle Nazi-Gruppen, Schnittpunkt europäischer und internationaler Netze und selber Teil der revisionistischen Richtung seit einiger Zeit in der NF ist, die als bestorganisierte Nazigruppe gilt.

Die NF bezeichnet ihre Verteilaktionen als ihre bislang erfolgreichste Kampagne.

Das "Carto-Netz"

Wie kommen Briten (wie Irving), Franzosen (wie Faurisson) und US-Ame-

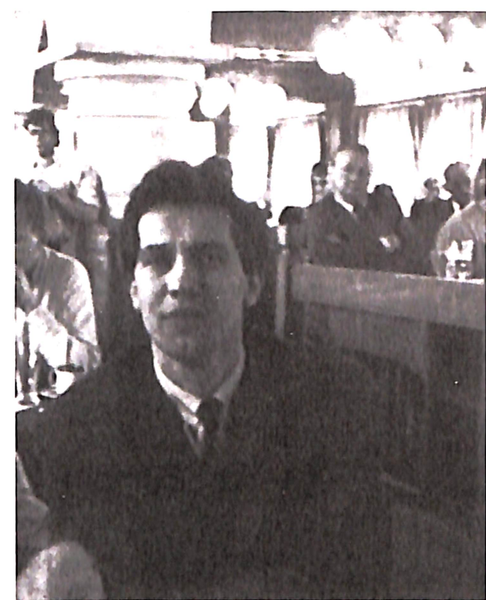
David Irving wird auch am 14.3.92 wieder bei der DVU in Passau reden. Hier als Redner auf der Kundgebung militanter Neonazis in Halle (9.11.91), zu seinen Füßen seine Stiefelputzer Thomas "Steiner" Wulff (Nationale Liste) und Wilhelm Köberich (GdNF) mit Hut.



rikaner (wie Fred Leuchter) dazu, Propaganda für die deutsche NS-Bewegung zu machen? Die NS-Bewegung ist international organisiert, das selbe gilt für die mit ihr eng verbundene Revisionistische Bewegung. Dabei sind natürlich nichtdeutsche Protagonisten weniger verdächtig als Deutsche. Faurisson, Leuchter und Irving haben mit Remer und einer ganzen Reihe weiterer Revisionisten gemein, daß sie alle Referenten oder Gastdozenten einer Organisation sind oder waren, die sich INSTITUTE FOR HISTORICAL REVIEW nennt (u.a. auch Frau Rost van Tonningen; s. Artikel: Zur Person). Das US-amerikanische IHR gibt unter anderem das Journal for Historical Review heraus. Es ist eine Gründung von Willis Carto von der Liberty Lobby, einer internationalen Organisation, deren Ziel es ist, antisemitische und faschistische Propaganda zu verbreiten. Die jährlichen Kongresse des IHR können als Plattform für diese Propaganda bezeichnet werden, das IHR und der nahestehende Noontide-Verlag fungieren als internationale Drahtzieher revisionistischer Kampagnen.

(Mehr zum Carto-Netz findet sich in "Drahtzieher im Braunen Netz")

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die derzeitige revisionistische Kampagne tatsächlich einen Erfolg der GdNF bedeutet, zum einen, um ihre Position innerhalb der faschistischen Bewegung zu stärken, zum anderen um die deutsche Öffentlichkeit weiter für ihre Botschaften empfänglich zu machen und so die Neugründung der NSDAP vorzubereiten. Darüberhinaus bedeutet sie eine Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten außerhalb Deutschlands und Europas. ■



Gerd Klaus Kaltenbrunner auf der Veranstaltung "Wahrheit macht frei" am 21.4.1990 (oben rechts)

Ewald Bela Althans vom Deutschen Jugenbildungswerk (unten rechts)

Der Leiter des Ordnungsdienstes im Münchener Löwenbräukeller (unten)





Zur Person: Florence Rost van Tonningen:

Die Schwarze Witwe



Eine zentrale Figur der internationalen faschistischen Bewegung ist Florie Rost van Tonningen-Heubel aus Velp in den Niederlanden. Sie wird allgemein "die Schwarze Witwe" genannt und tritt vor allem als Witwe auf: Beim Versuch, das Ansehen ihres Mannes Meinoud Marius Rost van Tonningen zu rehabilitieren.

Dieser ehemalige Finanzmann beim Völkerbund schloß sich bereits 1936 Anton Musserts niederländischer Nationalsozialistischer Bewegung NSB an, deren Tageszeitung Het nationale Dagblad er

leitete. 1937 wurde er ins Parlament gewählt. Als Überzeugter Nationalsozialist wurde er in den besetzten Niederlanden ab 1941 Präsident der Niederländischen Bank, die u.a. die Goldausgabe regelte. 1945 beging er im Gefängnis Selbstmord.

In der Öffentlichkeit nun ist Florie Rost van Tonningen vor allem darum bemüht, das Ansehen ihres Gatten wiederherzustellen und seinen Selbstmord zu leugnen. Dies ist eine der Hauptaufgaben ihrer Organisation CONSORTIUM DE LEVENSBOOM, des gleichnamigen Verlages und der Zeitung 'Consortium Manuscripten'.

Neben der Versendung von Büchern ihres Gatten im eigenen Verlag ist die "Schwarze Witwe" auch selbst schriftstellerisch tätig geworden. Neben Veröffentlichungen im Kritikverlag hat sie ihre Memoiren geschrieben: "Auf der Suche nach meinem Ehering" in der sie behauptete, daß die Juden für den Ausbruch des II.Weltkrieges verantwortlich gewesen seien.. Dieser Ring war von der jungen Florie Heubel in Form eines Lebensbaumes ("De Levensboom") selbst entworfen worden.

Wegen den in den Memoiren veröffentlichten antisemitischen Ausfällen wurde die Witwe im Oktober 1991 zu einer Geldstrafe von ca. 4500.- DM verurteilt.

Geld vom "Steuerzahler"

Rost van Tonningen spielt eine wichtige Rolle bei der Finanzierung rechtsextremer und faschistischer Organisationen, z.B. der NEDERLANDSE VOLKSUNIE und der CENTRUMSDEMOCRATEN. Dabei kann sie sich auf ihre Witwenrente verlassen: Nach niederländischem Recht bekommen auch Verbliebene von Abgeordneten heute verbotener Parteien die Rente ausgezahlt. Allerdings ist diese Rente zu hoch berechnet: Es wurde vorausgesetzt, das Meinoud Rost van Tonningen bis Kriegsende dem Parlament angehörte, obwohl er bereits 1941 ausschied.

Neben diesen finanziellen Unterstützungen ist Florie Rost van Tonningen, die auch Gastrednerin beim INSTITUTE FOR HISTORICAL REVIEW (IHR) (s. Artikel S. 9) ist, vor allem ein Bindeglied zwischen Alt- und Neonazis. Sie verfügt über gute Kontakte zu allen niederländischen faschistischen Organisationen, deren Führungsmitglieder sie oft in Velp besuchen und in ihrem Haus Gruppentreffen abhalten.

Schlüsselfigur (nicht nur) in Holland

Ihre "Lebensbaum"-Organisation, die hauptsächlich aus alten Leuten besteht, wird in den Niederlanden oft angeführt, um die Rolle, die die Witwe spielt, zu verharmlosen. Tatsächlich ist sie neben Et Wolsink von der ANS-Niederlande

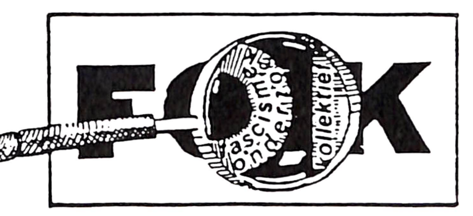


Richard Edmonds, die zweite Geige bei der BRITISH NATIONAL PARTY

die zentrale Schlüsselfigur für die faschistische Bewegung in Holland. Vor allem verfügt sie über gute internationale Kontakte. Das kürzlich in Holland von einem antifaschistischen Untersuchungskollektiv veröffentlichte Adressbuch der Witwe dokumentiert auch ihre internationalen Kontakte - sie sind vor allem in Deutschland und Belgien fraktionsübergreifend. Da finden wir neben dem heutigen GdNF-Aktivisten THOMAS BREHL und der ehemaligen Vorsitzenden der HNG CHRISTA GOERTH aus Bielefeld auch den DVU-Vorsitzenden GERHARD FREY und den "Chefdenker" der NEUEN RECHTEn Pierre Krebs von der THULE GESELLSCHAFT. PRINZESSIN REUSS ZUR LIPPE ist dort ebenso verewigt wie der Hamburger Nazi-Anwalt JÜRGEN RIEGER und der verurteilte Nazi-Terrorist MANFRED ROEDER. Mit von der Partie, wie fast überall im braunen Sumpf, ist natürlich der "Historiker" DAVID IRVING aus London, der Verleger der britischen Nazis ALLEN HANCOCK aus Brighton (GB), und der deutsch Kanadier ERNST ZÜNDEL. MATT KOEHL von der WORLD UNION OF NATIONAL SOCIALISTS und der NSDAP/AO aus den USA finden wir dort ebenso wieder, wie Mitglieder des sich seriös gebenden VLAAMS BLOK und der terroristischen VMO, bzw. deren Nachfolgerorganisation ODAL GROUP aus Belgien.

Auch der holländischen Öffentlichkeit hätte die Schlüsselrolle im (internationalen) faschistischen Netzwerk auffallen können, da bei ihrem Prozeß eine ganze Reihe von Leuten aus der internationalen Nazi-Prominenz in ihrer unmittelbaren Nähe auftraten. Am nächsten Tag zeigte das holländische Fernsehen in einer Sendung, die in ihrem Velpener Haus aufgenommen war, unkommentiert ein zehnminütiges Interview mit RICHARD EDMONDS und anderen Mitgliedern der BRITISH NATIONAL PARTY, in denen sie offen für den Nationalsozialismus warben und revisionistische Bücher vorstellten ("Die Auschwitzlüge" und "Starben wirklich 6 Millionen?"). ■

Das Material zu diesem Artikel stammt von der ANTIFA UTRECHT und dem Dossier 4 des FASCISME ONDERZOEK KOLLEKTIEF (FOK) aus Amsterdam



«Auschwitz-lügner» vor Gericht

Im Jahr 1991 mußten sich zweimal sogenannte Revisionisten vor dem Bochumer Landgericht verantworten. Im ersten Prozeß waren Werner Gebhardt aus Oberhausen und Günter Demolsky aus Bochum von den "Unabhängigen Freundeskreisen" angeklagt. Beim zweiten Prozeß waren es drei Personen aus Witten, Friedhelm Kathagen, Johann Brandt und Mathias Brandscheidt.

KZ Sachsenhausen und KZ Ravensbrück

Die Vorgeschichte

Was war geschehen? 1989 wurden im Landgericht Bochum bei einem Prozeß gegen Neonazis Flugblätter mit dem Titel "AUSCHWITZ IN ALLE EWIGKEIT" verteilt, in denen der Massenmord in den deutschen KZ's bestritten wurde. Herausgeber war ein "FREUNDESKREIS FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND": Es fanden daraufhin im Raum Bochum/Witten bei mehreren Personen, u.a. Kathagen und Brandt, Hausdurchsuchungen statt, wie auch bei der Druckerei Brandscheidt. Dabei wurden mehrere Druckschriften gefunden, u.a. das gesuchte Flugblatt "Auschwitz in alle Ewigkeit" und die Druckschrift "LEITHEFT".

Der Prozeß gegen Demolsky/Gebhardt

Am 22. Juli 1991 kam es in Bochum zur Anklage. Gegen GÜNTER DEMOLSKY als Verfasser des Flugblattes und WERNER GEBHARDT als Vorsitzenden des "Freundeskreises Freiheit für Deutschland", der das Flugblatt "Auschwitz in alle Ewigkeit" herausgebracht hatte. Verteidigt wurden die Angeklagten von den einschlägig bekannten Rechtsanwälten JÜRGEN RIEGER und HAJO HERMANN (Düsseldorf).

Während die Staatsanwaltschaft auf eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu 50 bzw. 40 DM plädierte, sprach das Gericht die Revisionisten frei. Als Begründung wurden presserechtliche Gründe angeführt.

Die Hintergründe:

Gebhardt und Demolsky, ehemalige Funktionäre der (1952 verbotenen) Sozialistischen Reichspartei (SRP), dann Funktionäre der Deutschen Reichspartei (DRP), gründeten noch über die Umwege der Deutschen Freiheits Partei (DFP) und der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) 1970 den UNABHÄNGIGEN FREUNDESKREIS (UFK). Mitbegründer des UFK war auch der Bergbau-Ingenieur MARTIN VOIGT aus Bochum. Das Mitteilungsblatt der UFK sind die UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN (UN), ein faschistoides Hetzblatt,

das die "Kriegschuld- und Auschwitz-Lüge" propagiert.

Der UFK hat sich zum Ziel gesetzt, alle "Gruppen politischer und volksbewußter Deutscher zusammenzuhalten bzw. zusammenzuführen."

Deshalb pflegen die UFK/UN gute Kontakte zu allen möglichen Fraktionen des rechten Lagers, angefangen von Dr.FRITZ DORLS bis zu FAP, NPD, GDS, REP, WSL, DA/VR bzw. Deutsche Liga für Volk und Heimat. So tauchte der amtierende Präsident des WELTBUNDES ZUM SCHUTZ DES LEBENS (WSL), ERNST-OTTO COHRS, neben Oberst RUDEL und MANFRED ROEDER in den UN auf. Im Gegenzug wurde im WSL-Mitteilungsblatt LEBENSSCHUTZ-INFORMATION (LSI) eine Zeitschrift mit dem Titel "VgM - heiße Eisen", in der u.a. für die UN geworben wurde, beigelegt.

Gute Kontakte bestehen auch zur "GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK, GFP" und zum "DEUTSCHEN RECHTSSCHUTZKREIS, DRSK", der 1979 von Mitgliedern der UFK gegründet wurde. Vorsitzender ist o.g. Martin Voigt. Rechte Prominenz wie Jürgen Rieger, Dr. WERNER STÄGLICH und UDO WALENDY betreiben im monatlich erscheinenden "DRSK"- Blatt "Mitteilungen zur Entwicklung des Rechtsstaats im Bereich der politischen Justiz" ihre Propaganda.

Seit Anfang 1989 hat sich unter dem Namen "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" eine Untergruppe der UFK gebildet. Sie veröffentlicht vor allem Flugblätter zu den rechten Standardthemen Ausländerfrage, Antisemitismus, Geschichtsrevision, Nationalismus. Der Tarnverein wurde gegründet, um Dinge publizieren zu können, die bei Veröffentlichung in den UN eine Gefahr des Verbots beinhalten könnten. Als Verantwortliche zeichnen HELMUT FUCHS und Demolsky; aber auch GÜNTER DEKKERT; NPD-Vorsitzender. Geschäftsstelle ist PF. 400336 in 4630 Bochum 4.

Der Prozeß gegen Brandt/Kathagen

Im Oktober 91 begann der Prozeß gegen die Wittener Nazis. Als Anwalt war u.a. erneut o.g. Rieger bestellt.

Die Druckschrift "Leitheft", die bei den Hausdurchsuchungen u.a. in der Druckerei Brandscheidt gefunden worden war, war der ausschlaggebende Punkt einer Anklage gegen Kathagen als verantwortlichem Redakteur und gegen Brandt als presserechtlichem Herausgeber. Brandscheidt wurde als Drucker Beihilfe vorgeworfen. Die Anklage beinhaltet Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, davon in einem Fall mit der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Eine Hausdurchsuchung bei Hildegard Kathagen, Kathagens Ehefrau, brachte eine "konspirative" Wohnung von Friedhelm Kathagen unter dem Namen G. Engelhard zu Tage, die mit Falltür und Eingang durch eine Schrankrückwand gesichert war. In diesem "Versteck" befanden sich Druckvorlagen, Korrespondenzen und Ordner mit Anschriften vom "Leitheft". Bücher wie "Die internationale Pest vom David bis zum Sowjetstern" wurden sichergestellt. Ein Gutachten, daß diese Büchernachdrucke lange vor dem Anklagezeitpunkt gedruckt wurden, drängte Rieger dem vorsitzenden Richter Hinerasky auf, da Rieger wohl Angst hatte, daß die Angeklagten auch wegen dieser Bücher verurteilt werden könnten. Zur Anklage kam es aber nur wegen den "Leitheften" Nr. 30, 31, 32, und 33/34. Nach Angaben der Angeklagten wurde diese Schriften in einer Auflage von 1000 bis 1500 Exemplaren gedruckt, und zum Großteil über das ex-ANS/NA Postfach 6103 verschickt, der andere Teil wurde zum späteren Versand aufbewahrt.

Die Urteile

Das Verfahren gegen Brandscheidt wurde abgetrennt und gegen Zahlung einer Geldbuße von 500.- DM gegen ihn eingestellt.

Nachdem die Staatsanwaltschaft für Kathagen 20 Monate und für Brandt 160 Tagessätze zu 50.- DM in ihrem Plädoyer forderte, schloß sich das Gericht der Staatsanwaltschaft an. Da Brandt noch

Gedenkstättenhilfe für das staatliche Museum Auschwitz (Oswiecim):

Im Juni letzten Jahres (1991) fand erneut eine Gedenkstättenfahrt einer Gruppe nach Auschwitz (Oswiecim) statt. Diese Fahrten sind als Einstieg für die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, insbesondere dem deutschen Nationalsozialismus gedacht. Dazu gehörte unter anderem eine längere inhaltliche Vorbereitung mit den Schwerpunkten:

- Konzentrationslagersystem
- polnische Geschichte und Gegenwart
- jüdisches Leben und Widerstand

In einer Woche wurde, neben Führungen durch das Lager sowie Gespräche mit Überlebenden, an den Vormittagen versucht, durch praktische Arbeit einen Beitrag zum Erhalt der Gedenkstätte zu leisten.

Daneben wurde den TeilnehmerInnen die Möglichkeit geboten, in dem im Stammlager befindlichen Archiv zu recherchieren.

Die schwierige wirtschaftliche Situation in Polen wirkt sich auf die Gedenkstätte und somit auch auf die Arbeit der MitarbeiterInnen und BesucherInnen erschwerend aus. So fehlen z.B. zur Bewältigung der umfangreichen Arbeiten im Archiv weitere Kopiergeräte, Papier, Schreibmaschienen, Kassettenrekorder (die Rekorder sollen zur Übersetzungsarbeit von Interviews mit Überlebenden dienen), sowie weitere Büromaterialien aller Art.

Diese Schwierigkeiten nehmen wir zum Anlaß, hier von Berlin aus die Gedenkstätte zu unterstützen.

Wir bitten Sie/Euch uns bei dieser Arbeit durch Sach- und Geldspenden zu helfen. Bei Sachspenden oben genannter Art wenden Sie sich, wendet Ihr Euch bitte an: **Geschichtswerkstatt Berlin-Lichtenrade**
Thomas Quilitzsch Tel.: 744 75 50 Sönke Schneidewind Tel.: 782 88 51

Geldspenden Bitte An: Berliner Geschichtswerkstatt E.v. Konto: 5060 60-106 Pgiroa Berlin Stichwort: "gedenkstättenhilfe" (Wegen FÖrderung wissenschaftlicher Zwecke und der Volksbildung als gemeinnützig anerkannt)

Die beteiligten Personen:

JOHANN BRANDT, 29.01.1929 in Wesenberg - Estland geboren, besuchte in Wesel ein Gymnasium, das er 1940 mit Mittlerer Reife abschloß. Nach einem kurzen Studium als Techniker war er in der Flugzeugproduktion in Rostock tätig, bis er sich dann freiwillig zur Waffen-SS im Januar 1942 meldete. Nach der Ausbildung im September 1942 war sein großer Augenblick gekommen, er konnte mit der Kavalleriedivision Florian-Geier bis 1945 in den Krieg ziehen, zog sich zwei Verwundungen zu und kam in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Danach war eine Beschäftigung bei der britischen Militärregierung von Januar 46 bis Oktober 47 drin. Es folgten Arbeitsstellen bei Bosch und bei den Senkingwerken in Hildesheim, nach zwischenzeitlicher Arbeitslosigkeit in Hildesheim von Februar 50 bis Februar 1953 war er dann als Alten- und Jugendbetreuer tätig, bis 1957. Nach einem Besuch der Ingenieurschule in Hannover als Maschinenbauer, schloß er im Juni 1959 die Schule ab und arbeitete in Wiesbaden bei Kältemaschinenbau Linde. Der nächste Arbeitsplatzwechsel war mal wieder mit einem Wohnortwechsel verbunden, diesmal nach Witten, wo er bisher auch gemeldet war.

Seine rechte politische Vergangenheit zieht sich durch sein Leben, wie er seine Kriegsverletzung, das linke Bein, nachzieht. Diese fängt mit der NSDAP an, geht über die NPD von Juni 69 bis April 1976, zur CDU von Nov 68 bis Mai 69, bis zur FAP 1984. Angeblich sei Brandt dann aus der FAP ausgeschlossen worden. Nennenswert sind auch noch seine Tätigkeiten als Kameradschaftsführer Witten der ANS/NA sowie als ANS-Bundesgeschäftsführer. Dann Leiter des FREUNDESKREIS DEUTSCHE POLITIK und u.a. war er Schriftleiter bzw. Herausgeber von 82 bis Ende 1987 der Publikation DER NEUE BEOBACHTER, dem Mitteilungsblatt des "WELTBUND GEGEN GESCHICHTS-FÄLSCHUNG"; dieses Blatt wurde in Witten herausgebracht.

Presserechtlicher Herausgeber des "Leitheft" war er von 84/85 an, welches als internes Mitteilungsblatt der Waffen-SS gilt. So liegt die Mitgliedschaft in der NSDAP/AO, Mitgliedsnummer: 6723/3, auch nicht fern.

FRIEDHELM KATHAGEN, der zweite in diesem Trio wurde am 30.12.1920 in Witten geboren. Im Dezember 1939 hat er sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet und ist von 1940 bis 1944 mit der Panzerdivision "Wiking" auf Rußlandfeldzug gewesen. Nach einem Offizierslehrgang war er bis 45 im Ruhrgebiet Zugführer bei einer Ersatzeinheit. In Kriegsgefangenschaft der Amerikaner durfte er sich nahe Bonn auf den Rheinwiesen bis Ende 1947 in einem Internierungslager aufhalten. Er arbeitete nach der Kriegsgefangenschaft in seinem Beruf als Steuerberater. Anfang der 50er gründete er mit anderen Kriegskameraden in Witten die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemalige Waffen-SS) und wurde Schriftleiter der HIAG-Zeitung "DER FREIWILLIGE" von 1955 bis 56. 1979 und 1980 stand er im Impressum der "Unabhängigen Nachrichten". Ende der 70er war Kathagen Leiter des "DEUTSCHEN ARBEITSKREISES WITTEN, DAW", der eng mit FRIEDHELM BUSSE zusammenarbeitete. Anfang 1980 gründete sich dann ein "NATURPOLITISCHER VERLAG", dessen Leiter Kathagen war. Die Anschrift des Verlages lautet: Bommerholzerstr. 59, Postfach 1706, 5810 Witten, und hat ISBN 3-88031. Unter derselben Adresse ist die Druckerei INGO KATHAGEN gemeldet, der Sohn von Friedhelm Kathagen.

Kathagen, der verantwortlicher Redakteur des "Leitheft" war, wurde am 17.01.1980 wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung zu 6 Mon. auf 3 J. Bewährung verurteilt. Wegen denselben Anklagepunkten wurde er am 12.10.1984 zu 1J. und 6 Mon. rechtskräftig verurteilt und sollte am 8. April 1985 in Attendorn-Sauerland seine Strafe antreten. Doch aus unerklärlichen Gründen erfolgte fünf Jahre lang keine Aufforderung zum Strafantritt. Kathagen blieb unbehelligt auf freiem Fuß!

Aufgrund des o.g. Flugblatts "Auschwitz bis.." fand am 26.10.90 die ebenfalls o.g. Hausdurchsuchung statt, die übrigens 12 Stunden dauerte! Der Revisionist fürchtete, seine Strafe antreten zu müssen und tauchte im Bergischen unter. Am 2.12.1990 stellte sich Kathagen nach Verhandlungen mit der Justiz über eine Strafverkürzung zur Hälfte, die ihm zugesichert wurde. Während seiner Haft achtete er darauf, daß bei Gesprächen sein Haftgrund nicht bekannt wurde. Er, der Vertreter der These von der Auschwitzlüge, leugnete die Verbrechen des Dritten Reiches im Knast nicht. Er versicherte jegliche politische Aktivitäten in Zukunft zu unterlassen.

MATHIAS BRANDSCHEIDT, die Nummer drei, wurde am 30.12. 1965 in Witten geboren. Nach seiner Schulzeit begann er bei F. Kathagen eine Lehre als Steuerfachgehilfe und beendete diese 1981 erfolgreich. Nach seiner Bundeswehrzeit mietete er sich bei einem Vorarbeiter von F. Kathagen Räume in dessen Haus und richtete dort eine eigene Druckerei ein. Diese existierte vom 01.05.1989 bis zum 31.12.1990. Nach der Durchsuchung wegen dem Auschwitz-Flugblatt wurde die Druckerei versiegelt.



Das faschistische Hetzblatt von Kathagen und Brandt

nicht vorbestraft war, verurteilte ihn das Gericht zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu 50 DM, Kathagen bekam zu seiner schon zur Hälfte abgesessenen Strafe noch einmal 1 Jahr und 8 Monate auf 3 Jahre Bewährung dazu. Bei der Urteilsbegründung wurde auf das Alter der Angeklagten hingewiesen, und daß Kathagens erste Strafe ihn hart getroffen hätte und die Anstaltsleitung ihm eine gute Prognose bescheinigt hätte.

Der Prozeß wurde sowohl von Altnazis als auch von Personen aus dem Neonazi-Spektrum beobachtet, wie z. B. den HNG-Leute CHRISTIAN MALCOCI aus Grevenbroich und CHRISTIAN SENNLAUB aus Witten.

Das "Leitheft"

Nachdem sich Kathagen und einige andere "Kameraden" von der HIAG-Publikation "Der Freiwillige" getrennt hatten, und das "Leitheft" in den Vordergrund rückte, suchte Kathagen einen Mitarbeiter, der sich um die Büroarbeiten kümmern sollte und stieß auf Brandt. Der im rechten Lager nicht unerfahrene Brandt wurde presserechtlicher Herausgeber des "Leitheft". Das "Leitheft" verstand sich als ein "Rundbrief der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft, zur Abwehr von "Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentationen" undwurde von Kathagen und Brandt an "Kameraden" verschickt, die sich nicht von der HIAG vertreten sahen. Das "Leitheft" wurde in Anlehnung an frühere Leithefte aus dem 3.Reich herausgebracht. Auf 40 Seiten wurden u.a. Artikel von Leuchter, Irving und Faurisson abgedruckt, die die Waffen-SS und den Krieg verherrlichen und die "wahre" Kriegschuld behandeln.

Leute, die in den UN auftauchen, schrieben wiederum im "Leitheft" wie z.B. Ernst Otto Cohrs, der sich in der Ausgabe 47 in dem Artikel " Der 22. Juni 1941" über Unternehmen Barbarossa ausließ. Aber auch FRANK RENNICKE, Wiking Jugend Mitglied und "nationaler Barde" annoncierte in der Ausgabe Nr. 12in einem Beiblatt für "volkstreue Jugendarbeit. ■



Die Opfer mahnen: Für die deutschen Politiker und Spießer nur lästige Erinnerung.

Die Leugnung der Verbrechen: Für die Justiz nur ein "Kavaliersdelikt".



Rassismus in den Medien, z.B. im Spiegel:

«Bimbophile Inländerfeinde»

Wie "Der Spiegel" einem kritischen Publikum Rassismus nahebringt und dabei zum Träger neurechter Ideologien wird.

Ungefähr seit Mitte des letzten Jahres bombardiert das Hamburger Magazin "Der Spiegel" seine Leserschaft mit Artikeln, die deutsche Rassisten in Schutz nehmen, ImmigrantInnen oder Flüchtlingen die Schuld zuweisen, nicht nur an ihrer eigenen Verfolgung sondern auch an sozialen Mißständen und die Deutsche, die sich auf die Seite der "AusländerInnen" stellen, angreifen. Damit macht sich das Blatt letztlich selber zum Teil einer rassistischen Strömung. Wir wollen zeigen, mit welchen Methoden dies geschieht und wie "Der Spiegel" Versatzstücke der Ideologie benutzt, die von der sog. "Neuen Rechten" gerade dazu entwickelt wurden, Rassismus zu verschleiern und wieder mehrheitsfähig zu machen.

Der bisherige Höhepunkt entstammt der Ausgabe 1/92 und trägt die Überschrift *"Jeder streichelt seinen Bimbo"*, auch im Original in Anführungsstrichen.

Thema des Artikels ist die antirassistische Kampagne, die von Linksradikalen einerseits, von bürgerlich-liberalen und linksliberalen Kräften andererseits die rassistische Angriffswelle beantwortete. Ausgangspunkt des Artikels ist eine umfassende Kritik, vor allem an der Plattheit der Kampagne, an positivem Rassismus und *"Parolen ..., die das Volk schlichtweg für dumm verkaufen"*. Das Ganze wird unmittelbar danach vermischt mit einer Kritik der radikalen Linken, die den Rassisten nur genauso dumme Umkehrungen ihrer eigenen Propaganda entgegenzusetzen hätte. Der nächste Schritt ist die Behauptung, dahinter stecke eine allgemeine "Inländerfeindlichkeit"; rassistische Elemente der Kampagne gegenüber den Deutschen werden entdeckt (z.B. in der Art der Abbildung von Deutschen), andererseits positiver Rassismus gegenüber Ausländern. Nachdem also denjenigen, die ihre Solidarität erklären, unter den Begriffen "Inländerfeindlichkeit" und "Bimbophilie" (kein Witz!) Rassismus bescheinigt wurde, werden die aus rassistischer Motivation handelnden Angreifer kurzerhand davon freigesprochen; im Rückgriff auf die Thesen von Seidel und Farin. Dem "Spiegel" zufolge sind sie alle aus der Unterschicht, aus Sozialghettos mit angeblich hohem Ausländeranteil, alle jung und identitätslos und bedienen sich "rechter Symbole oft nur ihres Provokationswertes wegen", wenn sie "beim Werben um gleichaltrige Mädchen mit einer Überzahl junger Türken (konkurrieren), deren gutbehütete Schwestern nicht einmal ins Schwimmbad" dürften. Die rassistische Gewalt wird geradezu als Gegengewalt dargestellt, oder als letzte Möglichkeit der Artikulation für diejenigen, in denen der "Spiegel" die eigentlichen "Opfer der deutschen Zweidrittel-Gesellschaft" sieht.

Soweit der "Spiegel". Wir machen uns hier nicht die Mühe, den Quatsch zu widerlegen. Es geht uns vielmehr um Methoden und Ziele, mit denen der Spiegel seine Version vom ausländerfreundlichen aber ungerecht behandelten Deutschen zu Markte trägt.

Der "Spiegel" tut so, als seien die wahren Experten des Themas alle seiner Meinung - und zwar geschieht dies vor allem durch Zitate, die aus dem Zusammenhang gerissen sind. Das Blatt suggeriert dabei (alter Reporter-Trick) dem unaufmerksamen Leser, es habe eine Fülle von "journallistischen Gesprächen" geführt, wo in Wirklichkeit längst veröffentlichte Thesen der "Experten" zitiert werden. Aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate bilden auch den Kern der Angriffe auf die radikalen Linken. Die saftigsten Stellen aus langen Analysen ("konkret" und "titanic") werden angeführt, im nächsten Absatz dann mit platten Parolen gemischt, die aus einem ganz anderen Zusammenhang kommen. Es ist klar: Die "konkret" erarbeitet die "mörderischen Phantasien", mit denen dann die linksradikalen Schläger und kriminellen Ausländerbanden auf arme deutsche Jugendliche losgehen. "Mörderische Phantasien"!, während in allen Teilen Deutschlands ganz reale Morde und Mordversuche stattfinden. In bester deutscher Tradition würzt der "Spiegel" das ganze massiv mit Intellektuellenfeindlichkeit. Dabei richtet sich der Artikel gerade an (ehemalige) Links-Intellektuelle, und das ist nicht einmal ein Widerspruch. In allen Klassen und Gruppen der deutschen Gesellschaft, mit Ausnahme der herrschenden Klasse, ist der Rassismus tief verwurzelt. Nur die "linken", kritischen Intellektuellen haben ihre Ressentiments tief vergraben. Wie

lassen sich diese Ressentiments wieder ausgraben? Nur mit den eigenen Methoden der Linken. Das ist das, was wir als "Überkritisch" bezeichnen wollen. Viele der Kritikpunkte, die der Artikel formuliert, teilen wir mit dem "Spiegel". Aber die Konsequenz für uns ist, von innen heraus bessere Politik zu machen - aus der Überzeugung heraus, daß wir den ImmigrantInnen beistehen müssen, und auf die Spaltung in "Deutsche" und "Ausländer" nicht eingehen dürfen. In solchem Zusammenhang begrüßen wir ein kritisches Bewußtsein. Aber für viele ehemalige Linke wird das kritische Bewußtsein zum Versteck für ihre Untätigkeit. So wird das Schweigen gerechtfertigt; gleichzeitig, in den Attacken gegen "kriminelle" Ausländer, der eigene Rassismus als Objektivität dargestellt. Man ist ja schließlich nicht "Bimbophil" und traut sich auch, den bösen Kriminellen entgegenzutreten. Kurz und gut: Der Spiegel holt die wachsweiche linke, akademische Mittelschicht - auf der Karriereleiter zu besseren Posten endlich von ihren wilden Jugendjahren abgekommen - genau bei ihrem ganzen selbstgerechten Lügengebäude pseudo-kritischen Individualismus' ab... Holt sie ab auf dem Weg vom schweigenden Nichtstun zu offenem, praktiziertem Rassismus. Rassismus? Diese Behauptung müssen wir jetzt belegen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie der "Neuen Rechten" ist der Versuch, dem Rassismus ein neues Gewand anzuziehen. Dabei bedient sie sich linken oder wissenschaftlichen Vokabulars. Die Völker sind demnach "gleichwertig", aber ihrem Wesen nach unterschiedlich, die Verwischung dieser Unterschiedlichkeit führt bei allen Beteiligten zu Identitätsverlust, weshalb die Völker getrennt werden müssen. Was passiert, wenn Völker aufeinanderstoßen, die sich nicht ähnlich sind, wird angeblich am deutlichsten in den gemischten Vierteln der großen Städte: Krawalle, Rassenkriege, Kriminalität. Europa würden riesige Einwanderungswellen drohen, die nicht nur Produkt westlichen Wohlstandes sind: Es wird eine regelrechte Strategie zur Überfremdung behauptet, in der sowohl Europäer als auch Zuwanderer nur Opfer einer Verschwörung sind. Die Drahtzieher dieser Verschwörung wiederum werden mit den Begriffen belegt, die auch allgemein negativ mit dem Judentum verbunden werden. Kapitalisten, Intellektuelle, auch kommunistische



Gleichmacher, das ganze von den USA aus geplant, wo ohnehin das Judentum regiere. Um diese Strategie zu untermauern, würden die Europäer geistig kolonisiert.

Ein Stichwort, das die "Neue Rechte" als Gegenbegriff zum Rassismus formuliert, ist der Begriff "Inländerfeindlichkeit". Das ist ein originärer Begriff neurechten Vokabulars und gleichzeitig der wesentliche Dreh- und Angelpunkt der besprochenen Artikel. "Legale oder illegale Einwanderung von Elendsflüchtlingen...", immer wieder schürt der "Spiegel" die Vision einer Einwanderungs- welle, die uns zu überschwemmen drohe (z.B. mit dem Titelblatt "Das Boot ist voll"). Auch dies gehört zur Strategie der "Neuen Rechten".

Sicher, die neurechte Ideologie scheint immer nur in einzelnen Begriffen klar durch, insgesamt aber lassen sich die jüngsten Artikel aber in diesen Rahmen stellen. D.h. der "Spiegel" übernimmt und verbreitet wesentliche Elemente einer faschistischen Ideologie. Wir halten weder den "Spiegel" noch den überwiegenden Teil der bürgerlichen Presse für faschistisch, wo sie aber die Thesen und Methoden, die von einer faschistischen Ideologieschule erarbeitet wurden, übernimmt, macht sie sich zum Wegbereiter dieser Ideologie. ■

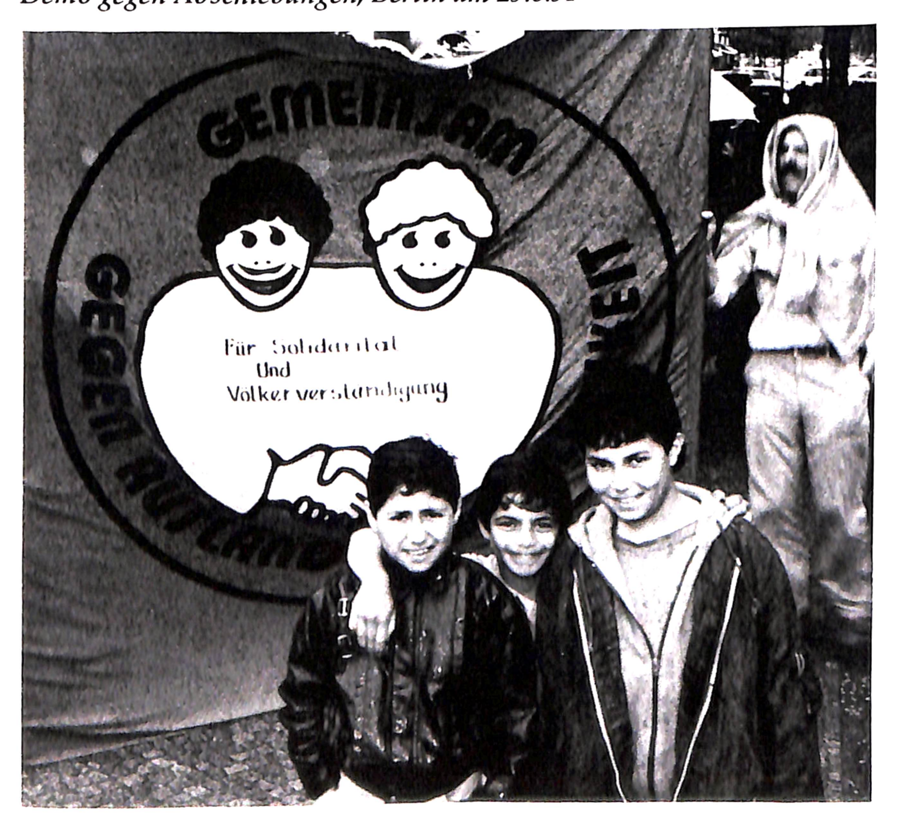
Deutschland - flüchtlingsfrei?

Es wird kaum bekannt, geschweige denn, daß sich Protest rührt: Seit Anfang des Jahres wird verschärft "abgeschoben". Flüchtlinge, deren Leben in ihren Heimatländern bedroht ist, werden dorthin abtransportiert. Die Abschiebungen werden bisher nicht wie erwartet in großen Gruppen, sondern vereinzelt vollzogen, die Verhaftung findet meist direkt auf der Ausländerbehörde statt. Darüber hinaus haben bereits 2000 Flüchtlinge aus dem Libanon die Aufforderung zur Ausreise bekommen, was heißt, daß auch ihre "Abschiebung" unmittelbar bevorsteht.

Diese Menschen, die jetzt "abgeschoben" werden, sind die ersten Opfer des am 1.1.1991 in Kraft getretenen neuen Ausländergesetzes. Wurden früher Flüchtlinge, die aus Krisen- oder Kriegsgebieten kommen, als sogenannte De-Facto-Flüchtlinge in unserem Land "geduldet", so gibt es diesen Gruppenschutz nun nicht mehr. Es wird nur noch individuell über die "Duldung" eines Flüchtlings entschieden, nicht mehr wie bislang über Nationalitätengruppen. Die "Duldung" kam nie einer Aufenthaltsgenehmigung gleich, aber die Flüchtlinge unterlagen dem Abschiebestop und konnten deshalb in der Bundesrepublik bleiben. De-Facto-Flüchtlinge, dazu gehören z.B. die Libanesen, Tamilen, Kurden aus der Türkei, Vietnamesen und Angolaner, bildeten immer die größte Flüchtlingsgruppe. Viele dieser Menschen haben entweder nie einen Asylantrag gestellt, oder er war abgelehnt worden. Mit dem Paßeintrag "Duldung" leben manche seit bis zu 8 Jahren hier. Nach dem neuen Ausländergesetz darf ein "geduldeter" Flüchtling nun nicht mehr länger als 12 Monate in der Bundesrepublik bleiben. Würde man diesem Gesetz folgen, würde das die "Abschiebung" von ca. 50% der Flüchtlinge bedeuten. Nachdem die Gesetzesvorlage jedoch noch einmal "gemildert" wurde, sind jetzt direkt von der "Abschiebung" bedroht: Libanesen, die nach den 31.12.1985 in die BRD kamen, Äthiopier und Afghanen, die nach dem 31.12.1988 und Kurden, die aus der Türkei nach dem 31.12.1989 kamen. In Berlin sind 5000 Flüchtlinge von der "Abschiebung" bedroht, 3000 von ihnen sind Libanesen.

Auf ihrem Weg, das Recht auf Asyl ganz abzuschaffen, ist das neue Ausländergesetz den Herren der CDU, SPD und FDP aber längst nicht genug: Die Ratifizierung des SCHENGENER ABKOMMEN und die erneute Novellierung des Ausländergesetzes in Form des "SEITERS-GESETZ" sind weitere Schritte, Flüchtlinge aus der Bundesrepublik zu vertreiben, bzw. gar nicht erst reinzulassen.

Demo gegen Abschiebungen, Berlin am 29.6.91



Schengener Abkommen

Das bereits verabschiedete und im Bundestag nur noch zu ratifizierende Schengener Abkommen beinhaltet, daß Flüchtlinge nur noch in einem der vertragsunterzeichnenden Länder (Frankreich, Benelux-Staaten, BRD) einen Asylantrag stellen können. Wenn dieser einmal abgelehnt ist, kann demnach ein Flüchtling nicht noch einmal in einem der anderen Vertragsländern einen Antrag stellen. Diese Praxis soll dann unter dem Namen "Harmonisierung des Asylrechts auf EG-Ebene" laufen. Ein weiterer Bestandteil des Abkommen ist die "Abschiebung" aller Flüchtlinge bereits an der Grenze, wenn sie vorher schon ein Land erreicht haben, in dem es keine Verfolgung gibt. Dieses trifft z.B. für viele Roma und Sinti aus Rumänen zu, die versuchen , über Polen in die BRD zu gelangen. An der deutsch-polnischen Grenze wurden allein im Jahr 1991 9000 Flüchtlinge, großteils Roma und Sinti, vom Bundesgrenzschutz nach Polen zu-

rückgeschickt. Die Fage, wie das wirtschaftlich und sozial viel schwächere Polen dann mit den Flüchtlingen umgehen soll, bleibt dabei unbeatwortet. Die Abweisung der Flüchtlinge an der deutschen Grenze ist in jedem Fall bereits eine Aushöhlung des Asylrechts, da den Flüchtlingen gar nicht mehr die Möglichkeit der Antragstellung gegeben wird.

"Seiters-Gesetz"

Das "Seiters-Gesetz" umfaßt zwei Punkte: zum einen die Verkürzung der Asylverfahren auf sechs Wochen und zum anderen die Unterbringung der Flüchtlinge in Sammellagern. Die Verkürzung der Verfahren auf sechs Wochen verstößt eindeutig gegen den Art. 19 des Grundgesetzes, der jedem Menschen das Recht einräumt, den Rechtsweg einschlagen zu können. Im Falle der Flüchtlinge würde das bedeuten, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden muß, auch nach Ablehnung ihres Antrages in Revision gehen zu können. Innerhalb von sechs Wochen ist dieses nicht machbar, selbst wenn man davon ausgehen würde, daß das vorangegangene Verfahren sorgfältig vollzogen wurde. Die Eingrenzung des Verfahrens ignoriert ebenfalls die psychische Verfassung insbesondere von Folteropfern, die oft erst spät über die Verbrechen, die an ihnen begangen wurden, sprechen können, diese jedoch genau für die Anerkennung als Flüchtling von Bedeutung sind. Mit der Einrichtung von Sammellagern wäre dieser Staat wieder so weit, menschenverachtende Internierungslager zu errichten und damit die Senkung der Hemmschwelle für rassistische Gewalt bewußt in Kauf zu nehmen.

Das Schengener Abkommen ist bereits beschlossen und muß lediglich ratifiziert werden, das "Seiters-Gesetz" wird jetzt zwar erst zur ersten Lesung dem Bundestag vorgelegt, aber alle großen Parteien haben sich bereits dafür ausgesprochen. Auch was die Änderung des Artikel 16, 2 des Grundgesetzes angeht, werden sich die Parteien immer einiger. Es ist nicht mehr nur die CDU/CSU, die die Veränderung anstrebt, sondern auch die Fraktionsvorsitzenden der FDP und SPD schließen eine Verfassungsänderung nicht mehr aus. Dies alles geschieht, ohne daß die deutsche Linke dagegen laut wird. Als es 1933 hieß: "Kauft nicht bei Juden", wehrte sich die deutsche Linke auch nicht, denn der Terror richtete sich ja nicht gegen sie. Als jüdische Beamten ihres Amtes enthoben wurden, schwieg die Linke ebenfalls, denn noch war sie ja nicht betroffen. Die Erinnerung daran, daß Länder wie England, Schweden oder die Schweiz bis 1939 die aus Deutschland fliehenden Juden zurückwiesen, verblaßt, und denen, die es bewußt vorantreiben, daß sich in diesem Land bald niemand mehr daran erinnern wird, wird von kaum einer Seite etwas entgegengestellt. ■



... geflüchtet, zusammengepfercht, zwangsverteilt, abgeschoben. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen die Flüchtlinge in Zukunft gar nicht mehr in die BRD gelangen können. Die Staatsgrenzen sollen dichtgemacht werden.



Kaderschulung
von terroristischen Neonazis
bis zur
«demokratischen» Rechten

Die Deutsche Kulturgemeinschaft

Am 17.11.1991 marschierten 500-600 großteils uniformierte Nazis auf dem Friedhof in Halbe (45km südöstlich von Berlin) auf. Da uns mittlerweile neue Erkenntnisse vorliegen, beschäftigen wir uns an dieser Stelle nochmals (siehe Info 16) mit der Anmelderin des Aufmarsches, der DEUTSCHEn KULTURGEMEINSCHAFT BERLIN (DKG), ihrer Vorsitzenden FRAU DR. URSULA SCHAFFER und einigen der teilnehmenden Nazis.

Die 1979 gegründete DKG übernimmt eine herausragende Rolle im faschistischen Netzwerk bei der Schulung von Nazi-Kadern aus allen Fraktionen des bundesdeutschen Rechtsextremismus. Die Berliner Vorsitzende, Frau Dr. Ursula Schaffer (79), ist NPD - Kreisverbandsvorsitzen -de Berlin-Südwest und Mitglied des AKTIONS KOMITEES ODER / NEISSE (AKON). Sie unterhält hervorragende Kontakte zu alten Waffen-SS'lern, zu sämtlichen Anführern der Berliner Neonazi - Organisationen, wie auch zu jungen Neofaschisten aus den neuen Bundesländern.

NAZİLER DEFOLUN! ANTİFAŞİST GENÇLİK

Die DKG sieht ihre Hauptaufgabe in dem Aufbau einer "ausgebildeten Führungsmannschaft", um eine erneute Machtergreifung der Faschisten in Deutschland möglich zu machen. Dazu führt sie regelmäßig Seminare durch und betreibt "Traditionspflege", wie am Volkstrauertag in Halbe, um die jungen NeofaschistInnen auf den Geist der Waffen-SS einzuschwören. Vom 21.2.-23.2.1992 hielt sie ihr "3. Berliner Seminar, für "die zinsfreie Wirtschaftsordnung" ab, wobei die Auftaktveranstaltung mit dem Referenten ERNST GÜNTER KÖGEL aus Remscheid von Antifas angegriffen worden ist und abgebrochen werden mußte. Der 64-jährige Herausgeber der antisemitischen Hetz-



Ursula Schaffer (DKG), die Anmelderin des Halbe-Aufmarsches

zeitschrift "Deutschland - Schrift für neue Ordnung" aus Remscheid, wurde in der 2.Instanz im November 1990 zu einer Geldstrafe von 12.600 DM wegen *"Volksverhetzung, Verleumdung und Aufstachelung zum Rassenhass"* verurteilt (siehe Info 14).

Nachdem er schon am 24.11.1988 als Referent an einer Gästewoche der DKG teilgenommen hatte, sollte er nun zu dem Thema *"Die One World droht" - "dem One World Einheitsstaat mit der Hauptstadt Jerusalem"* - sprechen. Um das faschistische Weltbild, das hinter dieser Formulierung steckt zu verdeutlichen, zitieren wir nochmal aus dem Einladungsschreiben: *"Mit der [...] Überfremdung Europas durch Millionen fremdrassiger Kreaturen und der Kontrolle der Rohstoffe und Nahrungsmittel durch eine machtbesessene Clique sollen die Eigenarten der Völker verschwinden. Wer sich dem entgegenstellt, soll durch eine internationale Armada vernichtet werden."* Das Seminar sei *"ein absolutes Muß [...] für jeden, der einmal Führungsaufgaben übernehmen könnte oder will."*

Fraktionstreffen der Neonazis

Die Auftaktveranstaltung entpuppte sich als Fraktionstreffen der Neonazis aus Berlin und Brandenburg, wie auch schon ein Berliner Treffen der DKG im Oktober 1988, das ebenfalls von Antifas verhindert worden war. Neben NPD-Mitgliedern, wie HANS-JÖRG RÜCKERT waren diesmal auch wieder ANDREAS STORR (JUNGE NATIONALDEMOKRATEN), OLIVER SCHWEIGERT (DEUTSCHE ALTERNATIVE und "Bereichsaufbauleiter der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT"), INGMAR RABAND, sowie junge Neonazis aus Schwedt/Oder erschienen. Auch Raband ist stadtbekannt: Er ist FAP-Mitglied, arbeitete in der BÜRGERINITIATIVE FÜR DEMOKRATIE UND IDENTITÄT, war stellvertetender Präsident der neonazistischen Berliner FREIHEITSPARTEI, sowie Mitglied der WIKING JUGEND, und wurde im Oktober 1985 zusammen mit den Westberliner Neonazis LUTZ SCHILLOK, WILEY und DITRICH bei einer Wehrsportübung in Besen-Horsien festgenommen.

Für das auf 20 Teilnehmer begrenzte Seminar wurde im Gegensatz zum Auf-

marsch in Halbe Uniformverbot ausgesprochen.

Braunzone - Kontakte zur CDU

Doch Frau Dr. Ursula Schaffer verfügt nicht nur über hervorragende Kontakte zu militanten Neonazis, sondern stand laut den Ergebnissen des LUMMER-Untersuchungsauschußes von 1971 - 1981 in ihrer Funktion als NPD-Mitglied in regem Briefwechsel mit dem damaligen Westberliner CDU-Fraktionsvorsitzenden HEINRICH LUMMER. Das heutige Bundestagsmitglied Lummer versprach der NPD, sich für die Aufhebung der allierten Verbotsverfügung einzusetzen, die bis zur deutschen Vereinigung gültig war. Es blieb jedoch nicht beim Briefwechsel, sondern Lummer folgte mehrfach den Einladungen faschistischer Organisationen wie dem "STAHLHELM". Später ist bekannt geworden, daß Lummer auch Geld an die NPD gezahlt hatte, damit diese den SPD-Wahlkampf behindere - dieser Skandal beendete die Amtszeit Lummers als Berliner Innensenator vorzeitig. Ursula Schaffer kandidierte am 2. Dezember 1990 auf der NPD-Liste für den Deutschen Bundestag, sie hielt auf dem NPD-Landesparteitag im Juni 1989 Lobreden auf den Faschisten UDO WALENDY aus Vlotho und fungiert als Kontaktadresse der Berliner DKG.

Nachtrag zum Aufmarsch in Halbe

Die folgenden Photos dokumentieren, welch illustre Gesellschaft der DKG-Einladung nach Halbe gefolgt war:

Der kaufmännische Angestellte UWE ROHWER erhielt im Dezember 1976 den "Ehrenpreis der Nationalzeitung für politisch Verfolgte" durch den DVU-Vorsitzen GERHARD FREY. Im Mai 1979 wurde Rohwer im "Bückeburger Prozeß" zu 9 Jahren Haft verurteilt. Der damalige "Gauführer der WIKING JUGEND Schleswig-Holstein", Mitglied der NSDAP/AO der ANS und des "STAHLHELM - KAMPFBUND FÜR EUROPA", sowie Kreisverbandsvorsitzender der NPD Schleswig-Flensburg, wurde für schuldig befunden, eine WERWOLF UNTERGRUND ARMEE gegründet zu haben. Er leitete die WEHRSPORT GRUPPE THEORIE UND TRAINING auf seinem "Wiking Hof" im schleswig-holsteinischen Dörpstedt und bildete auch Mitglieder von Kühnens damaliger ANS-Untergrundtruppe WERWOLF aus. Nicht nur die von Rohwer ausgebildeten Neonazi-Kader führten mehrere Raubüberfälle und Überfälle auf militärische Waffendepots durch. Auch Rohwer selbst war dabei, als im Dezember 1977 eine Filiale der Hamburger Sparkasse und im Februar 1978 eine NATO-Depot in Bergen-Hohne überfallen worden war. Das Geld sollte für die gewaltsame Befreiung von RUDOLF HESS aus dem Spandauer Kriegsverbrecher Gefängnis eingesetzt werden.

Die Ordnergruppe für die DKG:

UWE NOACK aus Berlin-Neukölln ist seit mehr als 15 Jahren aktiver Neonazi und Mitglied der illegalen NSDAP/AO. Er fungiert als Kontaktadresse für die HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG), arbeitet aber ansonsten mehr aus dem Hintergrund. Hier in Halbe hielt er den Aufmarsch mit einer Video-Kamera fest.

REINHARD GOLIBERSUCH, nach unserem Erkenntnisstand heute der NATIONALISTISCHEN FRONT zuzurechnen, erteilte Weisungen an den Ordnerdienst. Er verbüßte bereits eine einein-halb-jährige Freiheitsstrafe wegen Mitgliedschaft in der 1983 verbotenen ANS-NA. Er wurde zusammen mit dem NSDAP/AO-Berlin Gründer (1977) GÜNTER "ENTE" BERNBURG verurteilt. Beide arbeiteten 1987 zusammen in der BÜRGERINITIATIVE FÜR DEMOKRATIE UND IDENTITÄT, einem Bündnis von militanten Neofaschisten, NPD'lern und späteren REPUBLIKANER-Mitgliedern. Heutzutage tauchen sowohl Noack als auch Golibersuch des öfteren auf Berliner Flohmärkten bei Militaria-Ständen auf.

Die NATIONALISTISCHE FRONT (NF)

Teilweise uniformiert erschienen auch die 120-150 Neonazis der NF in Halbe, um ihren dort verscharrten Vorbildern, "den politischen Soldaten der Waf-



Der Zug der NF in Halbe am 14.11.91

Ein Teil des Ordnerdienstes in Halbe: Uwe Noack (rechts), daneben mit Kappe Reinhard Golibersuch und Oliver Schweigert (ganz links)







Der Zug der Nationalistischen Front in Halbe. Die NF tritt zu den Berliner Wahlen an. *(Foto oben)*

Nazi-Terrorist Uwe Rohwer (rechts) beim Aufmarsch in Halbe, in der Bildmitte Reinhard Golibersuch *(Foto unten)*

fen-SS", zu huldigen. Während die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT die SA wiederbelebt, macht sich die NF daran ein NATIONALES EINSATZKOMMANDO (NEK) aufzubauen. Die *"gesunden und sportlichen Kameraden ab 16 Jahre"* müssen *"Deutsch sein, Deutsch denken, fühlen und handeln."* Diese Schlägergruppe soll in "kadermäßig gegliederen hochmobilen Verbänden" operieren und zur "Planung und Koordinierung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen" eingesetzt werden.

Das NEK soll das Bestreben der NF für "ein völkisches Deutschland" unterstützen und für den *"politischen Kampf auf der Straße"*, als *"Ordnergruppe"* Verwendung finden. Verantwortlich zeichnet der NF-Vorsitzende MEINOLF SCHÖNBORN, der sich anscheinend gerne als neuer SS-Chef sehen würde. Die NF hält ihre Miglieder auch an Informationen über Antifas an ihre Bielefelder Zentrale weiterzugeben, wenn wir den Ausführungen des NF-Mitgliedes BOHRLOCH (z.Zt. bei der Bundeswehr) aus Bestensee, bei Königs-Wusterhausen, trauen können.

Für den Aufmarsch in Halbe gab die NF an ihre Mitglieder Verhaltensregeln aus: *"Es wird in geschlossener Formation (3er-Reihe) marschiert. Das Tragen von NF-Fahnen und schwarz-weiß-roten Fahnen im Fahnenblock ist gestattet."* Sonst habe man den "Anweisungen der NF-Führung" folge zu leisten. ■

Neues von der DEUTSCHEN ALTERNATIVE

Die DA-Brandenburg gab im Januar 1992 eine neue Zeitung heraus, die sich "Brandenburger Beobachter" nennt. Neben Sympathie-Bekundungen für den rassistischen Rektor HANNS-JÖRG EBERT eines Berlin-Steglitzer Gymnasiums (er wurde aufgrund seiner penetranten rassistischen Anfeindungen von einem 17-jährigen türkischen Schüler während des Unterrichtes durch Messerstiche verletzt) findet sich der übliche Nazi-Mist in dem Blättchen. Ein Nachgesang der Cottbuser DA'ler auf die Neonazi-Aufmärsche in Halbe und Halle vom November 1991 und Nachrichten über Anti-RassistInnen. Da wird stümperhaft der "Berliner Sumpf der linksradikalen Szene" analysiert und als Träger antirassistischer Öffentlichkeitsarbeit ausgemacht. Über unsere Postanschrift, den Mehringhof, wird behauptet, er werde durch Staatsgelder unterstützt und abschließend wird die Frage gestellt ob *"eine multikriminelle Konterrevolution vorbereitet werden soll."*

Der DA-Vorsitzende ROMAN DANNEBERG aus Hoyerswerda kommt in dem Blättchen mit einem Antwortschreiben der DA an die Staatsanwaltschaft Dresden zu Wort. Dort kündigt er, im Falle einer Strafverfolgung der RassistInnen von Hoyerswerda, eine Demonstration von *"nationalistischen Parteien und Organisationen aus ganz Europa"* in Bonn an.

Einen Leckerbissen der literarischen Fähigkeiten der "Kerndeutschen" wollen wir euch nicht vorenthalten: *"Wie lange müssen sich die deutschen Gefangenen, die Unterdrückungen der ausländischen Mitgefangenen gefallen lassen ...?"* Gemeint ist wohl der Umstand, daß inhaftierte Neonazis im Knast kein angenehmes Leben führen. ■

DA-Mitglieder überfallen Flüchtlingsheim

Am 14.2.1992 überfielen ca. 60 Neonazis das Flüchtlingsheim am S-Bhf. Berlin-Buckow. Ihr Anführer war der GdNF-Bereichsaufbauleiter und DA-Mitglied Nr. 89 OLIVER SCHWEIGERT aus Berlin-Lichtenberg. Die Flüchtlinge konnten die mit Baseballschlägern, Leuchtspurmunition und Flaschen angreifenden Na-

zis zurückschlagen. Nachdem AntifaschistInnen über eine Telefonkette mobilisiert worden sind, deckte die Polizei den sicheren Rückzug der Schläger. Die 10 Nazis, die zur Deckung des Rückzuges auf dem S-Bhf. zurückgelassen worden waren, bekamen von Antifas noch eine Tracht Prügel verabreicht. ■

Razzien bei Neonazis

Am 3.12.91 wurden 114 Wohnungen von Faschisten, überwiegend der Nazi-Skin-Szene, durchsucht. Die Razzien fanden in 32 Städten und 7 Bundesländern statt, wobei der Schwerpunkt in Sachsen mit 90 Durchsuchungen lag. Die Initiative ging von Sachsens neuem Innenminister Eggert aus. Der Polizei fiel neben nationalsozialistischer Propaganda Pistolen einschließlich Munition und zahlreiche Schlagwerkzeuge in die Hände. Eingeleitet wurden die Razzien auf der Basis von 15 Ermittlungsverfahren gegen 107 Personen wegen Übergriffe, Raubüberfälle, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Landesfriedensbruch. Ob es sich um den Straßenmob oder faschistische Kader handelte, ist nicht bekannt. (Antifaschistische Nachrichten-AN) ■

Republikaner interniert Asylbewerberinnen

Dem Kreisvorsitzenden der Republikaner aus Cham (Bayern), DIETER MEIER, wird vorgeworfen, er interniere AsylbewerberInnen in seinem Haus "Forellenhof" wie in einem Ghetto, er erlaube ihnen nicht, ihre Heimatsprache zu sprechen, überwache sie, lasse keine Telefongespräche und Besucher zu.

Die AsylbewerberInnen forderten bei einer Demonstration vor dem Rathaus Waldmünchen aus der "Urlaubspension Forellenhof" verlegt zu werden. Ein Asylbewerber stellte Ende 1991 Strafanzeige gegen Meier wegen eines tätlichen Angriffs.

Der CSU-Landrat Girmindl hat jetzt veranlaßt, die AsylbewerberInnen zu verlegen und weitere Einweisungen in den "Forellenhof" bis zur Klärung der Vorwürfe zu stoppen.

Republikaner Meier:"Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir diese Leute nicht reinlassen sollten. Solange wir sie aber reinlassen, muß es auch legitim sein, daß sich ein Gewerbebetrieb damit seine Existenz sichert."

Aus: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 3/92, S. 10, GNN-Verlag. ■

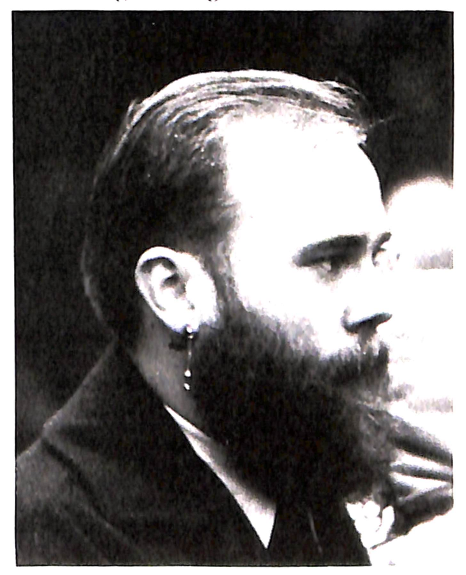
Faschistische Schülerzeitung

In Köln ist die dritte Nummer von "Der Hammer" erschienen. Herausgeber ist die DEUTSCHE LIGA (DL), die die Zeitung für Werbezwecke nutzt. Die DL stellt sich als für Jugendliche besonders geeignet, da sie "studentisch geprägt" sei, wohl durch die Kölner Führungsspitze Marcus Beisicht und Manfred Rouhs, die aus dem RING FREIHEITLICHER STUDENTEN stammen. Der Schwerpunkt der Ausgabe liegt auf der Besprechung von (teilweise verbotenen) Nazi-Skin-Platten, deren Bestelladresse vermittelt werden könne. Außerdem wurde dieses Jahr für Köln ein kleineres "Rock gegen Links" angekündigt. (AN) ■

Bündnisse von Rechts auch bei den Wahlen 1992

Die traditionellen Abgrenzungen zwischen den faschistischen Organisationen gehören der Vergangenheit an. Die NPD steuert unter ihrem neuen Bundesvorsitzenden Günter Deckert auf Bündniskurs mit den offen neofaschistisch auftretenden Gruppierungen. Den gleichen Prozeß können wir bei der DEUTSCHEN LIGA beobachten, die in ihren Reihen ehemalige Funktionäre und Anhänger der REPUBLIKANER, der NPD und DVU, sowie Neonazis aus dem Umfeld der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT sammelt, wie das Ex-REP Mitglied PETER BOCHE aus Berlin-Köpenick.

Im folgenden geben wir einen kurzen Überblick über diejenigen Parteien, auf deren Wahlkampf besonderes Augenmerk gerichtet werden sollte.



Peter Boche aus Berlin Köpenick tritt zu den Berliner Wahlen an, hier als Teilnehmer des Nazi-Aufmarsches in Halbe

Schleswig-Holstein, Landtagswahlen am 5. April 92

Die DVU ("Deutsche Volks Union") hat ihre Teilnahme an den Landtagswahlen angekündigt. Aufgrund des antifaschistischen Widerstandes der letzten Jahre wird die DVU auf öffentliche Veranstaltungen wohl verzichten und vor allem über großangelegte Werbekampagnen, unterstützt durch Neofaschisten als Prügelgarde, auf Stimmenfang gehen.

Die "Republikaner" (REP) haben (nicht nur) in SH in letzter Zeit ausschließlich durch die Austritte führender Mitglieder Schlagzeilen gemacht. Sie wollen trotzdem in allen 45 schleswigholsteinischen Wahlkreisen antreten.

Verbindungen von den REP zur "DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT" (DL, siehe unten) bestehen über den Lübecker BGS-Beamten THOMAS SCHRÖDER, der auf einer Versammlung der DL Grußworte sprach.

Der ehemalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende HANS-JÜRGEN SABRAUTZKY ist jetzt auch bei der DL gelandet.

Die DL hat offiziell auf eine Wahlteilnahme in Schleswig-Holstein verzichtet, sie will jedoch die DVU unterstützen.

Baden-Württemberg, Landtagswahlen am 5. April 92

In Baden-Württemberg hat unter anderem die "DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT - DL" ihre Teilnahme angekündigt.

Die DL sammelt jetzt in allen vier Stuttgarter Wahlkreisen Unterschriften. Folgende Bewerber haben sich bisher aufstellen lassen: Anton Hellrich, Schornsteinfeger; Waldemar Appenzeller, Versicherungskaufmann; Joachim Dunkel, selbst. Kaufmann; Jürgen Doderer, selbständiger EDV-Unternehmensberater.

In dem zur Landtagswahl verschickten Werbematerial werden AusländerInnen und AsylbewerberInnen verantwortlich gemacht für Wohnungsnot, Abtreibung (sic!) und wachsende Kriminalität.

Berlin, Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 24. Mai 92

Unter anderem wollen sich folgende Parteien in Berlin zur Wahl stellen:

"Bundesdeutsche Volkspartei (BDVP)"; "Die Bürger Die national-liberale Partei für Deutschland"; "Die Republikaner (REP)"; "Freiheitliche Volkspartei (FVP)"; "Nationalistische Front (NF)"; "Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)". Als Wählergemeinschaft tritt die "Freie Wählergemeinschaft Die Nationalen" an.

Die "Sozial-Kapitalistische Partei Deutschland" (?) und die "Kulturpartei der Erde (KPE)" (??) wurden vom Landeswahlausschuß nicht zugelassen. Alle anderen (auch die NF!) dürfen jetzt auch Dank der Zustimmung der PDS-VertreterInnen im Landeswahlausschuß Unterschriften für ihre Wahlvorschläge sammeln.

Die REP sind (wie überall) durch die Übertritte vieler Funktionäre in die "DEUTSCHE LIGA" erheblich geschwächt, trotzdem beteiligen sie sich an der Wahl. Vielleicht wollen sie ja wieder einmal versuchen, ihr Wahlergebnis auf juristischem Wege zu verbessern (die REP hatten vor dem bayr. Verfassungsgerichtshof versucht, die Landtagswahl anzufechten, weil sie damals knapp an der 5%-Hürde vorbeigeschlittert waren. Begründet war die Klage mit *"fehlerhafter Ermittlung der Ergebnisse"*.

Der Wählergemeinschaft "Wir sind das Volk" gehören Dr. Bernd Witte (REP), Peter Boche (DL) und Thilo Kabus (NPD) an. Da die NPD keine Kandidatur angemeldet hat, ist davon auszugehen,

daß diese Wählergemeinschaft als Bündniskandidatur zwischen DL und NPD fungiert.

Die "Deutsche Liga für Volk und Heimat"

(vorher "Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte", siehe Info Nr. 14)

Die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" wurde am 3.10.91 in Villingen-Schwenningen gegründet, anwesend waren 800 Mitglieder. Die drei gleichberechtigten Vorsitzenden, alles altbekannte Faschisten, sind:

HARALD NEUBAUER (ehem. Generalsekretät der REP und noch EG-Parlamentarier) zuständig für das Amt für Presse und (Falsch-) Information; RUDOLF KENDZIA, (ehem. Stadtverordneter der Republikaner in Berlin) als Leiter der Geschäftsstelle; JÜRGEN SCHÜTZINGER (ehem. baden-württembergischer Landesvorsitzender der NPD) als Wahlkampfleiter Baden-Württemberg.

Weitere bekannte, ehemalige REP-, NPD- und sonstige faschistische Funktionäre gehören dem Präsidium an:

FRANZ GLASAUER (Landshut), Generalsekretär für Öffentlichkeitsarbeit; PETER RECKNAGEL (München), Bundesorganisationsleiter; MARTIN MUßGNUG (ehem. NPD-Bundesvorsitzender, Tuttlingen), Rechtsabteilung; JÜRGEN DODERER (Stuttgart), Finanzen; MARKUS BEISICHT (Köln), Koordination der Parlamentsarbeit; WALTER SEETZEN (Bremen); Leiter der Arbeitskreise.

Als Beisitzer fungieren Katharina Behrend (Meerbusch-Strümp), Reiner Born (Pentlingen), PETER DEHOUST, Herausgeber von "Nation und Europa" (Coburg), Werner Eichinger (Röllbach), Hubert Peter Fladung (Frankfurt), Erich Fuchs (Vöhl), Gabriele Hartung (Berlin), Dr. Rigolf Hennig (Verden/Aller), Günter Reinhold Edhöfer (Tutzing), Hans-Jürgen Sabrautzky (Schenefeld), Rainer Vogel (Köln); (Stand: Nov.91).

Zu den neuen Mitgliedern zählen inzwischen auch der ehemalige Vorsitzende der Fraktion der NPD im Stuttgarter Landtag, Werner Kuhut und Hans Altermann, ehem. DVU-Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft.

Die DEUTSCHE LIGA

Die **"DEUTSCHE LIGA"** ist der wiederholte Anlauf der "NEUEN RECHTEN", eine Sammlungspartei aufzubauen. Neu daran ist allerdings die politische Annäherung und Einbindung neofaschistischer Strömungen, von denen sie sich bisher unter dem Druck der Öffentlichkeit offiziell distanzieren mußten.

So soll auch bei dem Nazi-Aufmarsch militanter Faschisten in Halle am 9.11.91 Harald Neubauer dabeigewesen sein. (Frontblatt Jan.92).

Die Zentrale der "DL" soll von Landshut nach Berlin verlegt werden. Geeignete Räumlichkeiten seien im Ostteil der Stadt schon gefunden worden und sollten im Januar bezogen werden.

Bündnisse mit "bekennenden Nationalsozialisten"

In dem Vorwort der Zeitung "Nation" (12/91) wirbt Deckert für die neue Offenheit und lobt das Neonazi-Blatt, deren Mitarbeiter aus allen *"nennenswerten nationalen/rechten Gruppen"* kommen. Einmütig nebeneinander stehen dort Berichte aus der NPD und der DEUTSCHEN LIGA, wie z.B. von KARL-HEINZ PANTELEIT, ehemaliger REP-Kreisvorsitzender Berlin-Tempelhof. Auch das Thema "Drogenhandel" wird stümperhaft aufgearbeitet und behauptet, der Drogenhandel läge *"fest in ausländischer Hand"*.

Die neue Bündnisstrategie der NPD zielt nicht nur in Richtung DL, sondern strebt gerade auch Bündnisse mit *"bekennenden Nationalsozialisten"* an. Der Aufmarsch der Neonazis in Halle/Saale am 9.11.1991 wurde gemeinsam von CHRISTIAN WORCH (GdNF und NATIONALE LISTE) und dem NPD-Landesvorsitzenden Thüringen THOMAS DIENEL geleitet. Dieselbe Konstellation ruft zur "Anti-Drogen" Demo nach Leipzig auf (siehe Info 16 und Art. S. 27).

Der DEUTSCHE FREUNDESKREIS

Auf regionaler Ebene kommt es seit ca. einem Jahr zu Bündnissen, die die bisherigen Eifersüchteleien und Konkurrenzkämpfe in den Hintergrund treten lassen. So wird z.B. das *"überparteiliche Aktionsbündnis nationaler Verbände am Untermain" - "DER DEUTSCHE FREUNDESKREIS"* (DF) durch eine *"kollektive Führung"* repräsentiert. Der DF versuchte vom 25.11. - 30.11.91 in Aschaffenburg eine Aktionswoche durchzuführen. Zur Führung gehören FALCO SCHÜSSLER (FAP), AXEL SCHUNK (WIKING JUGEND-WJ), UWE SCHYLA (DL), KLAUS BEIER (NPD), FRANK SCHULZ (NATIO-

NALE OFFENSIVE) und die "parteilosen" STEPHAN BRODOWSKI und JÜRGEN SCHWAAB. Falco Schüssler aus Großostheim, gleichzeitig auch WJ-Mitglied, ist bereits wegen Wehrsportaktivitäten und Propaganda für die illegale NSDAP/AO vorbestraft. Uwe Schyia war Saalschutz-Schläger für die NPD und ist wg. illegalem Waffenbesitz vorbestraft. Axel Schunk ist der Aschaffenburger WJ-"Führer" und im Bundesvorstand dieser Organisation, sowie stadtbekannter "Waffensammler".

Die angekündigte Aktionswoche war für die Neonazis eher ein Flop, da AntifaschistInnen erfolgreich mobilisierten und alle größeren Aktionen verhindern konnten. Lediglich einige Flugblattaktionen, u.a. vor Betrieben und Berufsschulen, konnten durchgeführt werden, während eine "Mahnwache" vor einem Flüchtlingsheim und eine Veranstaltung zur EG abgeblasen werden mußten. Am Freitag den 29.11. stürmten 20 Punks und Autonome eine Faschokneipe, wobei die Neonazis mehrere Verletzte zu beklagen hatten. Leider konnte die "nationalrevolutionäre Kundgebung" mit dem FAP-Vorsitzenden FRIEDHELM BUSSE, unter Beteiligung von 40 Nazis in einer Kneipe stattfinden, da schon viele Antifas abgereist waren. ■



Neonazi-Aufmarsch in Linz

Am 2.November 1991 griffen österreichische und deutsche Nazis diese Parole auf und mobilisierten zu einem Aufmarsch "Gegen Drogen" nach Linz/Österreich. Den linzer und wiener Antifas blieben nur zwei Tage zur Gegenmobilisierung. Aufgrund von Behinderungen der österreichischen Polizei (die Polizei ließ einen Waggon mit deutschen Nazis auf einem toten Gleis stehen), gelangten nur 100 Neonazis (andere Quellen sprechen von 200-300) in die Stadt und 40 zur Kundgebung. Auf der Kundgebung wurde dann "Drogen raus - Ausländische Dealer raus - Ausländer raus - Juden raus" und "Sieg-Heil" gegröhlt. Zwei Angriffe auf das Linzer Viertel, wo viele TürkInnen und KurdInnen leben, wurden von der Polizei abgewehrt. Danach zogen sich die Nazis in die Kneipen zurück, jedoch nicht ohne weitere vereinzelte Angriffe zu starten.

Die antifaschistische Mobilisierung schaffte es jedoch, ca. 1000 Leute auf die Beine zu bringen, von denen ca. 800 KurdInnen und TürkInnen waren. Der Polizei gelang es jedoch, die Rechten vor den GegendemonstrantInnen erfolreich abzuschirmen und diese in einem Linzer Stadtteil festzusetzen. Die Polizei räumte das "Internationale Kulturzentrum", das als Anlaufpunkt für die Mobilisierung fungierte, und durchsuchte es nach Waffen.

Die Lehren der Linzer Antifa-Mobilisierung

Laut einem selbstkritischen Beitrag über die antifaschistische Mobilisierung im Wiener "Tatblatt" konzentrierten sich die Antifas fast ausschließlich darauf, direkte Faschoangriffe auf ihr Viertel abzuwehren - dies führte jedoch zur erwähnten Einkesselung in dem Stadtteil, während der Rest der Stadt den Faschos überlassen wurde. *"Kräftemäßig wären wir in der Lage gewesen, sowohl den Schutz des Viertels zu gewährleisten, als auch die Kundgebung zu verhindern oder zumindest erheblich zu stören. Dieses Nicht-Eingreifen hinterläßt bei uns ein Gefühl der Schwäche. Das heißt für uns, daß in jeder antifaschistischen Mobilisierung ein offensives Vorgehen gegen Faschisten eingeplant werden muß, sofern es unsere Kräfte zulassen."* Außerdem wurde kritisiert, daß zahlreiche Horrormeldungen und Gerüchte durch die Info-Telefone und die Stadt geisterten, wie etwa "300-400 Nazis da und da", obwohl es weniger waren.

NPD und GdNF planen Aufmarsch am 21.3.92 in Leipzig.

Mobilisierungs-Flugblatt aus Leipzig auf der nächsten Seite:

Neofaschistische Propaganda

unter dem Deckmantel: «Gegen Drogen»

Es ist nichts neues, daß die Neonazis versuchen jedes soziale Problem zu nutzen, um gegen nicht-deutschstämmige Menschen zu hetzen. Seit einem halben Jahr haben Faschisten in Europa das Thema verstärkt aufgegriffen und versuchen eine Akzeptanz für ihre rassistische Gewalt bei der Bevölkerung zu erlangen. Im März mobilisieren NPD und die GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT zu einer "Anti-Drogen-Demo" nach Leipzig.

Oktober 91 - Spanien: Die spanische Öffentlichkeit ist seit einiger Zeit sehr besorgt über die Zunahme des Drogenhandels. Die Regierung bereitet ein neues "Anti-Drogen-Gesetz" vor und will die Befugnisse der Polizei mit einem "Gesetz zur Sicherheit der Bürger" erweitern. In Madrid gingen bei einer Anti-Drogen- und Anti-Abhängigen-Demonstration am 8. Oktober 1991 allein 30.000 Menschen und in Valencia 5.000 auf die Straße. Die Drogenabhängigen reagierten verschreckt auf diese Öffentlichkeit und stellten klar, daß nur eine verschwindend kleine Minderheit unter ihnen Dealer sind. Die Faschisten nutzten diese Öffentlichkeit als Vorwand, um in mehreren Städten militant gegen Gitanos und Afrikaner vorzugehen. Anfang Oktober 1991 begannen Gruppen von jungen Faschisten in einem Vorort der spanischen Stadt Valencia mit einem Terror gegen Drogenabhängige: Sie warfen Molotowcocktails und schlugen Drogenabhängige mit Eisenstangen zusammen. Die Einwohner dieses Stadtteils, die bereits Patroullien in ihrem Stadtteil eingerichtet hatten, um sich gegen den Drogenhandel zu wehren, vertrieben die Neonazis erfolgreich.



KEINE NEUE HAUPTSTADT DER FASCHISTEN

Am 21.3.1992 soll - wieder einmal - ein *"rechtes Bündnis aller nationaldenkenden Kräfte"* auf die Straßen geschickt werden. Die hier in Leipzig für den 21.3. angekündigte Demonstration steht unter dem Deckmantel einer sogenannten *"Anti-Drogen-Demonstration"*. Die Drahtzieher sind altbekannt:

Es handelt sich um bundesweit führende Nazi-Größen unter Führung des bekannten Christian Worch aus Hamburg. Dieser Worch hat die Demonstration, wie zuletzt am 9.November in Halle/Saale, durch den NPD-Landesvorsitzenden Thüringen, Thomas Dienel aus Weimar, hier in Leipzig anmelden lassen. Worch ist gleichzeitig verantwortlich für die Aufmärsche zum Tode des Rainer Sonntag in Dresden (2.000 Neonazis) und die alljährlich Pilgerfahrten zum Hess-Todestag in Wunsiedel (ca. 1.500 - 2.000 Faschisten jährlich !). Den Leipziger AntifaschistInnen liegen sichere (!) Informationen vor, daß der Aufmarsch am 21.3. in Leipzig dazu dient, die Stadt "frei von Ausländern und Linken" zu machen. Nicht allein aus dem Grund, daß die Demonstration dazu dient, verunsicherten BürgerInnen durch die Drogenproblematik faschistische Ideologie nahezubringen, ist es entscheidend, in aller Öffentlichkeit klarzustellen, was wir von faschistischen Stammtischparolen wie etwa *"ausländerfrei ist gleich drogenfrei"* oder ähnlich rhetorischen Lügen halten.

Kampf Den Rattenfängern Am 21.3.1992 In Leipzig !
Offensiv Statt Deprimiert !

LEIPZIGER UND HALLENSER ANTIFASCHIST/INN/EN RUFEN AUF ZUM ANTIFASCHISTISCHEN AKTIONSWOCHENENDE IN LEIPZIG

Die Leipziger und Hallenser AntifaschistInnen haben sich entschlossen, den Faschistenaufmarsch mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zum einen durch

● mobilen Einsatz diverser kleinerer Gruppen, die operativ Faschoansammlungen unmöglich machen

zum anderen durch

● eine offensive Demo für antifaschistische Selbstbestimmung.

Das "Conne Island" (Ex-Eiskeller), Koburger Str.3, 7030 Leipzig (Connewitz) plant:

FREITAG: Treffen, Koordination, Essen und Trinken, abends Konzert (HC) mit "Sleepy Lagoon D.C." & "Articles of Faith" (USA)

SAMSTAG: Treffen, Koordination, Essen und Trinken, Musik mit unseren ausländischen Freunden, nachmittags Demo,,danach im Laden Cafe, Infostände, Musik, abends Konzert (HC) mit "Violent Arrest" & "Born Against" (USA)

SONNTAG: Essen und Trinken für alle und Abreise

Weiterhin:
- Straßenfest, Cafe "Manfred", Volxküche in der BesetzerInnenstraße "Stöckartstraße"
- Cafe "Backwahn"
- Kneipe "Simildenstraße"
- Kulturzentrum "Steinstraße", freitags Jazzcafe, samstags Cafe
- Kneipe "Beyerhaus" mit Billard
- "Villa" - Underground Disco

Schlafplätze sind ausreichend vorhanden (im Laden, besetzten Häusern, privat)

Infotelefon jeden Montag 17 - 20 Uhr Leipzig 31 10 44



POLIZEI
PRÄSIDENT
KNIE(Ü)SEL

BONN

Antifaschistische Demo und Verhinderung des FAP-Aufmarsches am 30.1. und 6.2. in Bonn

Anläßlich des Jahrestages der Machtergreifung der Faschisten am 30.01.1933 fand in Bonn eine lautstarke Demo statt. Die "**Bundesplattform gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit**", an der sich auch die **Autonome Antifa** und die **Antifa-Jugendfront Bonn/Rhein-Sieg** beteiligen, hatte dazu aufgerufen, sich an diesem Tag an den regionalen Aktionen zu beteiligen. In Bonn wurde mit dem "**Bündnis gegen Rassismus und Fremdenhass**" dann zusammen die Demo geplant.

An der Demonstration nahmen 350 Leute teil, wovon der größte Teil über das Antifaspektrum mobilisiert wurde. Vorne lief ein z.T. vermummter Block von AntifaschistInnen. Es wurden die ganze Zeit über Parolen gerufen und das Antifa-Jugenfront-Lied gesungen. Weiter hinten wurden Schilder mit von den Bullen und Faschisten ermordeten (Rosa Luxenburg, Karl Liebknecht, u.a.) mitgetragen. Die Parole des Tages war, wegen dem verkaufsoffenen Donnerstag, eindeutig: "Kaufen, kaufen - Fressen, fressen - Hoyerswerda schon vergessen!?". Es gab fünf Redebeiträge: zu Faschismus vom **Iranischen Flüchtlingskomitee**; zur Bundesplattform; zu Flüchtlingen (besonders die Bonner Situation) vom lokalen Bündnis; zu Expansionsbestrebungen der BRD vom **AK Internationalismus**. Von der AJF Bonn-Rhein/Sieg wurde ein Beitrag zur Historischen Kontinuität des Faschismus gehalten. Darin wurde besonders die ökonomische Grundlage der BRD erklärt, die Verflechtung der hiesigen Naziszene (Alt- und Neonazis) mit der städtischen Verwaltung und politischen Gremien verurteilt. Z.B., daß die Stadt über die Vermietung von Räumen an den **Bund der Vertriebenen**, der diese wiederum an FAP, WJ, NF weitergegeben hat, die Politik der Nazis unterstützt. Weiter wurde über Repression gegen bonner AntifaschistInnen berichtet. Die politische Polizei (**PB II**)hatte in Zusammenarbeit mit dem **SEK**, im Herbst '91 eine Wohnung von Antifaschisten mit Maschinenpistolen gestürmt. Auf der Demonstration hielten sich die Bullen zurück.

Trotz des Aufrufflugblatts, das für SchülerInnen wahrscheinlich weniger ansprechnd war - es war kein "typisches" Antifaflugblatt, sondern es ging v.a. auf die ökonoschen Aspekte des Faschismus als Krisenlösungsstrategie des Kapitals ein - waren sehr viele SchülerInnen auf der Demo, ein wichtiger Erfolg für die Mobilisierung und Agitierung antifaschistischer Kräfte. Auch die TeilnehmerInnenzahl war für Bonner Verhältnisseein Erfolg, wenn man bedenkt, daß das Thema nicht mehr von so aktuellem Wert und aus den Medien weitgehend verschwunden ist. Wir haben einen wichtigen Schluß aus der Demo gezogen:

Wenn ein Thema gesamtgesellschaftlich diskutiert wird (z.B. 9.Nov.91) lassen sich viele Menschen mobilisieren. Zu nicht aktuellen Themen (30.1.) läßt sich nur die eigene Basis mobilisieren. Ihre Masse hängt vornehmlich ab von der kontinuierlichen Arbeit der Gruppen oder Organisationen vor Ort und inwiefern sie an den alltäglichen Kämpfen beteiligt sind und richtige Politik darin betrieben wird, die auch in die Öffentlichkeit gelangt. Der 30.1 war somit ein Gradmesser für unsere spontane Mobilisierungsstärke.

Die antifaschistische Mobilisierung gegen die FAP

Am 6.2.92 hatten antifaschistische Kräfte erfahren, daß am Samstag den 8.2.1992 die **FAP** eine überregionale Demonstration durchführen wollte. Ihr Motto war "**Stop der Ausländerflut - Deutschland den Deutschen!**" Um effekive Gegenmaßnahmen einzuleiten, blieben knapp zwei Tage Zeit. Für alle AntifaschstInnen galt die Parole: Keinen Fußbreit den Faschisten - Keine Demo der FAP! Mit GenossInnen der **PDS** wurde kurz geredet und sie setzten sofort ihre Möglichkeiten ein, um den Aufmarsch bekannt zu geben. Die Bekanntmachung ging über die örtliche Presse über das holländische Fernsehen bis zur jüdischen Wochenzeitung. Es war das erste Mal, in einem solchen Zusammenhang, daß eine MdB dazu aufrief "an stattfindenden Aktionen teilzunehmen".

Einen ganzen Tag riefen Journalisten an und machten einen ziemlichen Rummel. Die **Antifaschistische Aktion** in Bonn setzte sich sofort daran, Flugblätter zu drucken und zu verteilen. Es wurde auch ein Bürgerinfo entlang der Straße verteilt, an der die Demo entlanggehen sollte. In ihm wurden die Bürger aufgefordert sich den Faschisten aktiv in den Weg zu stellen. Sie könnten z.B. "Blumentöpfe und Obst aus den Fenstern werfen". Antifaschistische Kräfte in der Universität mobilisierten auch massiv.

Es wurden alle befreundeten Gruppen und Organisationen benachrichtigt. Am Freitag stand im Express, daß die PDS "zur Gegendemonstration aufruft". Dies und die eine Woche vorher stattgefundene Demonstration und die laufend stattfindenden Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Neonazis setzten die **SPD**, die in Bonn in der Opposition ist, unter Druck. Sie setzte samstags die Meldung in die Presse, daß auch sie zur Teilnahme an der Demonstration aufruft.





Die antifaschistische Demo auf dem Friedensplatz, dem ehemaligen Adolf-Hitler-Platz

Die Verhinderung der FAP-Demo am Samstag

Die TeilnehmerInnenzahl übertraf dann allerdings alle Erwartungen. Es kamen ca 600 GegendemonstrantInnen. Es kamen viele Bürger. Von den DemonstrantInnen aus dem **SPD und DGB-Spektrum** war bedauerlicherweise nichts zu sehen, obwohl sie tags zuvor vollmundig dazu aufriefen, sich den Nazis aktiv in den Weg zu stellen. Das Bild bestimmten Autonome und Antifas. Der **Polizeipräsident Kniesel** erlaubte eine "gewaltfreie Gegendemonstration". Was er damit meinte, zeigte sich schon im Vorfeld. Das Bild von Bonn glich einer Festung, 2.500 Bullen, incl **SEK. Zivis** observierten. Es wurden in der ganzen Stadt sog. Vorkontrollen durchgeführt. Einige Leute wurden fünf Meter von der Wohnung entfernt nach Waffen durchsucht. Leute, die Knaller oder Stöcke dabei hatten, wurden bis zum Abend in "Gewahrsam" genommen. Die Zahl der Festnahmen schwankt bei den Antifas zwischen 10 und 44, auch die Zeitungen geben keine Klarheit. Zur Gegendemo gelangte man nur durch einzelne Bullenkessel. Dort wurden eine gewisse Anzahl von Leuten reingelassen und nun zum zweiten oder dritten Mal durchsucht. Im nächsten Kessel gab es zu sechst ein Gruppenfoto mit mehreren Videokameras. Erst dann durfte der Gegenkundgebungsplatz betreten werden.

Trotzdem waren die meisten entschlossen, den Faschisten konkret etwas entgegenzusetzen. Es machte sich totale Wut breit, als die Nazis dann noch mit stadteigenen Bussen der **SWB (Stadtwerke Bonn)** auf den Auftaktkundgebungsplatz angefahren kamen. Von allen wurden Parolen gerufen und es flogen die ersten Steine und Leuchtspurgeschosse.

Die Nazis marschierten kurz nach 15.00 Uhr los, vorneweg der hiesige **FAP-Kreisverbandsvorsitzende und WJ-Funktionär Norbert Weidner** zusammen mit **Friedhelm Busse**. Die Bullen mußten die Nazidemo umleiten, denn die vorgesehene Demoroute war versperrt, durch GegendemonstrantInnen - und Bullen, die die Gegendemo durch einen Kessel am Losgehen hinderte. Anscheinend gelang es ihnen aber nicht so ganz, den Kessel wirklich dicht zu halten, denn an einer Stelle konnten ca. 100 Personen durchbrechen und an die Kreuzung stürmen, wo die Nazis wieder auf ihre eigentliche Demoroute zurückgeleitet werden sollten. Dort kamm es erneut zu einer Konfrontation, diesmal effektiver. Die Faschos wurden massiv mit Leuchtspur und Steinen angegriffen, andere blockierten die Straße, so daß es den Bullen schließlich doch angebrachter schien, die Demo der Nazis abzubrechen. Diese durften dann, 150 Meter zurück zum Auftaktkundgebungsplatz, wieder in SWB-Busse steigen, um sicher zu ihrem Autos zugelangen. Unterwegs wurden den Bussen einige Scheiben entglast. Zwischenzeitlich hat es an einigen anderen Stellen noch kleinere Auseinandersetzungen mit Bullen gegeben und mit einigen Nazis, die ihre verdiente Strafe bekamen.

Ein Fehler war es, jemanden innerhalb der Antifademo filmen zu lassen, der nicht bekannt war und sich später als Fascho mit autonomer Verkleidung herausstellte. Als er dies handfest zu spüren bekam, wurde er sogleich von den Bullen rausgehauen und entkam glimpflich.

Zwei Festgenommene aus den Reihen der GegendemonstrantInnen konnten befreit werden. Ein türkischer Genosse, der beschuldigt wurde, einem Nazis eins mit dem Knüppel über den Kopf gehauen zu haben, konnte angesichts der Menge von Bullen, die sich auf ihn stürzte, nicht befreit werden. **Er wurde von den Bullen auf übelste Art und Weise mißhandelt - Würgegriff, Tritte in die Seite, Ellbogenhiebe ins Gesicht.**

Fazit: Die militante Gegenwehr hat entgegen fast allen anderen Verlautbarungen die Nazidemo verhindert, auch wenn Herr Kniesel dies natürlich nicht zugibt, sondern noch zwei Tage später im Fernsehen behauptet, die Demo der Nazis sei wegen deren ausländerfeindlichen Parolen und dem abgewandelten Hitlergruß abgebrochen worden.

Und trotz der Übermacht der Bullen war es möglich, den Faschisten die Straße nicht zu überlassen! ■

Resignation und Frust: Die vorher so geordnete (Alles in Linie aufstellen) FAP-Demo nach Verkündung des Demo-Endes







Meldungen und Berichte - aus der BRD

BERLIN:

Plakate gegen Neonazi

Plakate mit der Aufschrift: "Achtung Neonazi" informierten Mitte Februar die Nachbarn des führenden Neonazis ARNULF WINFRIED PRIEMs im Berliner Wedding über dessen Umtriebe. Priems Wohnung in der Osloer Straße, das "HAUPTSCHULUNGSAMT WOTANS VOLK", ist seit Jahren Treffpunkt von Neonazis und Ausgangspunkt für Aktionen. Der ca. 45-jährige "Schmuddelrocker" Priem tritt seit Jahren offen als Nazi auf und war erste Anlaufadresse Michael Kühnens in Westberlin. Er ist einer der Führungskader der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT und ständiger Redner auf den Parteitagen der DEUTSCHEN ALTERNATIVE. In der selben Wohnung wohnt auch seine Freundin, die "Gauleiterin" der DEUTSCHEN FRAUEN FRONT, die 19-jährige Krankenschwester CLAUDIA KNAUTE, die zuvor die Kontaktperson für Kühnens Organisation nach Ostberlin war.

FRANKFURT AM MAIN:

Demo gegen JN-Bundestreffen

Am 25. Januar demonstrierten ca. 700 Menschen gegen das Bundestreffen von ungefähr 80 JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN). Daß die JN trotzdem ihr Treffen abhalten konnte, hat sie dem Schutz durch die Frankfurter Polizei zu verdanken. Diese sperrte den JN-Versammlungsort, das "Bürgerhaus Kalbach", ab, jagte später Antifas durch den Stadtteil und nahm 10 Personen vorläufig fest.

Als die Polizei die Antifas nicht an das "Bürgerhaus" heranließ und ein Demonstrant sogar mit einer gezogenen Dienstwaffe bedroht wurde, beschäftigten sich einige mit den PKW's der Faschisten - diese waren mit Aufklebern versehen oder hatten Nazi-Propagandamaterial im Wageninneren ausgelegt. Einige Autos wurden entglast und umgeschmissen. Ein Auto brannte vollständig aus, woran auch der zu Löschzwecken eingesetzte Wasserwerfer der Polizei nichts mehr ändern konnte. Die DemonstrantInnen mußten sich darauf aus dem Stadtteil zurückziehen, wobei es im Anschluß auch die oben erwähnten Festnahmen gab. Nach Beendigung des Bundestreffens um 19 Uhr war es für die GegendemonstrantInnen nicht mehr möglich, den Stadtteil Kalbach zu betreten, da er durch Polizei abgesperrt worden war. Am Sonntag wurde das Bundestreffen fortgeführt. Die Polizei geleitete die JN'ler an einen abgelegeneren Ort.

Im Info 18 erscheint ein ausführlicher Hintergrundbericht über die JN.

BERLIN:

EDELWEIß-PIRATEN gegründet

In der Tradition der Edelweiß-Piraten, die in den letzten Jahren der Nazi-Diktatur Widerstand geleistet hatte, sieht sich eine neue bundesweite Antifa- Jugendbewegung. Einzelne Mitglieder und die sogenannten "Stämme" bilden die Grundlage der Struktur, in der alle autonom arbeiten. Die regionale und lokale Arbeit wird getragen von den Gruppen vor Ort. Zusätzlich entsteht auch noch eine überregionale Struktur, in der Erfahrungsaustausch, die Erstellung von Öffentlichkeitsmaterial und auch gemeinsame Aktivitäten organisiert werden.

Bei Interesse kann gegen 3.- DM in Briefmarken Info-Material angefordert werden. Eine Mitgliedschaft kostet 50.- DM im Jahr (kann auch für ein halbes Jahr bezahlt werden). Der Beitrag ist nur ein Unkostenbeitrag für Porto, Kopien, Rundbriefe usw.

Kontakt bei:

Edelweiß

Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61

Antifa-Dessau gegründet

"Am Montag den 16.12.91 wurde die Antifa-Jugend Dessau gegründet. Dies geschah, weil die Rechtsradikalen der Stadt seit zwei Monaten immer aktiver werden und weder Polizei noch Kommune gewillt sind, Rechte als Gefahr für Menschen, Demokratie und somit in der Endkonsequenz den Staat zu begreifen und zu bekämpfen.
Nachdem es vor einigen Wochen zum Sturm von mehreren Rechten auf einen alternativen linken Klub kam, bei dem fünf Menschen verletzt worden sind, begann man endlich mit der Vorbereitung einer Antifa-Gründung. Da die Finanzierung das größte Problem darstellt, streben wir einen e.V. (eingetragener Verein) an und haben unsere Aufnahme, als städtische Jugendorganisation, beim Dessauer Stadtjugendring beantragt. Schickt uns bitte eure Adresse - am besten mit Telefonnummer - in eurem Antwortbrief vorbei."

Antifa-Jugend Dessau

c/o Junge Linke, Stiftstraße 10, O-4500 Dessau

DÜSSELDORF: Schwere Auseinandersetzung bei Punkkonzert

Am 2.11.91 kam es in Düsseldorf bei einem Konzert der Duisburger OI-Punk-Band 'Becks Pistols' zu einer Schlägerei. Eine Gruppe von Sharp- und Redskins griff die anwesenden Nazi-Glatzen draußen an und jagte die Nazis in eine Kneipe. Ein 16jähriger antifaschistischer Skinhead wurde dabei von einem Messerstich in die Herzgegend schwer verletzt, ist allerdings außer Lebensgefahr.

HAMM: Freispruch für Antifaschisten

Ein Wuppertaler Antifaschist mußte sich am 4.11.91 in Hamm wegen 'Landfriedensbruch' vor Gericht verantworten. Es ging dabei um den REP-Landesparteitag in Hamm im Jan. 90. Der Angeklagte sollte u.a. ein REP-Mitglied verprügelt haben.
Der verprügelte Republikaner konnte den Antifaschisten nicht identifizieren und auf dem im Gericht abgepielten Polizei-Video konnte auch nichts Belastendes erkannt werden.
Das Urteil lautete somit auf Freispruch. Die Staatsanwaltschaft hat allerdings Berufung eingelegt.

WUPPERTAL: Hohe Geldstrafe für Antifaschisten

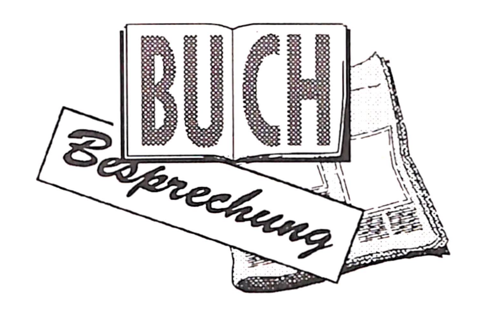
Am 17.12.91 war vor dem Wuppertaler Amtsgericht ein Antifaschist angeklagt. Es ging um eine Schlägerei vom 31.1.91 in Wuppertal-Ronsdorf, bei der ein Nazi Verletzungen erlitt. Es wurde Anzeige gestellt und ein bekannter Antifaschist schwer belastet. Dieser soll mit Leuchtspurmunition geschossen und mit einem Holzknüppel geschlagen haben.
Die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren u.a. wegen'schwerem Landfriedensbruch', 'gemeinschaftlicher schwerer Körperveretzung' und 'Waffenbesitz'ein.
Vier Jungnazis aus Ronsdorf traten vor Gericht als Zeugen auf. Während zwei ihre Aussagen, die sie bei der Polizei gemacht hatten, bestätigten, gab es bei den anderen beiden Aussagen eine Überraschung. Diejenigen, die den Angeklagten am schwersten belastet hatten, gaben zu, daß sie bei der Polizei eine Falschaussage gemacht hatten. Einer der Nazis sprach sogar von einer Absprache, um den Angeklagten gezielt zu belasten und räumte ein, daß er selber mit Leuchtspurmunition geschossen habe. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen beide ein Verfahren wegen Falschaussage ein.
Trotz dieser entlastenden Aussagen forderte der Staatsanwalt nach Abschluß der Beweisaufnahme noch ein Jahr Freiheitsstrafe wegen gemeinsch. schwerer Körperverletzung. Die anderen Anklagepunkte wurden fallengelassen. An diesem Punkt zeigte sich der unbedingte Verurteilungswillen der Staatsanwaltschaft nach einigen Pleiten in anderen Prozessen, wo angeklagte Antifa-Leute freigesprochen oder die Prozesse gegen sie eingestellt werden mußten.
Der Richter entschied schließlich auf 90 Tagessätze à 50 DM, also 4500 DM. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Verfassungsschutz-Anwerbung gescheitert

Im August und im Oktober 91 versuchte der Verfassungsschutz zwei Antifaschisten für eine Spitzeltätigkeit anzuwerben. Beide Versuche schlugen fehl.
Die Praxis des VS wurde von autonomen Antifa-Leuten in einem Flugblatt öffentlich gemacht. Tenor: Keine Zusammenarbeit mit Polizei und Verfassungsschutz!

Aktion gegen Ausländeramt

Am 30.1.92 drangen mehrere mit Karnevalsmasken vermummte Leute in das Büro des Leiters des Ausländeramtes ein. Sie hinterliessen eine Menge Farbe und ein Flugblatt gegen Rassismus und das bestehende Asylrecht.



Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Infos und Ausstellungen

Antifaschistischer Bericht Wuppertal

In Wuppertal erscheint eine regionale Antifa-Zeitung. U.a. befinden sich eine Chronologie der Gewalt in NRW, mehrere Sachen zum Thema Rassismus, Kurzmeldungen aus der Region, überregional wichtige Sachen aus der Rechten Scene in der 12-seitigen Broschüre. Für 1,50 DM + Porto ist sie bei: Antifaschistische Aktion; c/o

Ruhrgebiet - Info

Das Ruhrgebiets-Info setzt seine Schwerpunkte eindeutig auf Texte zur aktuellen Rassismusdiskussion. Dabei ist sowohl Regionales als auch Internationales vertreten. Es ist für 3 DM + Porto bei: Infoladen; Oesterholzstr.88; 4600 Dortmund oder Infoladen Bazille; c/o Druckluft; Am Förderturm 27; 4200 Oberhausen 1 erhältlich. Post im doppelten Umschlag, auf den inneren kommt: Ruhrgebiets-Info

K-BUTT

In Kaiserslautern erscheint die regionale Antifa-Zeitung K-BUTT. Sie setzt sich mit den Schwierigkeiten der Antifa-Arbeit in der Umgebung von Kaiserslautern auseinander, gibt allgemeine Tips und Infos, schlüsselt die Naziscene um KL etwas auf u.v.a. Sie kostet 1 DM und ist erhältlich bei az c/o VOKÜ; Brauerstr. 39; 6600 Saarbrücken.

Antifa-INFO Frankfurt/Main

Im Februar ist die dritte Ausgabe erschienen und enthält aktuelle Informationen aus der regionalen Neonazi-Szene, sowie antirassistische und antifaschistische Beiträge. Kontakte über Antifa-Cafe (montags abend im Cafe Exzess, Leipzigerstraße)

Lübecker Antifaschistische Zeitung

Das Plenum gegen Faschismus gibt ca. vierteljährlich diese Zeitung heraus. Berichte über die Unitarier, faschistische Kandidaturen in Schleswig Holstein und antirassistische Arbeit.
AZ, c/o AKZENT, Fleischhauerstr.32, 2400 Lübeck

ATZE

Die Antifaschisstische Zeitung Kiel ist für 15.- (für vier Ausgaben) zu abonieren bei: ATZE, Schweffelstr.6, 2300 Kiel.

Reader zum Antifa-Ratschlag

Die Beiträge und Diskussionsergebnisse des antifaschistischen Ratschlages in Dresden vom 1.-3. November 1991 können jetzt in dem Reader nachgelesen werden. Bestellungen an:
GNN, Zülpicher Str.7, 5000 Köln 1

Antifaschistische Nachrichten

Erscheint zweiwöchentlich und wird von der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg herausgegeben. Bestelladresse siehe Reader.

Frontblatt

Die Berliner Zeitung der Volksfront, zu beziehen bei: GNN, Czeminskystr. 5, 1000 Berlin 61

ZAG

Die "Zeitung antirassistischer und antifaschistischer Gruppen" (ZAG) erscheint dreimonatlich und enthält Beiträge von Gruppen, die in diesen Zusammenhängen arbeiten. Die Zeitung ist offen für Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten und Kontakte knüpfen bzw. Artikel veröffentlichen wollen. Zu bestellen ist sie bei: Antirassistische Initiative; c/o Osloer Fabrik, Osloer Str.12, 1000 Berlin 56, Tel: 8619422

Soeben erschienen: RAG

RAG Nr.3 (Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen) Der RAG wird herausgegeben von der Gruppe "GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus". Er erscheint etwa alle drei Monate und will für den Bereich Berufsschulen/Betriebe/Gewerkschaften Informationen zum Thema Rassismus und Faschismus zusammenstellen.

Zu beziehen über: RAG c/o DGB-Jugendzentrum, Brunnenstr. 125-127, 1000 Berlin 65

Der Rechte Rand erscheint zweimonatlich und kann für 16.- DM für sechs Exemplare aboniert werden bei: Postfach 1324, 3000 Hannover 1

Veranstaltungen bundesweit

Die Aktion 3. Welt e.V. Merzig-Wadern organisiert monatlich Veranstaltungen und Seminare zu den Themen Antifaschismus, Rassismus... (z.B. am 5. April 1992 "Die Neue Rechte zwischen Konservatismus und Neofaschismus).

Das vollständige Programm kann angefordert werden bei **Aktion 3. Welt**
Merzig-Wadern
Weiskircher Str. 24
6646 Losheim

Ausstellung über alltäglichen Rassismus und Faschismus

Die Stadtteilgruppe Wiehre hat eine Ausstellung erarbeitet zu dem Themenkomplex "Alltäglicher Rassismus und Faschismus".

U.a. angesprochen wird die Frage "inwieweit - auch - wir selbst als Mitglieder der bundesdeutschen, kapitalistischen Leistungsgesellschaft von solchen Orientierungs- und Handlungsmustern betroffen sind."

Die Ausstellung besteht aus 12 Stelltafeln, die verschiedene Aspekte des alltäglichen Rassismus und Faschismus assoziativ und informativ beleuchten. Ein 44-seitiges Begleitheft (3,- DM) geht in 7 Beiträgen auf die theoretischen Grundlagen ein und ergänzt so die Ausstellung. Außerdem wurde ein 80-seitiger Reader (5,- DM) zum neuen Ausländergesetz erstellt.

Gruppen und Institutionen, die Interesse an der Ausstellung haben, können über die Buchhandlung Jos Fritz, 7800 Freiburg, Wilhelmstr. 15 mit der Stadtteilgruppe Wiehre in brieflichen Kontakt treten (dort gibt's auch die Broschüre).

---

§ 129 a gegen autonome AntifaschistInnen

Medienhetze Verfolgung Kriminalisierung in Göttingen

In Göttingen wurden 20 129a-Verfahren gegen eine nicht bekanntgegebene Anzahl von Personen eröffnet. Mit der Einleitung dieser Verfahren und der sie begleitenden Pressekampagne versucht die Bundesanwaltschaft die Göttinger Autonomen zu verunsichern, zu durchleuchten und zu kriminalisieren.



Bei Brandanschlägen auf die Humangenetische Beratungsstelle und das Institut für Strafrecht an der Uni Göttingen, auf die Funkzentrale der Polizei, gegen den PKW eines besonders engagierten Bullen der politischen Abteilung, gegen den Lagerschuppen des Göttinger Tageblatts, auf die Polizeistation Bad Lauterberg, Steine gegen Aldi u.v.a.m. entstanden "Schäden in Millionenhöhe".

Diese bunte Mischung von Aktionen in Göttingen und Umgebung der letzten beiden Jahre, zahlreiche Anschläge, die auf völlig unterschiedliche gesellschaftliche Auseinandersetzungen Bezug nehmen und zu denen sich verschiedene Gruppen bekannt haben, wirft die Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe in einen Topf und kocht daraus ein Ermittlungsverfahren *"wegen des Verdachts der*

Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (129a StGB) gegen autonome Menschen aus Göttingen.

Der Vorwand

Bei einem Brandanschlag auf das Vereinsheim eines Kleingärtnervereins und auf eine Diskothek wurde laut Presse eine sogenannte Erklärung zurückgelassen: *"Nieder mit der Bundesregierung - Deutschland den Ausländern - Anti Deutschland Liga für autonome Gewaltherrschaft"*. Allein von der Wortwahl her klar als Aktion von Rechten zu erkennen.

Alle Göttinger Autonomen haben sich deutlich von den beiden Anschlägen distanziert und selbst die Polizei ist so gut wie sicher: *"Die autonome Szene in Göttingen sei nicht verantwortlich dafür."*

Doch das wäre nicht das erste Mal gewesen, daß in Göttingen Faschisten einen Anschlag begehen, der Linken in die Schuhe geschoben werden soll. 1988 wurde über einer Diskothek eine Nazi-Wohnung durch autonome Antifas geräumt, Tage später wurde sie von den Faschisten in Brand gesteckt, die später zugaben, daß sie einen Anschlag der Autonomen vortäuschen wollten.

"Im Rahmen der Ermittlungen wird auch der Anschlag auf das ehemalige Haus des aus der Bundesrepublik abgeschobenen Karl Polacek in Mackenrode untersucht". (GT 11.2.92)

Autonome Antifas hatten ein Schulungstreffen der FAP im Haus des FAP-Landesvorsitzenden Polacek angegriffen, 15 Nazis wurden verletzt, einige ihrer Fahrzeuge demoliert. Die Antifas konnten sich zurückziehen, bevor die Polizei zuschlug. (Siehe Info Nr. 16).

Bei anschließenden Straßensperren durch die Polizei wurden unbeteiligte Personen angehalten und kontrolliert und willkürlich Strafverfahren gegen sie eingeleitet.

Ein inhaltlicher Zusammenhang wird konstruiert und daraus abzuleiten versucht, daß die Anschläge von **einer** terroristischen Vereinigung begangen worden seien. Die unterstellte gemeinsame Urheberschaft der Anschläge wird nicht nur von den Göttinger Autonomen angezweifelt.

Sogar die Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft in Celle, an welche die Ermittlungen abgegeben wurden, mußte eingestehen, daß momentan überprüft werde *"ob der Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung überhaupt berechtigt ist"*.

Der politische Hintergrund

Die Zeitung der Gewerkschaft der Polizei berichtete von einer Sitzung des Regierungspräsidenten Helmut Dohr mit hohen Polizeioffizieren am 28./29.1.91: *"Der Braunschweiger Regierungspräsident Helmut Dohr bezeichnete in einem längeren Statement Göttingen als den geographisch gesehen kritischsten Punkt im Lande Niedersachsen.(...)Brennglasartig seien hier Entwicklungen zu sehen, die zukunftsweisend symptomatisch für Entwicklungen im ganzen Lande Niedersachen seien könnten...Dohr führte weiter aus, daß Göttingen zu einem herausragenden Zentrum der Autonomen im Bundesgebiet gezählt werden müsse. Göttingen könne in diesem Zusammenhang auf die Ebene von Hamburg und Berlin gestellt werden."*

In den letzten vier Jahren ist es autonomen AntifaschistInnen in Göttingen gelungen *"zu einem bestimmenden und akzeptierten politischen Faktor zu werden.(...) Die Propagierung und Organisierung der antifaschistischen Selbsthilfe ist nicht wirkungslos an der öffentlichen Meinungsbildung vorübergegangen. Aktionen wie die Verhinderung einer Veranstaltung von NPD-Leuten in Bursfelde durch autonome AntifaschistInnen am 25.10.91 oder der Angriff auf ein Schulungstreffen der FAP am 26.10.91 in Mackenrode (...) stoßen auf Sympathie bei vielen Menschen."* (Flugblatt der autonomen Antifa (M), Januar 92)

Der Ausländerbeauftragte der Landeskirche, Pastor Knut Wellmann, sprach als Redner auf der Demo "Gegen Rassismus und Nationalismus" am 9.11.91 u.a. den Autonomen seinen Dank aus, daß es in Göttingen bisher zu keinen Übergriffen von Nazis gegen AusländerInnen gekommen sei.

Und sogar der Pressesprecher der Göttinger Polizei, Helmut Holle, mußte

Silvesterdemo 1991/92 in Göttingen unter dem Motto "Zusammen gehört uns die Zukunft - Gegen Faschismus und Polizeiterror". Auf den mitgeführten Schildern stehen die Namen der im Laufe der Jahre 90/91 durch Faschisten ermordeten Menschen.





zugeben: *"Die Autonomen haben sicher dazu beigetragen, daß Göttingen nazifreier geworden ist"*.(Northeimer Neueste Nachrichten, 8.1.92)

Die Silvesterdemo "Gegen Faschismus und Polizeiterror" am 31.12.91, die geschlossen, stark, und, wie geplant, ohne Angriffe aus der Demo heraus faktisch das Vermummungsverbot in der Stadt aufgehoben hat, fand selbst in der bürgerlichen Presse ein positives Echo.

Im Herbst letzten Jahres hatten autonome Antifas ihr Diskussionspapier zur Organisierung auch an 38 politische Gefangene aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand, verschickt, um sie in die Diskussion miteinzubeziehen.

So gesehen überrascht der Zeitpunkt für die Einleitung des 129a-Ermittlungsverfahren kaum.

...wichtig ist was hinten rauskommt..." (Zitat Helmut Kohl)

Inzwischen ist die übliche Pressekampagne angelaufen um weiterer Kriminalisierung den Boden zu bereiten. Dabei werden z.B. durch das Göttinger Tageblatt, das lokale Hetzblatt der Gegend, aktuelle Entwicklungen wie z.B. die bundesweit angestrebte Antifaorganisierung in "Zeit"- und "Welt"-Manier herausgestrichen und daraus das Szenario einer Gesamt-RAF konstruiert.

"Dem Ausbau einer bundesweiten "Antifa"-Struktur wird im deutschen Linksextremismus - insbesondere im Bereich militanter Autonomer Gruppen, des RAF-Umfelds und der Revolutionären Zellen (RZ) nun deutlich mehr Priorität eingeräumt." (GT vom 7.2.92)

Die Zusammenarbeit mit türkischen Jugendgangs in Berlin und Angriffe gegen die Führungskader der Faschisten werden betont um die "Gefährlichkeit" der ""Antifa"-Zellen" zu demonstrieren.

Daß hierbei von der zunehmenden Organisierung der Faschisten keine Rede ist, verwundert nicht.

Ob die BAW mit dem Ermittlungsverfahren zum "großen Schlag" ausholt ist nicht sicher.

Tatsächlich werden 95 % der 129a-Ermittlungsverfahren noch vor der Anklageerhebung wieder eingestellt.

Der 129a dient zunächst der Erfassung und intensiven Durchleuchtung der kriminalisierten Gruppe. So werden schon seit Monaten Leute aus dem antifaschistischen Widerstand z.T. rund um die Uhr observiert, ihre Telefone abgehört usw.

Diskussionen und eine ggf. punktuell erfolgte gemeinsame Praxis von sozialen Bewegungen und revolutionärem Widerstand sollen bereits im Ansatz zersetzt werden; die Gruppen und Einzelpersonen, die diesen Prozeß tragen sollen möglichst frühzeitig und umfassend gespalten und politisch isoliert werden.

Die **Absurdität** des Anklagekonstruktes ist jedoch keine Garantie dafür, daß der Angriff ein Schlag ins Wasser wird (wie zahlreiche Beispiele der letzten Jahre - Ingrid Strobl, Kurdenprozeß in Düsseldorf... - verdeutlichen).

Ob das Kalkül der Bullen, die Spaltung und Zerschlagung autonomer, antifaschistischer Zusammenhänge aufgeht, ist letztendlich jedoch eine Frage der Kräfteverhältnisse.

Öffentlichkeit und Solidarität sind die schärfsten Waffen gegen die Geheim- und Kriminalisierungspolitik der Bundesanwaltschaft! ■



Der Prozeß gegen Mielke oder: die Wiedergeburt der Nazi-Justiz

Seit dem 10. Februar d. J. läuft in Berlin ein Prozeß gegen den ehemaligen Minister für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik. Er, der zu den meistgehaßten Männern in Deutschland gehört, ist des Mordes angeklagt, des Mordes an zwei Polizisten, die am 9. August 1931 in Berlin erschossen wurden. Es wird also über eine Straftat verhandelt, die über sechs Jahrzehnte zurückliegt. In jedem zivilisierten Staat der Welt verjähren Straftaten, so auch in Deutschland, hier mit einer Ausnahme: Mord verjährt nicht.

1979 nahm der Deutsche Bundestag ein Strafrechtsänderungsgesetz an, mit dem die Verjährung für Mord aufgehoben wurde. Der Grund dafür ist aufschlußreich und sagt einiges über das Thema "Vergangenheitsbewältigung" in diesem deutschen Staat aus. Die Bundesrepublik hatte sich stets geweigert, Nazi- und Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Mensschlichkeit als solche zu verfolgen. Sie sollten nicht nach den Kriterien des Nürnberger Gerichtshofes, sondern wie normale kriminelle Delikte nach dem Strafgesetzbuch verfolgt werden. Da aber nach internationalem Recht Nazi- und Kriegsverbrechen nicht verjähren, sah man sich vierzig Jahre nach Beginn des Hitlerkrieges aus Gründen des internationalen Ansehens veranlaßt, die Verjährungsfrist für Mord aufzuheben, womit zugleich die Nazi- und Kriegsverbrecher, denen man eine unmittelbare persönliche Beteiligung an der Tötung von Menschen nicht nachweisen konnte oder bei denen diese als Totschlag interpretierbar war, von der Strafverfolgung ausgeschlossen waren.

Weil man den KZ-Baumeister-Bundespräsidenten Lübke, den Militärsonderrichter-Ministerpräsident Filbinger, den Holocaust-Staatssekretär Globke nicht belangen wollte, kann man heute Mielke vor Gericht stellen. Dieser Zusammenhang war natürlich von niemanden vorhersehbar und schon gar nicht beabsichtigt, trotzdem scheint er mir sympto- matisch für die "Vergangenheitsbewältigung" durch den "Rechtsstaat".

Trotzdem ist es mit der Verjährung im Fall Mielke nicht ganz so einfach. Der Pflichtverteidiger Mielkes, Hubert Dreyling, machte vor Gericht geltend, daß zu dem Zeitpunkt der Aufhebung der Verjährbarkeit von Mord in der Bundesrepublik, die Mielke zur Last gelegte Straftat bereits verjährt war.

Die Staatsanwaltschaft machte dagegen geltend, daß es wegen dieses Falles einen Haftbefehl aus dem Jahre 1947 gibt, der die Verjährbarkeit unterbrochen habe. Dieser Haftbefehl war aber von einem "Hilfsrichter" ausgestellt, der dazu nicht berechtigt war. Die Frage der Verjährung ist im Fall Mielke also juristisch nicht ganz einfach.

So wie wir den vorsitzenden Richter Seidel im sogenannten "Mauerschützenprozeß" kennengelernt haben, dürften ihn diese komplizierten Fragen kaum anfechten, er wird darüber hinweg und zur Tagesordnung übergehen.

Walter B ö h m e r t
Dr.---
12. Januar 1886, Berlin
Nachgewiesen im Sinne der Allg.Vfg. vom 1.4.1935 -Deutsche Justiz S.546 -
katholisch
Böhmert

"Der Vorsitzende Richter des Bülowplatz-Verfahrens war ein antidemokratischer Scharfmacher...

Vier Wochen nachdem Böhmert den Bülowplatz-Prozeß mit drei Todesurteilen abgeschlossen hatte, meldete des 'Völkische Beobachter', daß *"Landgerichtsdirektor Dr. Böhmert zum Vorsitzenden des Sondergerichts bestimmt"*, also befördert worden war. Unter dem Datum vom 1.12.1936 stellte der Präsident des Landgerichts Berlin für Böhmert ein Zeugnis aus, in dem es heißt: *"Wie früher bereits den zweiten Felseneck-Prozeß, so hat er* (Böhmert) *im Sommer 1934 den Prozeß betreffend Ermordung des Polizeihauptmanns Anlauf in ausgezeichneter Weise und mit vollstem Verständnis für die staatlichen Belange geleitet."* ...1941 wurde Böhmert bescheinigt, er werde sich auch weiterhin *"für den neuen Staat rückhaltlos einsetzen und die Gedanken des Nationalsozialismus immer wirksam vertreten"*. Der 'Völkische Beobachter' schwärmte: Landgerichtsdirektor Böhmert sei *"einer der energischsten Richter Berlins" und schon "unter der Systemregierung"* höchst positiv wegen seines Vorgehens gegen die (kommunistischen) Rechtsanwälte Litten und Löwenthal aufgefallen. Ganz anders das liberale Berliner '8-Uhr-Blatt'. Dort hieß es am 18.10.1932, also in den letzten Wochen der Weimarer Demokratie: *"Es scheint, daß jetzt auch einzelne Richter in den zackigen Ton der SA verfallen wollen. Jedenfalls hat man diesen Eindruck bei Herrn Landgerichtsdirektor Böhmert:"*

Diese Schilderung stammt aus der taz vom 24.2.92

Nazi-Anklageschrift als Beweismittel

Die Staatsanwaltschaft stützt sich in dem Prozeß gegen Mielke auf die Anklageschrift der Nazistaatsanwaltschaft von 1934 - schon dieser Umstand allein spricht Bände über die "Rechtsstaatlichkeit" des Verfahrens! Dabei spielt auch ein Geständnis Mielkes eine Rolle, das er in der sowjetischen Emigration öffentlich abgelegt hatte. Seine Anwälte teilten mit, ihr Mandant habe dieses Geständnis damals nur abgelegt, um seine angeklagten Genossen zu schützen. Vielleicht auch wollte sich der radikale Jungkommunist damals mit "fremden Federn" schmükken? Die Motive für dieses Geständnis sind wohl heute nicht mehr aufzuklären. Wichtiger für diesen Prozeß ist aber auch etwas ganz anderes.

Als die Staatsanwaltschaft 1931/32 in dem Fall der erschossenen Polizeioffiziere ermittelte, führte das zu keinem Ergebnis. Der Name Mielke taucht in den Ermittlungen nicht ein einziges Mal auf. Erst nach dem Machtantritt der braunen Barbaren wurde der Fall wieder aufgerollt, jetzt als Teil eines großangelegten Versuches der juristischen Abrechnung mit und der Rache an der KPD. Nach dem Fiasko des Reichtagsbrandprozesses sollte in einer Reihe von Prozessen nachgewiesen werden, daß die deutschen Kommunisten die Verbrecher sind, ihnen wurde der Prozeß gemacht, ihrem Vorsitzenden Ernst Thälmann sollte er auf dieser Grundlage gemacht werden. (Der an seinem späteren Mord nachweislich beteiligte SS-Mann Otto wurde von der bundesdeutschen Justiz freigesprochen.) Deshalb wurde der Fall wieder aufgerollt. Und jetzt lief die Sache auch ganz glatt ab. Die SA sorgte mit ihren Methoden für Zeugenaussagen und Geständnisse. Diese mit brutalster Gewalt erpreßten Aussagen werden in dem Prozeß gegen Mielke als Beweise verlesen werden, immer im Namen des Rechtsstaats!

Die Justiz im 3. Reich

Um dieser " Peinlichkeit" etwas an Schärfe zu nehmen, wird in einigen Medien schon mal gesagt, die deutsche Justiz sei ja 1933/34 noch nicht "gleichgeschaltet" gewesen, sie sei sozusagen noch eine Insel der Rechtsstaatlichkeit im faschistischen Deutschland gewesen. Gegen diese Ungeheuerlichkeit, die wohl mehr über das aktuelle Verständnis von Rechtsstaaatlichkeit als über die Nazi-Justiz aussagt, sind kaum Argumente möglich. Deshalb sei hier nur Karl Linz, damals Senatspräsident am Reichsgericht zitiert, der als Vorsitzender des Deutschen Richterbundes 1933 in der "DEUTSCHEN RICHTERZEITUNG" schrieb: *"Hohe Verehrung, aber auch unverbrüchliche Treue schlingen ein unauflösliches Band zwischen dem, der die Geschicke des deutschen Volkes leitet, seinem Führer, und den deutschen Richtern. Eng um ihn geschart, wie der Heerbann um seinen Herzog, werden wir im Kampfe ihm zur Seite stehen und das Schlachtfeld entweder nie oder erst verlassen, wenn der Sieg errungen ist: die Rettung des deutschen Volkes."* (zit. nach: Der Spiegel, Br. 8/1992, S. 54)

Die "Ermittlungsergebnisse" solcher Juristen dienen in der BRD als Grundlage eines "rechtsstaatlichen Verfahrens". Mit sonstigen Grundlagen sieht es mau aus. Es liegen dem Gericht nicht einmal Obduktionsbefunde der erschossenen Polizisten vor. Obduktionsbefunde haben die Aufgabe, die Todesursache wissenschaftlich exakt zu ermitteln. Das Gericht scheint im Prozeß gegen Mielke auch ohne solche Mittel, d.H. ohne Feststellung der Todesursache ermitteln zu wollen, wer denn den Tod verursacht hat.

Das Gericht kann aber auf solche unbedeutenden Dinge wie Leichenbefundde verzichten, es hat ja die Gerichtunterlagen der Nazijustiz, in denen Mielke und sein Genosse Ziemer als Todesschützen bezeichnet werden. Was von diesen Unterlagen zu halten ist, wurde allerdings schon 1934 in einem Prozeßbericht des "PARISER TAGEBLATT" sehr deutlich gesagt. Die Zeitung schrieb am 21. Juni, die beiden Polizeioffiziere seien bei einer der damals häufigen Schießereien versehentlich (!?) von eigenen Untergebenen erschossen worden (was auch erklären würde, warum die Untersuchungen 1931/32 zu keinem Ergebnis geführt hatten) und *"daß dieser Prozeß gegen 25 Funktionäre der Kommunistische Partei nichts anderes als eine Konstruktion der Gestapo ist"*. (zit. nach: Berliner Zeitung vom 8./9. Februar 1992) Diese Konstruktion also macht sich ein deutsches Gericht 1992 zu eigen, um zu "beweisen", daß die DDR von Mördern geführt und also ein Unrechtstaat war. Und es heißt dann *"juristische Aufarbeitung der Vergangenheit"*, wenn die Nazijustiz in deutschen Gerichtssälen fröhlichen Urständ feiert.

Erich Mielke hat zweifelsfrei große Schuld auf sich geladen und eine große politische und moralische Verantwortung. Er hat sie aber vor der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und vor den ehemaligen BürgerInnen der DDR, nicht aber vor der bundesdeutschen Justiz, die personell naht- und bruchlos aus der Nazijustiz hervorgegangen ist. Der Prozeß gegen ihn ist nichts anderes als ein Exzeß der späten Rache für alles, was Kommunisten und Sozialisten der deutschen Bourgeoisie vor allem mit der Gründung der DDR angetan haben. Mit dem, was Mielke BürgerInnen der DDR angetan hat, hat er jedenfalls nichts zu tun. Er ist, im Gegensatz, ein Teil der Verteufelung der DDR durch die Sieger. Wer sich durch den Untergang der DDR und vor allem der Sowjetunion über vier Jahrzehnte nach dem Ende des Raubkrieges der Faschisten nun als verspäteter Sieger des II. Weltkrieges fühlt, hat in der Tat allen Grund, Rach zu nehmen. Die BRD bewährt sich dabei als wahrer "Rechtsstaat", wenn man dieses Wort als politische Standortbestimmung begreift, und als würdiger Rechtsnachfolger des 3. Deutschen Reiches. ■



Die "Deutsche Kulturgemeinschaft Berlin" (DKG): Schaltstelle zwischen "demokratischer" und terroristischer Rechter

Zur Aktion am 21. Februar 1992 am Anhalter Bahnhof

(Wir haben den Text stark gekürzt. In den entsprechenden Passagen wird die DKG beschrieben, von der unser Text auf Seite 22 handelt)

Vom 21. bis zum 23. Februar wollte die DKG in Berlin ein Seminar zum Thema *"Die zinsfreie Wirtschaftsordnung"* durchführen... Nach unserer Einschätzung war mit einem Personenkreis aus dem militanten Faschistenspektrum zu rechnen - und dies sowohl was bekannte als auch kommende Führungspersonen betrifft... Uns ist es im Vorfeld gelungen, eine (dieser) Einladung(en) abzufangen...

Obwohl die DKG bereits 1990 Anmelderin des "Heldengedenktages" in Halbe war, ist sie der demokratischen und linken Öffentlichkeit erst seit dem 9. November 1991 breiter bekannt... Das Treffen war Bündnistreffen von militant-terroristischen Faschisten bis hin zu den sich "demokratisch" gebärdenden Rechtsextremen. Es gilt als Ausdruck einer Neuorientierung und verstärkten Vernetzung der bundesweiten Nazi-Strukturen...

Zur Informationslage und zum Ziel der Aktion

Wir konnten nach Überprüfung des abgefangenen Schreibens davon ausgehen, daß an dem Treffen ca. 70 Personen teilnehmen würden.. Ebenfalls war sicher, daß die Faschisten - über ihre üblichen Sicherungsmaßnahmen hinaus - nicht auf uns vorbereitet seien würden. Wir wollten den Ort des nachfolgenden (internen) Seminars sowie die ausdrücklich genannten 20 Personen herausbekommen. Es ging uns neben der Verhinderung der Veranstaltung vorrangig um einen Einblick in die Strukturen der Organisation. Wir hielten es aus diesem Grunde für richtig, zunächst die Faschisten anzugreifen und Informationsmaterial einzusammeln, um dann danach öffentlich zum Treffpunkt zu mobilisieren.

Andernfalls - bei sofortiger öffentlicher Mobilisierung - hätte der Schwerpunkt zwar auf breiter antifaschistischer Mobilisierung gelegen (was wir für grundsätzlich notwendig und richtig halten), uns aber gleichzeitig die Möglichkeit genommen, TeilnehmerInnen des Seminars zu erkennen und deren Strukturen klarer zu kriegen. Breite antifaschistische Mobilisierung hätte zur Verlegung der Veranstaltung an einem vermutlich vorbereiteten Ausweichort geführt, den wir wahrscheinlich nicht rechtzeitig herausgefunden hätten.

Wir entschieden uns daher dafür, zunächst die Faschisten anzugreifen, um dann nach Ablauf der Aktion breiter zu mobilisieren. Erstens, um Öffentlichkeit herzustellen und zweitens, um zu versuchen, daß die Veranstaltung nicht wie geplant durchgeführt werden kann.

Zur Aktion

Da der Eingang zum Fahrstuhl des Restaurants "Berliner Fenster" Anlauf- und Kontaktstelle der Faschisten war, sollte er zerstört werden, damit eintreffende Nazis keine sofortige Orientierung mehr erhalten und angegriffen werden konnten. Die Nazis im Eingang zogen ihre Waffen, schossen sofort mit Gas und wehrten sich mit Metallständern. Bei der Auseinandersetzung wurden ca. elf Faschisten verletzt, Bei uns gab es eine verletzte Person. Vor der Tür stand Ursula Schaffer zusammen mit Hans J. Rückert sen. (NPD-Mitglied, Kontakte zur NSDAP/AO), die beide angegriffen wurden. Dabei konnte zahlreiches Informationsmaterial sichergestellt werden. Nach Abschluß der Aktion wurde ein Molli geworfen, der den Fahrstuhl aber leider nicht zerstörte. Dennoch konnte die Kontaktstelle beseitigt werden.

Danach stellte sich heraus, daß das Lokal "Berliner Fenster" nicht wie in der Einladung angegeben, der eigentliche Veranstaltungsraum sein sollte, sondern die gleich daneben gelegene Kegelbahn. Im Lokal "Berliner Fenster", das im 16. Stock liegt, wurde zeitgleich eine Fete eines Sportclubs gefeiert. Eine der Personen wurde, da im Handgemenge vor dem Fahrstuhl nicht zu unterscheiden war, wer dort mit Metallständern schlug, leider ebenfalls verletzt. Im 16. Stock hielten sich ebenfalls Faschisten auf, die versuchten, das umliegende Gelände zu überwachen und den Kontakt zum Erdgeschoß hielten.

Nach der Beendigung der Aktion wurden Leute mobilisiert, um Öffentlichkeit herzustellen und eventuell mit einer Blockade die Veranstaltung zu behindern. Die entsprechende Koordinierung vor Ort hat aber gefehlt, so daß es für richtiger gehalten wurde, die erfolgte Mobilisierung abzubrechen, um nicht unnötig Leute zu gefährden. Der angerückten Hundertschaft der Bullen sollte in dieser Situation kein Vorwand zum Eingreifen geliefert werden.

Zum Ergebnis

Die Veranstaltung konnte nicht wie geplant stattfinden, da Schaffer als Organisatorin vor Beginn weggefahren wurde. Fest steht, daß West- wie Ostdeutsche (unter anderem aus Schwedt/ Oder) an der Veranstaltung teilnehmen wollten. Gesehen wurde ebenfalls der seit Jahren bekannte und vor allem klandestin auftauchende Ingmar Raband.

Als Mißerfolg müssen wir den Versuch einschätzen, durch unsere Aktion den geheimgehaltenen Ort des für Samstag und Sonntag geplanten Seminars herauszufinden. Darüber gaben die Unterlagen keine Auskunft. So läßt sich auch nicht mit Sicherheit sagen, ob das Seminar stattgefunden hat. Wenn, wird es aber den Verlauf der Zusammenkunft mit Sicherheit beeinflußt haben.

Grundsätzlich für wichtig und erfolgreich halten wir, daß es nach langer Zeit endlich wieder einmal eine Aktion gegeben hat, die die Faschisten in ihrer Selbstsicherheit und in ihrem offensiven Auftreten getroffen hat. Seit 1990 sind allein in Berlin über zehn "Ausländer" ermordet worden, täglich melden die Zeitungen neue Überfälle, und dies alles unter dem Motto: "Duckt euch, wehrt euch nicht, haut ab". Wir halten es für notwendig, den Faschisten und diesem Klima entschlossen entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die bürgerliche Presse. An diesem Wochenende wurden mehrfach Nazi-Überfälle gemeldet, so wurde am Kottbusser Damm ein "Ausländer" überfallen und eine Feier von Feuerwehrleuten von Nazis angegriffen. Dafür sind sich die Medien gut genug. Auch die Schuldigen sind klar: Die Nicht-Deutschen selbst. Zusammenhänge mit der derzeitigen Hetzkampagne der Regierungs- und Oppositionsparteien werden nicht hergestellt, von der Notwendigkeit, sich zu wehren, ganz zu schweigen.

Deutliche Selbstkritik müssen wir an unserer fehlenden Vorbereitung und Konzeption für die anschließende breite Mobilisierung üben. Für euch, die ihr auf unser Bitten hin gekommen seid, ist völlig unklar geblieben, was geschehen ist und warum ihr vor einer Hundertschaft Bullen steht. Wir haben uns dazu zuwenig Gedanken gemacht und auch überhaupt nicht überlegt, in welcher Form wir euch informieren können. Das ist umso schlechter, weil wir alle den Frust und die Unzufriedenheit kennen, irgendwo hin mobilisiert zu werden, um dann genauso schlau wie vorher wieder wegzugehen. *(Berlin im Februar 92)*

Einige AntifaschistInnen

Neue Perspektiven für den deutschen Imperialismus

In den vergangenen zwei Jahren sind wir schon des öfteren auf Fragen, die sich mit der Vereinigung stellten, eingegangen. Das Antifa-Info berichtete relativ ausführlich über Entwicklungen in der ehemaligen DDR und behandelte einzelne Aspekte der Innen- und Außenpolitik der neuen BRD. Wir halten es für notwendig, uns aber auch grundsätzlicher mit den Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, unter denen wir die antifaschistische Arbeit zu leisten haben. Wir wollen aus mehrere Gründen mit den außen- oder weltpolitischen Bedingungen anfangen:

● Die BRD, wie wir sie bis 1989 kennen, ist das Produkt eines internationalen Ereignisses, der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg.

● Der Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers schafft vollkommen neue Bedingungen. Die Epoche der Nachkriegszeit ist endgültig zu Ende gegangen. Die Grundlagen, auf denen in über 40 Jahren Politik betrieben wurde, sind entfallen oder haben sich grundlegend gewandelt.

● Das wird innenpolitisch weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen. Was sich in der BRD bewegt und verändert, ist nicht zu verstehen ohne sich die weltpolitischen Veränderungen anzugucken. Sie bestimmen auch die inneren Auseinandersetzungen. Freilich darf man sich dies nicht einseitig vorstellen, wirken die inneren Veränderungen auch zurück. Es gibt eine enge Verflechtung von Innen- und Außenpolitik, eine Verschmelzung beider Gebiete. Das Bestimmende sind aber zur Zeit die Veränderungen der internationalen Kräfteverhältnisse.

● Ein vierter, subjektiver, aber deshalb nicht weniger wichtiger Grund liegt bei der Antifa selbst. Sie hat sich in erster Linie mit innenpolitischen Fragen und Auseinandersetzungen befaßt. Weltpolitik spielte eher am Rande, unausgesprochen, individuell in einzelnen Köpfen eine Rolle.

Neue Außenpolitik der BRD

Die BRD sah sich mit der Vereinigung vor zwei Aufgaben gestellt:

Innenpolitisch galt es, den mit der "Eroberung" der DDR gewonnenen Erfolg abzusichern, d.h. die BRD-Verhältnisse mußten in den neuen Bundesländern installiert werden. Das ist ohne die Zerschlagung der politischen und sozialen Strukturen in der ehemaligen DDR nicht möglich. Die Lösung dieser Aufgabe konnten die Herrschenden bis heute ohne wesentliche Widerstände oder Erschütterungen vorantreiben. (Wir sind im letzten Info darauf eingegangen, siehe Artikel "Flüchtlinge - Manövriermasse der innenpolitischen Auseinandersetzung".)

Die Vereinigung markiert auch einen Wendepunkt in den internationalen Beziehungen, in denen die BRD eine neue Rolle einnimmt. Die Diskussionen der Parteien und die außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung dienen dazu, diese Rolle auszufüllen, abzusichern und auszubauen. Der Einzug der Bundeswehr in die neue Hauptstadt, das quasi öffentliche Begräbnis der Preußenkönige in Potsdam, die Diskussionen über den internationalen Einsatz der Bundeswehr und einen Sitz der BRD im Sicherheitsrat der UNO usw. sollen die Bevölkerung auf die neuen Aufgaben einstimmen und die Ansprüche der BRD auch nach außen dokumentieren.

Der Golf-Krieg diente als Anlaß, um über den Einsatz der Bundeswehr und die weltpolitische Rolle der BRD zu diskutieren. Damals stand die Kritik der NATO-Verbündeten am mangelnden Engagement der Deutschen im Vordergrund; inzwischen mehren sich in Paris, London oder Washington die Stimmen bürgerlicher Politiker und Medien, die die neue außenpolitische Rolle der BRD mit Skepsis und Argwohn betrachten. Auch in Osteurropa beginnt sich die Stimmung zu verschieben. Setzten noch



Hinter der Einheit der Siegermächte verbargen sich von Anfang an die gesellschaftlichen Gegensätze. Trotzdem blieb die Viermächte-Verwaltung für Berlin bis zum 3. Oktober 1990 erhalten.

vor zwei Jahren die Befürworter der Marktwirtschaft auf die Hilfe und Unterstützung durch die BRD, so wachsen zunehmend die Befürchtungen vor deren ökonomischer und politischer Stärke und die Angst in eine Position totaler Abhängigkeit zu geraten. Das wird u.a. in den Diskussionen in der Tschechesloвakei deutlich, wo 80% der Auslandsinvestitionen durch deutsche Firmen getätigt werden (siehe auch Kasten).

Die jüngsten Ereignisse und ihre Widerspiegelung in den innen- und außenpolitischen Debatten beleuchten den Beginn einer neuen Etappe der weltpolitischen Kräftekonstallation und -Auseinadersetzungen. Um die weitere Entwicklung einschätzen zu können, müssen wir deren Ursachen untersuchen. Das ist nicht möglich, ohne - zumindest kurz, in Grundzügen - die vorangegangene Periode, wie sie sich mit dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, zu skizzieren. Wir werden im Anschluß daran auf die Außenpolitik der BRD zurückkommen.

Die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges

Die militärische Niederlage des Deutschen Imperialismus hatte die weltpolitische Kräftekonstellation vereinfacht und verschärft. Die USA sind als ökonomisch, militärisch und politisch stärkste, alle anderen imperialistische Staaten überragende, Kraft aus dem Zweiten Weltkrieg hervor- vorgegangen. Die tiefe Spaltung des imperialistischen Lagers war damit überwunden. Gleichzeitig hatten sich die Grenzen des Sozialismus in Europa vorgeschoben. Die Elbe, Neisse und Adria wurden nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche Grenzen. Das imperialistische und sozialistische Lager standen sich hier direkt gegenüber. Der Spielraum und die Perspektive der Staaten und der Befreiungsbewegungen der sogenannten Dritten Welt waren bestimmt durch die Existenz dieser beiden Lager.

Die Einheit des imperialistischen Lagers war aber nicht nur Ergebnis der deutschen Niederlage, sie wurde gleichzeitig zum Zwang, um der gewachsenen Macht der SU und dem Vordringen der Einflußsphäre des Sozialismus etwas entgegensetzen zu können. Das bestimmte die Haltung der USA gegenüber Westeuropa und der westlichen Siegermächte gegenüber Deutschland. Die USA konnten ihre ökonomischen und politischen Konkurrenten in Europa nicht endgültig niederwerfen, ohne ein weiteres Vordringen des Sozialismus zu riskieren. Es galt dem, durch den Faschismus und den Weltkrieg in den Augen großer Bevölkerungskreise in Europa diskreditierten, Kapitalismus unter die Arme zu greifen, ihm nicht jeglicher Chance der weiteren Entwicklung zu berauben. Die Vereinigten Staaten setzten auf die wirtschaftliche und politische Integration Westeuropas im Rahmen der EWG (Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) unter Einschluß der westlichen Besatzungszonen, der späteren BRD. Mit Hilfe der Gelder aus dem Marshallplan wurde der Wiederaufbau Westeuropas als Bollwerk gegen den Sozialismus in die Wege geleitet. Damit haben die USA auch den Grundstein gelegt für das langsame Wachsen eines ökonomischen Konkurrenten in Gestalt der EG.

Die Westintegration der BRD

Für die deutsche Bourgeoisie war mit der militärischen Niederlage 1945 erneut ihre Existenz als herrschende Klasse in Frage gestellt. Die Rote Armee stand an der Elbe, hatte ihre Reichshauptstadt er-

"In Prag wächst die Angst vor Fremdbestimmung

Das Gespenst der »Germanisierung« geht in der CSFR um"

Unter dieser Überschrift berichtet "DER TAGESSPIEGEL" in seinem Wirtschaftsteil am 26.1.1992 u.a.:

Wird unser Land nicht langsam zum ökonomischen Protektorat Deutschlands?" - mit Fragen wie dieser sehen sich die tschechoslowakischen Wirtschaftspolitiker in Interviews immer häufiger konfrontiert. Angesichts der unübersehbaren Dominanz deutschen Kapitals bei den Investitionen ausländischer Firmen, die vor allem in die tschechische Teilrepublik fließen, wachsen die Befürchtungen vor einer "Germanisierung" der CSFR-Wirtschaft...

Eine Mrd. Dollar an ausländischen Investitionen flossen nach Angaben des tschechischen Industrieministers Jan Vrba im vergangenen Jahr in den westlichen Teilstaat, rund vier Fünftel davon kamen aus dem unmittelbar benachbarten Deutschland. Konzerne wie Volkswagen, Siemens und Mercedes-Benz haben entschieden, den zukunftsträchtigen Ostmarkt von Standorten in der Tschechoslowakei aus aufzurollen....

Beim geplanten Verbund mit den beiden tschechischen Nutzfahrzeughersteller Avia und Liaz legte Mercedes-Benz der tschechischen Regierung als bisherigem Eigentümer der Staatsbetrieb einen Forderungskatalog auf den Tisch, dessen Erfüllung weitgehende Steuer- und Zollfreiheit für Mercedes-Benz und Hohe Einfuhrgebühren für die Konkurrenz während der nächsten Jahre bedeuten würde.

obert, und aus dem Innern drohte die Gefahr, daß die 1933 zerschlagene Arbeiterbewegung nun versuchen könnte, mit den Verantwortlichen der Katastrophe abzurechnen. Aus den Kriegsgegnern von gestern wurden die Retter vor dem "Bolschewismus", die der herrschenden Klasse halfen, ihre gesellschaftliche Stellung wenigstens in den Westzonen zu erhalten. Der Preis, den sie dafür zu zahlen hatten, war die Unterordnung unter die Interessen der westlichen Siegermächte, die Anerkennung der uneingeschränkten Führungsrolle der Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO. Das war ihr damals nicht schwer gefallen, hatten sich die USA, England und Frankreich als Retter ihrer Herrschaft erwiesen. Sie waren nicht nur als Besatzungsmächte, sondern zugleich als Freunde und zukünftige Verbündete gekommen. Das deutsche Kapital hat zwar nie seine Pläne aufgegeben, die im Osten verlorengegangenen Gebiete und Ein-flußsphären zurückzuerobern; aus eigener Kraft aber war das von vorneherein aussichtslos. Die Westintegration der BRD, die gemeinsame Front gegenüber dem sozialistischen Lager, entsprach den Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie, ihre untergeordnete Rolle innerhalb des Bündnisses den weltpolitischen Kräfteverhältnissen.

Die BRD: "Ökonomischer Riese und politischer Zwerg"

In Europa und Japan ist den USA in den letzten drei Jahrzehnten eine ökonomische Konkurrenz erwachsen, die ihre Vormachtstellung auf diesem Gebiet in Frage stellt. In der Europäischen Gemeinschaft entwickelte sich die BRD zum wirtschaftlich mächtigsten und stabilsten Staat. Mit dem Wachsen seiner ökonomischen Kraft wuchsen auch die Bestrebungen, diese Kraft umzusetzen in politischen Einfluß. So begann schon frühzeitig (in den 50er und 60er Jahren) die Debatte über die Atombewaffnung der BRD. Diesen Bestrebungen waren jedoch enge Grenzen gesetzt. Die Existenz des sozialistischen Lagers erzwang die militärische und politische Einheit innerhalb des imperialistischen Blocks. Sie war nur unter der Führung der USA möglich, die als einzige der SU militärisch überlegen war und die weltweit in regionale Konflikte eingreifen konnte. Im Golf-Krieg haben die USA das noch einmal demonstriert und ihre Verbündeten in eine gemeinsame Front (sowohl politisch als auch militärisch) einbinden können. In Europa konnten Großbritannien und Frankreich, als ehemalige Siegermächte und Atomwaffenbesitzer, gegenüber der BRD ihr politisches Gewicht verteidigen. Dem ökonomischen Riesen Bundesrepublik blieb in den 70er und 80er Jahren nur die Rolle eines politischen Zwergs in der Weltpolitik.

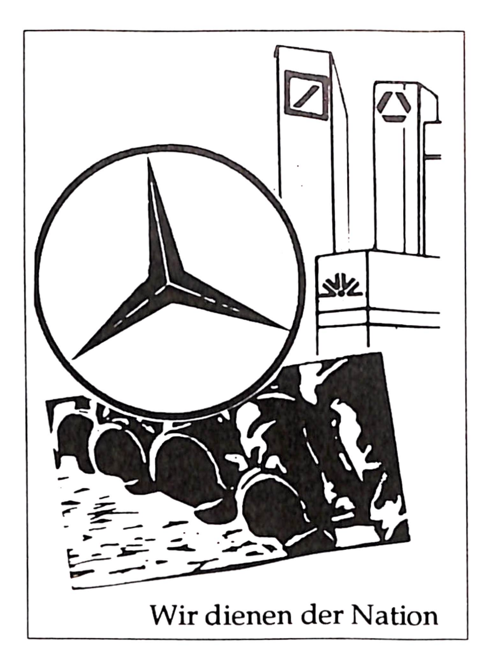
Die neue weltpolitische Kräftekonstellation

Mit der Schwächung und dem endgültigen Auseinanderbrechen des sozialistischen Lagers ist ein wesentlicher Faktor, der die Nachkriegsordnung bestimmte, entfallen. Das hat zu grundlegenden Verschiebungen der internationalen Kräfteverhältnisse geführt:

- Was an sozialistischen Staaten übrigblieb, stellt keinen militärisch relevanten Faktor dar. Sie geraten zunehmend unter politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck (siehe z.B. Kuba).

- Die Befreiungsbewegungen haben ihren wichtigsten Verbündeten und damit ihre finanzielle und militärische Unterstützung verloren.

- Die blockfreien Staaaten büßten ihren Spielraum zwischen den beiden Großmächten ein.



Wir dienen der Nation

Aber auch in den Verhältnis zwischen den imperialistischen Staaten verschieben sich die Gewichte, verstärken sich die Gegensätze. Ein wichtiges Ergebnis ist die Stärkung der BRD in der Weltpolitik und die Erlangung der Vormacht-

Europapolitik des deutschen Kapitals

Unter der Überschrift "Dunkles Datum" kommentiert die WirtschaftsWoche am 13.12.1991 den EG-Gipfel in Maastricht:

"...in Maastricht wurde nicht die Einheit Europas, des ganzen, vom Atlantik bis zum Ural, gestärkt, sondern seine Teilung zementiert. Maastricht war ein Treffen der falschen Leute mit den falschen Themen, am falschen Ort und zur falschen Zeit.

Ja, vor zwei Jahren noch wäre der Gipfel ganz richtig gewesen. Damals gab es zwei Europa - eins in Ost und eins in West, politisch durch den Eisernen Vorhang klar voneinander getrennt. An eine Erweiterung der EG (nach Osten) war nicht zu denken, warum also nicht die vorhandene Gemeinschaft vertiefen?

Inzwischen jedoch ist der Eiserne Vorhang gefallen. Der sozialistische Ostblock hat sich aufgelöst. Erstmals bietet sich die Chance, den gesamten Kontinent zu einer Zone des Friedens, der Demokratie und Prosperität zu entwikkeln. Doch was tut die EG? Statt die neue, einmalige, alles andere überragende Herausforderung anzunehmen, beschäftigt sie sich ungerührt mit sich selbst...

Wer wie die EG-Führer ... behauptet, die in Maastricht erreichte Vertiefung der EG schließe deren Erweiterung nach Osten nicht aus, lügt entweder oder er träumt. ... Wenn schon Länder wie Italien oder Spanien große Probleme haben, die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zu erfüllen und dabei von den reicheren EG-Staaten mit zig Milliareden Mark unterstützt werden müssen, wie sollen es dann etwa Polen, die Ukraine oder das Baltikum jemals packen?

Die Milliarden, die Südeuropa bekommt, stehen für den Osten nicht mehr zur Verfügung. Aber wären sie da nicht besser angelegt?..."

Was die WirtschaftsWoche noch nicht offen ausspricht, es sind fast ausschließlich bundesdeutsche Banken und Konzerne, die diese Milliarden aufbringen können.

stellung in Europa. **Die Fesseln der Nachkriegsordnung, die der BRD das Überleben als kapitalistischer Staat ermöglichten, ihr aber gleichzeitig eine politisch untergeordnete Rolle zuwiesen, sind endgültig gefallen.**

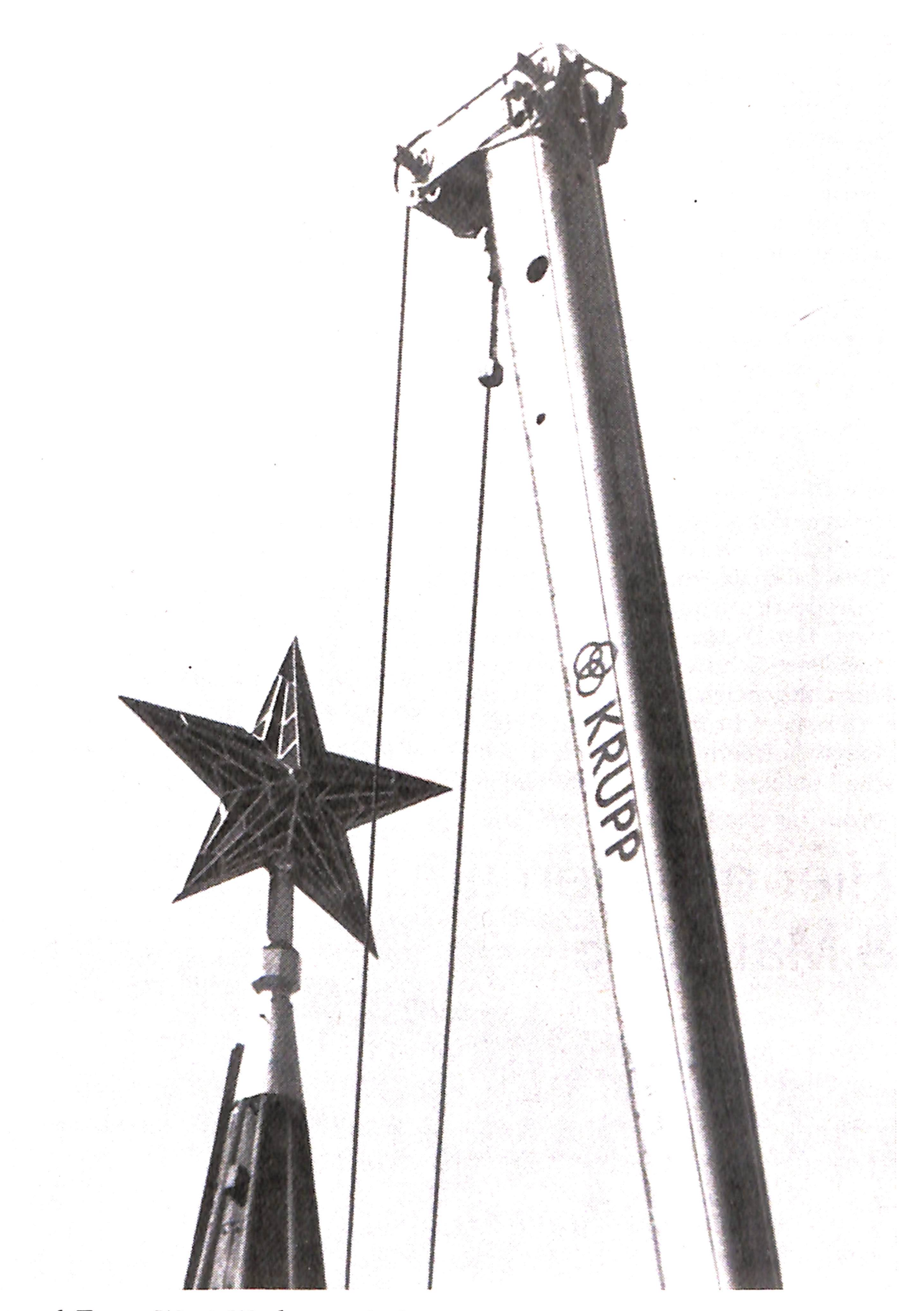
Den Wendepunkt dieser Entwicklung markiert die Übernahme der DDR durch die BRD. Auf der einen Seite die SU, die nicht mehr die Kraft aufbrachte, der BRD politische Zugeständnisse für ihre Zustimmung abzutrotzen; auf der anderen Seite die westlichen Siegermächte, die mit ihrem Ja zur Vereinigung sich einen Schritt weiter wähnten in der Bekämpfung und Schwächung des sozialistischen Lagers. Mit den Ergebnissen der zwei-plus-vier-Konferenz haben alle ehemaligen Siegermächte die neue Rolle der BRD in der Welt anerkannt.

Die BRD: Ordnungsmacht Nr. 1 in Europa

Mit dem Auseinanderbrechen des sozialistischen Lagers und den, daraus resultierenden, sozialen und nationalen Konflikten kommen auf die BRD neue Aufgaben zu, eröffnen sich ihr neue Perspektiven. Im Interesse des imperialistischen Lagers wird die Bundesrepublik eine zentrale Rolle als Ordnungsmacht auszufüllen haben. Dabei nutzt sie ihre ökonomische Stärke und ihre geographische Lage zur Eroberung der Ostmärkte und verschafft sich Vorteile gegenüber ihren kapitalistischen Mitkonkurrenten. In der Jugoslawien-Politik wird deutlich, wie die BRD die neue weltpolitische Rolle auszufüllen gedenkt.

Es war die Bundesrepublik, die als erste - nach Österreich - die jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten anerkannt hat. Sie hat innerhalb der EG, im Zuge der geplanten gemeinsamen Außenpolitik, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den beiden Republiken durchgesetzt. In Kommentaren und Berichten aus Großbritannien, den Niederlanden und anderen Ländern der EG heißt es, daß die betroffenen Regierungen gegen ihre Überzeugungen zur Anerkennung gedrängt wurden. Was hier umschrieben wird, heißt nichts anderes, als daß die BRD mit wirtschaftlichem und politischem Druck alle EG-Mitglieder gezwungen hat, sich ihrer Jugoslawien-Politik anzuschließen und unterzuordnen.

Kroatien wurde während des Zweiten Weltkrieges als Vasallenstaat des "Dritten Reiches" von den Nazis aus der Taufe gehoben. Die unheilvolle Rolle, die es auf dem Balkan gespielt hat, ist vielen Völkern noch in Erinnerung. 1992 soll dieser erneut geschaffene Staat wieder als "Insel" des imperialistischen Einflusses auf dem Balkan dienen.



Kreml-Turm, West-Werkzeug: Außenpolitik wird Wirtschaftspolitik

Eine ähnliche Rolle wird den deutschen Minderheiten in Osteuropa - vor allem in der Tschechoslowakei, in Polen und in Rußland - von der Bundesrepublik zugedacht. Die eigene wirtschaftliche Stärke nutzt die BRD, um in Verhandlungen über Verträge und gegenseitige Abmachungen, den besonderen Schutz und die Rechte dieser Deutschen zu fordern und durchzusetzen. Die direkte Einfußnahme auf die inneren Verhältnisse der osteuropäischen Staaten wird mit solchen Methoden vorangetrieben.

Gerechtfertigt und vorangetrieben wird die Politik der Einmischung und Intervention durch Außenminister Genscher. In einer Rede vor der UNO forderte er die begrenzte Souveränität aller Staaaten in Bezug auf die Menschenrechte. Wo und wie diese verwirklicht werden sollen, darüber entscheiden in den Vereinten Nationen die dominierenden imperialistischen Staaten. Schon in den letzten Jahrzehnten diente die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte dem Westen dazu, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen. Unter der Flagge der Demokratie und der Menschenrechte verbarg sich das Interesse nach Herstellung kapitalistischer Verhältnisse, die als soziale Marktwirtschaft den Völkern Osteuropas angepriesen wurden.

Ähnliches gilt für die Propaganda von der "Selbstbestimmung der Völker". Unter dieser Losung förderte die BRD die

ethische und politische Zerstückelung in Osteuropa, zuerst gegenüber der SU durch Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen in den baltischen Staaten oder jetzt gegenüber Jugoslawien durch Anerkennung Von Slowenien und Kroatien. Ziel und Resultat dieser Politik kann nicht die wirkliche Selbstbestimmung der Völker sein, sondern nur der Wechsel ihrer Abhängigkeiten, ihre Unterordnung unter die ökonomischen und politischen Interessen der Machtzentren in der EG.

Es wird in Zukunft nicht mehr ausreichen, sich in Parolen gegen "Großdeutschland" oder ein "Viertes Reich" zu wenden. Wir werden uns öfter mit den Konflikten in Osteuropa auseinanderzusetzen haben und mit der konkreten Rolle, die der deutsche Imperialismus darin spielt. Der Westen ist zwar einen entscheidenen Schritt vorangekommen im Kampf gegen den Sozialismus, d.h. aber noch lange nicht, daß sein Einfluß in Osteuropa gesichert ist. Soziale und politische Konflikte, "ethische" und "nationale" Auseinandersetzungen begleiten die Länder Osteuropas auf dem Weg in die Marktwirtschaft. Eine Reihe offener Fragen müssen wir weiter verfolgen:

- Kann es dem Westen überhaupt gelingen, die Konflikte sozial zu befrieden? Bis heute haben sich die Zusagen der BRD (z.B. gegenüber Ungarn oder Polen) als leere Versprechungen herausgestellt.

- Welche Rolle spielen regionale Kriege, auf wessen Seite steht dabei die BRD und warum?

- Welche politischen Kräfte bilden sich neu heraus, wie groß ist ihre Bedeutung, welche Gefahren drohen durch reaktionäre und faschistische Strömungen und Organisationen?

- Welchen Umfang werden die entstandenen Flüchtlingsbewegungen annehmen, wie reagiert die EG darauf? Durch Abschottung ihrer Grenzen versucht sie "vorzubeugen". Kann sie damit Erfolg haben?

Auch den innenpolitischen Konsequenzen und Fragen, die die Veränderungen in Osteuropa hervorrufen werden, müssen wir uns stellen, sei es die Debatte über die neuen Aufgaben und eine neue Struktur der Bundeswehr, dem geplanten Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe, oder den finanziellen Opfern, die diese Politik der Bevölkerung abverlangen wird. Wir werden versuchen im Info-Blatt mit Artikeln und Diskussionsbeiträgen darauf einzugehen und fordern alle Leser, organisierte oder unorganisierte AntifaschistInnen auf, sich daran zu beteiligen. ■

Hier endeten am 8.Mai 1945



die Großmachtpläne des deutschen Kapitals



FRONT NATIONAL

Folgender Artikel wurde uns von Antifas aus Frankreich zugeschickt und beschreibt die dortige Situation sehr ausführlich. Die FN konnte ihren Einfluß in der französischen Gesellschaft extrem steigern, der Widerstand, an den Beispielen von SCALP und SOS RACISME, hat leider abgenommen.

Frankreich: Faschisten auf dem Vormarsch

FRONT-NATIONAL

Ihre Erfolge, ihr Einfluß und die Verbreitung ihrer faschistischen Ideologie in der Bevölkerung

Einfluß der FN in der Bevölkerung

Einer im Oktober in der Zeitung "LE MONDE" erschienenen Umfrage über den Einfluß der FN in der französischen Bevölkerung zufolge, erklärten sich 32% der Leute einverstanden mit LE PENs Politik. Nicht nur diese Umfrage beweist, daß die FN im Moment in allen Gebieten im Aufwind ist. Ihre Meinung zu den verschiedenen Themen wird von immer mehr Leuten geteilt, was sich auch in den großen Wahlerfolgen widerspiegelt.In allen Landkreisen und Städten sind Kandidaten der FN zur Wahl aufgestellt worden. So erhielten sie im Arbeiterbezirk Poissy in der Nähe von Paris im Juni 91 mehr als 37% der Stimmen, bei lokalen Wahlen in Marseille erreichten sie 21%.

> Welchen Einfluß die Front-National gewonnen hat, machen erneut die jüngsten Wahlergebnisse aus Nizza deutlich. Die NF errang 38%, die beiden bürgerlichen Parteien je 15%; die Sozialisten und Kommunisten erhielten 12 bzw. 7,5%. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 36%. Die Gewinner der allgemeinen Frustation in der französischen Wählerschaft sind die Faschisten unter Le Pen.

Nicht unentscheidend dafür ist die Erweiterung ihrer Politik auf alle Lebensbereiche. Neben ihrer natürlich weiterlaufenden Propaganda gegen AusländerInnen und ImmigrantInnen beschäftigen sie sich stark mit den sozialen Problemen der Bevölkerung.So waren sie sehr aktiv an den Aktionen und Demonstrationen der Bauern im Oktober 91 beteiligt und probierten, sich als ihre Wortführer darzustellen. LE PEN persönlich unterstützt die Bewegung der Krankenschwestern, die seit mehreren Wochen streiken und demonstrieren. Auch auf ökologischem Gebiet engagieren sie sich, definieren sich als einzige ökologische Partei in Frankreich, reden von Rückkehr zur Natur, Schutz des Lebens, Schutz der französischen "Rasse" etc. Dabei stellen sie den Kampf gegen Tierversuche auf die gleiche Ebene mit dem Kampf gegen die Abtreibung.

Die FN versucht, sich in vielen Vereinen und Verbänden zu etablieren, so im Verein für den Schutz der Familie, den Schutz der Tiere, Fahrradvereine, Stadtteilvereine, ..., über alle können sie so ihre Propaganda verbreiten.

Stellung der etablierten Parteien zur FN und zum Rassismus

Für die Landtagswahlen im Jahr 92 hat die FN ihren Wahlkampf unter dem Motto "LE PEN VITE - LE PEN SCHNELL" als erste Partei begonnen. Dabei werden ihnen kaum noch Steine in den Weg gelegt, ihre Ideen sind weit verbreitet, mehr und mehr PolitikerInnen ("linke" wie rechte) und "Intellektuelle" sehen sie als ganz normale Partei an und behandeln sie dementsprechend. Das geht sogar soweit, daß alle bürgerlichen Parteien auf dem Standpunkt stehen, daß die extreme Rechte auf Grund ihres großen Einflusses in der Bevölkerung auch Vertreter bzw. Abgeordnete in Parlament, Landtag und sonstigen Institutionen haben soll.

Das Thema Immigration wird von allen Parteien ähnlich gesehen wie von derFN:

GISCARD D'ESTAING - ehemaliges Staatsoberhaupt und jetzt Präsident der UDF (rechtskonservative Partei) spricht von einer "Invasion",

PANIATOWSKI - Präsident der P.R. (Parti Republicain) von "Besatzung",

AURAC - Präsident der R.P.R. äußert sich über den "schlechten Geruch der ImmigrantInnen",

EDITH CRESSON - Premierministerin, sozialistische Partei, redet von einem "(Vertreibungs)-Gesetz gegen ImmigrantInnen",

und auch die Kommunistische Partei hat ein Flugblatt herausgegeben für einen sofortigen Stop der Immigration. Sie geht davon aus, daß zu viele ImmigrantInnen im Land sind, verbindet ihre Anwesenheit mit der steigenden Kriminalität und dem Drogenhandel. Sie stellt sich als die Partei dar, die als einzige seit 1974 den totalen Stop der Immigration fordert und macht dabei wieder die Opfer zu Tätern, denn sie vertritt die Meinung, daß es ohne ImmigrantInnen keinen Rassismus geben würde.

Allgemeine Zustände in Frankreich

Dabei machen alle diese Parteien zur Zeit eine sehr unpopuläre Politik. So geht die Regierung mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen die friedlich demonstrierenden Krankenschwestern vor, der Arbeitsminister



Vorstadt in Marseille: Neubaughetto für Jugendliche



Schülerprotest in Paris: Auf diesem Hintergrund entsteht Widerstand

stempelt die Arbeitslosen als faule Leute ab, die gar keine Arbeit suchen bzw. haben wollen. Die Premierministerin übertrifft sich in ihren ausländerfeindlichen Sprüchen, bezeichnet die Engländer als homosexuell, die Japaner als Ratten etc. All diese Vorgänge nutzen in erster Linie der FN und ihrer Politik.

Dabei erscheint vielen die FN als einzige Lösung. Die "Linke" regiert seit über 10 Jahren in Frankreich und kann die bestehende Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Zuständen nicht beseitigen. Die traditionellen rechten Oppositionsparteien können auch keine Lösungen anbieten und so erscheint die FN als die Alternative zu den etablierten Parteien. Sie sind unbelastet von den ständigen finanziellen und politischen Skandalen der Regierung, nutzen diese aber für sich aus und stellen sich als Partei mit weißer Weste dar, die der Korruption den Kampf angesagt hat und für eine höhere Moral im politischen Leben eintritt.

Selbst viele "Intellektuelle" fühlen sich durch die gemeinsamen Positionen gegen den Golfkrieg mehr denn je zu Le Pen hingezogen: JEAN EDERN HALLIER z.B. unterstützt öffentlich Le Pen und versucht mit ihm eine gemeinsame Front gegen die Sozialisten zu schaffen.

FN und extreme Rechte

Auch in der extremen Rechten ist der Einfluß der FN enorm gestiegen. Fast alle Parteien und Gruppen sehen in der FN eine Alternative bzw. einen Partner. Die Zusammenarbeit wird verstärkt und es treten Personalunionen auf, so z.B tritt der Chef der Bewegung "3eme VOIE" (3. Weg), MALIARAKIS, in die FN ein.

So kann festgestellt werden, daß es die FN geschafft hat, alle Strömungen der extremen Rechten zu erfassen bzw. zu vereinigen.

Situation der ImmigantInnen

Die Lage der ImmigrantInnen ist heute schwieriger denn je, da sämtliche Gesetze und Bestimmungen gegen die Immigration verschärft wurden.

So werden jetzt Notverfahren gegen "illegale" AusländerInnen praktiziert, mir deren Hilfe sie innerhalb von 24 oder 48 Stunden ausgewiesen werden können. Die Abschiebungen sind von 18000 im Jahr 1990 auf das Vierfache gestiegen. Dazu kommt, daß bereits 1990 70000 ImmigrantInnen die Einreise verwehrt wurde.

Dies ist das erste Mal, daß in Frankreich solche Maßnahmen praktiziert werden, parallel dazu wird das Asylrecht aber noch weiter beschnitten. AsylbewerberInnen, die auf ihre Anerkennung als "politische Flüchtlinge" warten, dürfen nicht mehr arbeiten, bekommen eine geringe Sozialhilfe. Werden sie beim illegalen Arbeiten erwischt, droht ihnen der Verlust der Aufenthaltsgenehmigung und sie können sofort ausgewiesen werden.

Die Schikane, Schriften und Verfahren gegen die ImmigrantInnen nehmen ein immer größeres Ausmaß an. Schon seit Jahren sind sie Zielscheibe der Staatspolitik und der politischen Parteien und leider gibt es nur geringe Reaktionen der Betroffenen darauf. Die Vereine und Gruppen, die sich für sie engagieren, geraten immer wieder in Konflikte, wenn sie gegen den Konsens in der Bevölkerung ankämpfen wollen, der einen sofortigen Einwanderungsstop fordert.

Protest gegen die Situation

Unter den ImmigrantInnenkindern der 2.Generation gab es vor kurzem eine große Protestbewegung. Speziell in den Vororten der großen Städte kam es bis ca. August 91 zu Ausschreitungen und Krawallen. Leider gingen diese spontanen Auseinandersetzungen nicht in eine Selbstorganisierung über, sie waren nur der Protest gegen die Probleme, die in den Vororten besonders krass zur Wirkung kommen: Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, keine Beschäftigungsmöglichkeiten und dazu die Bullenschikanen usw. Politisch gesehen hat das Ganze aber eher den Parteien genutzt, die so wieder mal die Möglichkeit erhielten, die ImmigrantInnen mit Krawall, Unruhe, Kriminalität gleichzusetzen und damit nicht unwesentlich den

Rassismus anzuheizen. Außerdem hatten die Parteien die Gelegenheit, eine starke Präsenz der Polizei zu rechtfertigen und Ausschüsse Polizei/Jugend zu gründen.

Antifa - Scalp - Reaktionen

Nach jahrelanger kontinuierlicher Arbeit ist die ganze Bewegung mit einem Mißerfolg konfrontiert. Den AntifaschistInnen und AntirassistInnen ist es nicht gelungen, die Entwicklung und die Vergrößerung des Einflusses der FN zu verhindern bzw. zu stoppen. Zu dieser Konfrontation mit der Erfolglosigkeit ihrer Arbeit kommt eine zunehmende Orientierungslosigkeit über den richtigen Weg, die richtige politische Taktik.

Bis heute gab es zwei verschiedene Tendenzen. Die einen wollten eine breite, antifaschistische Front aufbauen mit Hilfe aller "Demokraten" und "Linken". Das lief hauptsächlich über große Feten, Konzerte etc., die dann aber immer weniger wurden. Diese "demokratischen" Veranstaltungen dienten andererseits der "sozialistischen" Regierung als Alibi für ihre gesamte antisoziale, rassistische Politik, da sie sich so immer wieder das anti-faschistische Mäntelchen umhängen konnte.

Die andere (radikale) Bewegung, deren Grundlage eine antiimperialistische, antirassistische und antisexistische Denkweise ist, hat zur Zeit auch so ihre Schwierigkeiten. Das Kräfteverhältnis hat sich sehr zu ihren Ungunsten entwikkelt, bei der Konfrontation mit Faschisten bzw. deren Bekämpfung können sie nicht mehr auf eine so große Unterstützung der Bevölkerung bauen. Es gestaltet sich zunehmend schwieriger, z.B. Massendemos zu organisieren und auch der Einfluß bei den Jugendlichen hat enorm abgenommen, fortschrittliche Ideen sind immer seltener in der Bevölkerung und so auch unter den Jugendlichen zu finden.

Um jetzt wieder arbeits- und aktionsfähig zu werden, muß viel Informationsarbeit geleistet und neue Stategien entwickelt werden. Schritt für Schritt muß der Kampf gegen die rassistischen, sexistischen und faschistischen Tendenzen wieder aufgebaut werden. Dabei müssen vor allem zwei große Fehler vermieden werden:

1. die FN weiter als Strohfeuer anzusehen und damit von einer unveränderten Situation auszugehen und so weiterzumachen wie bisher - das wäre selbstmörderisch

2. alle Hoffnung aufzugeben und vor der gegenwärtigen Situation zu resignieren...

SCALP existiert noch in mehreren Städten Frankreichs. Ihrer Meinung nach ist die Situation noch nicht aussichtslos, es gibt noch viele Möglichkeiten, Infoarbeit zu machen, den Ideen der FN ideologisch entgegenzutreten. Zeitungen und Flugblätter werden nach wie vor veröffentlicht.

REFLEXES (antifaschistische Zeitung aus Frankreich) existiert ebenfalls noch, arbeitet zu mehreren Themen und hat gerade zwei Bücher veröffentlicht: "GLADIO" und "L'AFFRONT NATIONAL" Le nouveau visage de l'extreme droite en Belgique. Beide Bücher sind in Zusammenarbeit mit dem EPO-Verlag erschienen und von ihm verlegt worden.

SOS RACISME

SOS Racisme wurde in Frankreich von der sozialistischen Partei aufgebaut: Sie wollten die Aktivitäten der Jugend mehr auf die Regierungslinie ausrichten und jede autonome Bewegung oder Organisation der ImmigrantInnen-Jugend behindern bzw. zerstören. Vor 1983 existierte bereits eine autonome Bewegung dieser Jugendlichen, die einen großen Einfluß hatte und starke nationale Massendemonstrationen organisieren konn-



"... es ist nicht die Zeit, die Friedenspfeife zu rauchen ..."



Wahlwerbung der Front National

te. Sie wurde von SOS Racisme zerstört bzw. instrumentalisiert.

Auch die radikale antifaschistische Bewegung wurde, durch SOS Racisme, versucht, zu isolieren. Dabei gingen sie von völlig falschen Voraussetzungen aus: So waren für sie die Faschisten eine kleine Minderheit, die kein Problem darstellte, die extreme Rechte ein Phänomen von kurzer Dauer, der die gesamte "demokratische, republikanische, fortschrittliche,..." Gesellschaft durch ein einheitliches Vorgehen gegen Rassismus entgegnen kann. Da die französische Bevölkerung nicht rassistisch ist, genügt dies. Die Welt ist für sie in Ordnung, alle sind so schön und nett.

Dabei fehlte SOS Racisme auch jegliche Anbindung an die arbeitende Bevölkerung, sie war hauptsächlich eine Jugendbewegung, unterstützt auch von Intellektuellen, Lehrern, Professoren,... . Sie konnte auf die Fragen der ArbeiterInnen zu den Themen Immigration, Rassismus nur unbefriedigende Antworten geben, die diese nicht überzeugten bzw. interessierten. So fehlte ihnen zu jedem Zeitpunkt eine größere Mobilisierungsgrundlage, sie waren bestenfalls ein Diskussionsklub.

Negative Bilanz

So fällt die Bilanz über SOS Racisme sehr negativ aus. Es ist Mißtrauen angesagt gegen eine Bewegung, die in ihren Reihen Leute, wie den ehemaligen Staatssekretär für Immigration der Regierung Giscard d'Estaing: LIONEL STOLERN, rechte und "linke" Politiker, Leute aus der Regierung wie JULIEN DREY (sozialistischer Abgeordneter), HARLEM DESIR (conseil économique et social - Wirtschafts- und Sozialberater) zählen und damit immer eine Alibifunktion für Mitterand und die Regierung darstellen. SOS Racisme ist auch keine Massenorganisation mehr, wird von der Regierung finanziert, unternimmt deswegen auch nichts gegen deren Maßnahmen, ist absolut still und beschränkt sich fast ausschließlich auf die Organisierung eines Konzertes im Jahr.

Um es nochmal festzustellen, die Aussagen beziehen sich auf SOS Racisme in Frankreich, die gleichnamige Organisation in der BRD ist anders aufgebaut und spielt eine andere Rolle. Allerdings gibt es auch hier Leute und Gruppen, die in dem Wirken von Organisationen wie SOS Racisme die Lösung des Problems Rassismus und Faschismus sehen. Die Gefahr des Versuchs einer Vereinnahmung der radikalen Antifabewegung durch reformistische Gruppen besteht auch in der BRD. ■

SCHWEDEN:

Streik gegen Rassismus

Zum Antirassismus-Tag der Uno hatte in Schweden das "Komitee für den 21. Februar" alle ImmigrantInnen und SchwedInnen zu einem symbolischen Streik gegen rassistischen Terror aufgerufen. Im ganzen Land gab es Protestkundgebungen und Streiks. Allein in Stockholm gingen Hunderttausende auf die Straße.

In dem Komitee, das zu dem Streik aufgerufen hatte, sind alle großen schwedischen ImmigrantInnen-Organisationen und der Verband "Stoppa rasismen" zusammengeschlossen. Dem Aufruf hatten sich zahlreiche weitere Verbände, nahezu alle Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände angeschlossen.

Der 21. Februar kann als großer Erfolg der antirassistischen Bewegung gewertet werden. Vor allem bei den ImmigrantInnen war die Anteilnahme an den Aktionen überwältigend: 70% aller ImmigrantInnen gingen schätzungsweise auf die Straße oder beteiligten sich an den Streiks. In Stockholm gab es kaum ein Geschäft von ImmigrantInnen, das geöffnet war. Viele andere Geschäfte hatten aus Solidarität ebenfalls die Türen geschlossen. Zu Arbeitsniederlegungen zwischen fünf Minuten und einer Stunde kam es in der Metall- und Autoindustrie, bei der Telecom, im öffentlichen Nahverkehr, im Bildungs- und Gesundheitswesen. In der Volvo-Fabrik in Göteborg und der SAAB-Fabrik in Södertalje legte jeweils die gesamte Belegschaft für eine Stunde die Arbeit nieder. In den Krankenhäusern der großen Städte streikten die ImmigrantInnen für eine Stunde und ihre schwedischen KollegInnen für fünf Minuten. Sämtliche schwedischen Schulen und technischen Hochschulen waren geschlossen, 320.000 SchülerInnen streikten. Landesweit beteiligten sich vier Universitäten an dem Streik.

Solidaritätskundgebungen gab es in Großbritannien in gleich drei Städten: London, Manchester und Newcastle. Eine leider kleine Kundgebung fand auch in Berlin vor dem schwedischen Konsulat statt.

Rassistischer Terror

Damit reagierte eine breite Öffentlichkeit auf die Welle von rassistischer und faschistischer Gewalt in Schweden im vergangenen Jahr. Allein in Stockholm wurde seit letztem August auf elf ImmigrantInnen geschossen. Einer von ihnen, Jimmy Ranjbar, starb an den Verletzungen. Zwei weitere Opfer kämpfen um ihr Leben. Jüngstes Beispiel für den rassistischen Terror: In einem Stockholmer Vorort wurden Mitte Februar drei neunjährige ausländische Jungen auf dem Nachhauseweg beschossen. Auch in anderen Städten war es zu Angriffen auf Flüchtlingsheime und jüdische Einrichtungen gekommen. Eine der Drahtzieher-Organisationen die hinter den derzeitigen Anschlägen steht, ist die Terrorgruppe VAM.

Angesichts des Terrors und der Untätigkeit der konservativen Regierung, organisiert sich in Schweden der antirassistische Widerstand unter den ImmigrantInnen. Stadtteile mit hohen AusländerInnen-Anteil organisieren den Selbstschutz. Zahlreiche spontane Demonstrationen fanden in den letzten Wochen statt. Der 21. Februar stellt dabei einen Höhepunkt der antirassistischen Mobilisierung für Schweden dar.

Die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an den Kundgebungen und die staatliche Absegnung der Streikaktionen an diesem Tag, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß

VAM
Die Terrororganisation der Faschisten in Schweden

Nachdem im Dezember letzten Jahres vier führende Mitglieder von VAM (Weißer Arischer Widerstand) wegen ihrer Beteiligung an einem Bankraub und einem Überfall auf eine Polizeistation mit Waffenraub verurteilt worden waren (siehe Info 16), hielt der Terror der Nazis die schwedische Öffentlichkeit in Atem. Mit zwei Bombenanschlägen, sowie 23 Bombendrohungen innerhalb von 24 Stunden forderten die VAM-Aktivisten die Freiheit ihrer durchgeknallten Gesinnungsfreunde.

Am 20. Dezember 1991 wurde ein türkisches Restaurant im Stockholmer Vorort Nacka durch eine Bombe verwüstet. Nur durch Zufall kamen dabei keine Personen zu Schaden. Ein anonymer Anrufer einer ARISCHEN BEFREIUNGS FRONT bezeichnete dies als erste Warnung. Weitere Attentate würden folgen, wenn die inhaftierten VAM-Terroristen nicht freigelassn würden. Am 30. Dezember 1991 wurde die Drohung zur Wirklichkeit als eine Bombe im Stockholmer Hauptbahnhof explodierte und einen Polizisten durch Splitter verletzte. Ein anonymer Anrufer kündigte die Bombenexplosion für 13 Uhr 30 an. Als die Polizei auch tatsächlich eine schwarze Nylontasche in einem Schließfach fand, wurde der Bahnhof evakuiert. Nachdem der angekündigte Explosionszeitpunkt verstrichen war, versuchten die Sprengstoffspezialisten die explosive Tasche zu bewegen, um die Bombe zu entschärfen. Doch während der Roboter den ersten Versuch unternahm, explodierte die Sprengladung, die mit Nägeln gefüllt war. Die Explosion zerstörte den Roboter, Teile des Bahnhofsdaches und zahlreiche Fenster - Schaden etwa 80.000 DM. Laut schwedischen Behörden war die Bombe professionell hergestellt: Mit eingebauten Sicherungen, die eine Entschärfung erschwerten. Wäre die Splitterbombe während der angekündigten Hauptverkehrszeit ohne Warnung explodiert, hätte die Detonation zahlreiche Menschenleben gefordert. Nun folgten die schon erwähnten 23 Bombendrohungen innerhalb von 24 Stunden gegen öffentliche Gebäude, Bahnhöfe und Flughäfen in ganz Schweden. Da die schwedische Polizei diese Drohungen ernst nahm, wurde der öffentliche Verkehr in Schweden empfindlich beeinträchtigt. Doch bis auf eine Bombenattrappe in einem Waschraum des Stockholmer Bahnhofs, handelte es sich in diesen Fällen um falschen Alarm.

Bereits im Mai 1991 fanden innerhalb von nur einer Woche 100 Brandstiftungen, Brandbomben-Angriffe und das Abbrennen von Kreuzen (nach Vorbild des amerikanischen Ku-Klux-Klan) als Teil einer Kampagne gegen Flüchtlingsheime statt. Im selben Monat wurden sieben Aktivisten der VAM bei einem versuchten Einbruch in ein militärisches Waffendepot festgenommen.

die Schüsse und Bombenanschläge der letzten Wochen und Monate, für die von staatlicher Seite Einzeltäter und "Verrückte" verantwortlich gemacht werden, nur ein Aspekt des anwachsenden Rassismus in Schweden darstellt: Bereits im Dezember 1989 war das Einwanderungsgesetz verschärft worden. ■

Massenstreik

gam KOPENHAGEN, 21. Februar. Hunderttausende Einwanderer und Einheimische beteiligten sich am Freitag in ganz Schweden an antirassistischen Kundgebungen.

In vielen Unternehmen, Restaurants und Institutionen legten die ausländischen Mitarbeiter die Arbeit eine Stunde lang nieder, von Ausländern betriebene Läden blieben geschlossen. Der öffentliche Verkehr in den Großstädten stand fünf Minuten lang still, und die Schulen widmeten die Stunde zwischen zehn und elf Uhr dem Thema Rassismus, Gewalt und Unterdrückung. Das Komitee, das die Aktionen koordinierte, gab die Teilnehmerzahl mit rund einer Million an.

Die Kundgebung war die Antwort auf eine unaufgeklärte Attentatswelle in Stockholm, deren Opfer willkürlich ausgewählte dunkelhäutige Mitbürger waren. Ein Einwanderer erlag seinen Schußverletzungen, zehn andere wurden teils schwer verletzt.

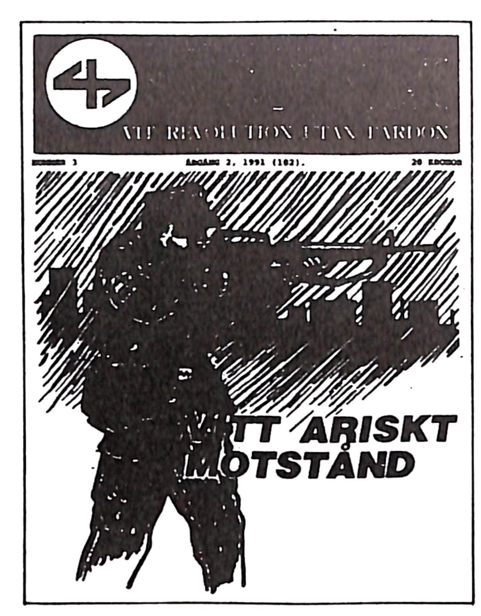
Frankfurter Rundschau, 22.2.92

Im September wurden die Homosexuellen in Göteborg und Stockholm zum Ziel rechtsextremer Gewalt und der "Rosa Buchladen" durch eine Explosion zerstört - die polizeilichen Ermittlungen verliefen im Sande. Ebenfalls im selben Monat wurden durch eine Bombe 800 Fenster der Lokalverwaltung in Götebog zerstört und eine Schule in Mariestad verwüstet. Ein ähnlicher Bombentyp war ein Jahr zuvor von Mitgliedern, der sich seriös gebenden SCHWEDISCHEN DEMOKRATEN, aus Mariestad verwendet worden. Im Oktober mußten 300 Bewohner eines Göteborger Flüchtlingheims evakuiert werden, als eine gewaltige Explosion 300 Scheiben zerstörte. Menschen wurden dabei glücklicherweise nicht getötet. In den letzten Stunden des vergangenen Jahres konnte eine 75-Gramm-Briefbombe entschärft werden, die dem Göteborger Antirassisten Unni Brandenby zugestellt worden war.

Bei den verurteilten VAM'lern, die durch den Bombenterror freigepreßt werden sollten, handelt es sich um den 23jährigen KLAS LUND, den Anführer der VAM (6 Jahren Haft), MARCUS OHLIN und CONNY ROSEN (je drei Jahre Gefängnis) und den 21jährigen JOHN CHRISTOPHER RANGNE (2 Jahre Haft). Am 9. Januar 1992 wurde John Christopher Rangne trotz Verurteilung unverständlicher Weise auf freien Fuß gesetzt. Rangne, der zuvor in der französischen Fremdenlegion war, wurde im Prozeß für schuldig befunden, das Fluchtauto für den Bankraub am 27.Juli in Vemdalen gestohlen zu haben, außerdem wurde bei ihm ein Teil der Beute von ungefähr 120.000 DM gefunden. Aufgrund seiner militärischen Ausbildung gilt er zudem als einer der Hauptverdächtigen für den Waffenraub in der Stockholmer Polizeistation. Rangne benutzte das Gerichtsverfahren als Plattform um seine Vorstellungen vom Kampf gegen das System, das er als "Zionistisches Besatzungs Regime" (ZOG) bezeichnete, zu propagieren und den Tod von "Rassenverrätern" anzukündigen.

Anleitung vom internationalen faschistischen Netz

Inspiriert wurden die schwedischen Nazis durch das BLOOD AND HONOUR Netzwerk der britischen Nazis um die Oi-Band SKREWDRIVER (siehe Info 16) und vor allen durch militante Faschisten aus den USA. An erster Stelle ist hier THE ORDER zu nennen, die Mitte der 80er Jahre als terroristischer Arm der ARISCHEN NATION mit umfangreichen Terroraktionen auf sich aufmerksam machte. Während der Zeit, in der THE ORDER operierte, entwickelte sie eine Art totalen Krieg gegen die von ihnen so bezeichnete US-amerikanische "Zionistische Besatzungs Regierung" (ZOG). Zahlreiche Morde (u.a. an einem jüdischen Rundfunkmoderator), Bombenattentate und einige der größten Geldraube der US-Geschichte gehen auf das Konto dieser Bande. Zerschlagen wurde THE ORDER nachdem ihr Anführer Robert Jay Matthews in einer 24 Stunden dauernden Schießerei mit einer Spezialeinheit des FBI erschossen worden war - mehrere Dutzend Mitglieder der Organisation wurden zu umfangreichen Haftstrafen verurteilt.



Die schwedische Faschisten-Zeitung 'STORM'

Die britische antifaschistische Zeitung Searchlight enthüllte umfangreiche Brief-Kontakte von Schlüsselfiguren dieser Terrorgruppe mit dem, der VAM nahestehenden, STORM NETZWERK in Schweden. Aus den Gefängniszellen heraus geben dort FRANK LEE SILVA und DAVID LANE, verurteilt zu 150 Jahren Knast wegen Mord an dem jüdischen Talk Show Moderator Alan Host, ihre Ratschläge zur "Sicherung der Zukunft unserer weißen Kinder". Andere Mitglieder von THE ORDER, zu denen STORM Kontakt hält, sind BRUCE CARROL PIER-



Berliner Nationale Alternative bei Wehrsport in Schweden

Andreas Hackmann, Naziskin, ehemaliger Hausbesetzer aus der Weitlingsstraße und NA-Mitglied, scheint gerne Post zu schreiben. "Schöne Grüße vom Wehrsportlager in Schweden", heißt es da und "ihr habt vergessen die Anti-Fa in Schweden aufzubauen". Was der braune Prahlhans nicht wußte, ist, daß die Wehrsportübungen in Värmland beobachtet wurden. Dabei fiel in diesem Zusammenhang tatsächlich ein Bus mit Berliner Kennzeichen auf.

Dank "Hacki", dem wir dringend ein paar Rechtschreibstunden empfehlen möchten, sind unsere Informationen über die Kontakte deutscher Nazis nach Schweden ein weiters Mal bestätigt worden.

EINGEGANGEN
23. JULI 1991
Erled.

SVERIGE KR

Arjäng, Värmland
Utsikt över Körneberget över Risviken och Västra Silen.
förlag B. Danielsson, Arjäng Tel. 0573/105 69

Rotfront, Kameraden!
Schöne Grüße vom Wehrsportlager in Schweden.
Das Wetter ist gut, und Odin unseren Gott, trifft man auch öfter. Ihr habt vergessen die Anti-Fa in Schweden aufzubauen. Hier giebt ES gar keine Zecken.
Wir haben hier die größte Hakenkroitzfahne, die es auf der ganzen Welt giebt.
Sonst ein sehr sauberes Land.
Bloß gestern haben wir einen Juden erwischt!
HACKI
Berlin

Anti-Fa Jugendfront
(Mehringhof)
Gneisenaustr.
1 Berlin 61
Germanien

Aus Arjäng, Värmland (Schweden) schickte er eine Postkarte (abgestempelt am 19. Juli 1991) an die Antifa-Jugendfront.

CE (verurteilt zu 252 Jahren), RICHARD SCURATTI (40 Jahre), DAVID TATE (lebenslänglich wegen Mord an einem Polizisten) und GARY LEE YARBROUGH (60 Jahre).

VAM hat sowohl das Modell von THE ORDER übernommen, wie auch deren Ideologie. Schon seit der Gründung von STORM, Mitte der 80er Jahre, rufen die Nazis zur Bildung einer SA auf und propagieren einen gnadenlosen Rassenkrieg gegen Juden/Jüdinnen, ImmigrantInnen und "Rassenverräter". Als weitere Vorbilder für ihre blutigen Wahnvorstellungen sind Hetzbücher aus den USA zu nennen, die detalliert den "weißen arischen Krieg", mit Millionen von Toten, in Romanform beschreiben: The Turner Diaries (Tagebücher), A Candidate for the Order und The Hunter (Der Jäger).

Die sechs oben erwähnten inhaftierten US-Nazi-Terroristen finden sich auch auf der Gefangenenliste der NSDAP/AO wieder, die sowohl in ihrer englischsprachigen Zeitung "The New Order", wie auch der deutschsprachigen Ausgabe "NS-KAMPFRUF" veröffentlicht wurde. Hier schließt sich der Kreis des internationalen faschistischen Netzwerkes zur deutschen NS-"Bewegung": Auf dieser Gefangenenliste finden sich auch die zu Haftstrafen verurteilten deutschen Neonazis wieder, die von der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE (HNG) betreut werden. Der Zusammenhang besteht durchaus nicht nur auf dem Papier: So haben offensichtlich Berliner Nazis an Wehrsportübungen in Schweden teilgenommen **(siehe Kasten dazu)**.

Weder diese organisatorischen Verstrickungen wurden von der schwedischen Polizei ernst genommen, noch die terroristischen Aktionen der Nazis, die den Bombenanschlägen vom Dezember vorrangegangen waren. Die schwedische Polizei ist scheinbar nicht in der Lage die durch faschistische Organisationen ausgeübte Gewalt von gewöhnlicher Kriminalität zu unterscheiden: "Ob Hells Angels, Fußballhooligans oder Nazis", sie sollten als gewöhnliche Kriminelle mit keinem oder nur wenig politischen Hintergrund betrachtet werden, teilte der Chef der schwedischen Polizei Bjorn Eriksson der Nachrichtenagentur TT mit. ■

FASCHISTISCHE UND

